Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

12. Februar 1979
Jg. 7 Nr. 7

Bezirksausgabe für Hamburg/Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Blockfreie unterstützen den Kampf der PLO

z.pek. Bei seinen Besuchen in Kuwait, Irak, Syrien und Jordanien seit Anfang Februar festigt der jugoslawische Präsident Tito als führender Vertreter der Bewegung der blockfreien Länder die Unterstützung dieser Bewegung für den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes. In dem jugoslawisch-irakischen Kommunique heißt es, ,,daß der Frieden im Nahen Osten nicht ohne den völligen Rückzug der israelischen Streitkräfte von allen arabischen Territorien und ohne die Sicherung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes zu erreichen ist''. Der Palästinensische Nationalrat hat auf der kürzlich abgeschlossenen 14. Sitzung in seinem Programm ,,die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den blockfreien Ländern'' festgelegt. Das sind Schläge gegen die Spaltungs- und Einmischungsversuche beider Supermächte.

Blockfreie unterstützen Befreiungskrieg in Zimbabwe

z.rül. 475 getötete feindliche Söldner, 15 abgeschossene Flugzeuge, 38 zerstörte militärische Fahrzeuge, das sind Erfolge in zwei Monaten Krieg gegen das Kolonialregime, von denen Genosse Mugabe auf der Konferenz der Blockfreien Staaten in Maputo berichtete. Die 53 Teilnehmer beschlossen einstimmig die weitere ,,Unterstützung des bewaffneten Kampfes, geführt durch die Patriotische Front.'' Die US-Imperialisten haben ihren hochgerüsteten Kettenhund Botha in Kapstadt jetzt ,,gutnachbarschaftliche Unterstützung'' ankündigen lassen, ,,falls die zivile Ordnung in Rhodesien zusammenbricht.'' – 85% der Siedler stimmten in der Hoffnung auf Rettung ihres zusammengeraubten Besitzes und des kolonialen Gewaltapparates der neuen Verfassung zu. Zugleich meldet das Smith-Regime, daß 18069 im Jahr 1978 flohen.

Völkergefängnis UdSSR

z.hku. Drei Armenier sind von einem Moskauer Gericht zum Tode verurteilt und bereits hingerichtet worden. Laut TASS waren sie für einen Bombenanschlag auf die Moskauer Metro verantwortlich. Das Urteil sei eine ,,außergewöhnliche Strafmaßnahme''. – Es ist

Völkergefängnis UdSSR

z.hku. Drei Armenier sind von einem Moskauer Gericht zum Tode verurteilt und bereits hingerichtet worden. Laut TASS waren sie für einen Bombenanschlag auf die Moskauer Metro verantwortlich. Das Urteil sei eine ,,außergewöhnliche Strafmaßnahme''. – Es ist
hundsgewöhnliche Unterdrückung des Kampfes der nationalen Minderheiten in der Sowjetunion. Mit den vorausgegangenen Gefängnisstrafen hatten die Sozialimperialisten das Auftreten der Armenier gegen die Unterdrückung ihres Volkes nicht brechen können. In der gleichen Woche haben sie 60 Krimtataren verhaften lassen, die Antwort auf eine Petition nach freier Wahl des Wohnortes verlangten. – Entlang der Grenze zum Iran sind auf sowjetischer Seite die Dörfer geräumt worden. Die Sozialimperialisten brauchen sicheres Aufmarschgebiet; sie müssen das Auflodern des Unabhängigkeitsstrebens der unterjochten Völker in den Grenzrepubliken fürchten.

Eritreische Befreiungsarmeen vereinigt

z.erm. Am 21. Januar haben die eritreischen Befreiungsorganisationen EPLF und ELF die Vereinigung ihrer bisher unter getrenntem Kommando und in verschiedenen Regionen operierenden Befreiungsarmeen unter einem nationalen Oberkommando beschlossen. Dieser Schritt ermöglicht die Stärkung und Intensivierung des bewaffneten Kampfes gegen die von sowjetischen Offizieren befehligten äthiopischen Invasionstruppen. Die Gemeinsame Politische Führung wird in der Armee und in den Massenorganisationen eine Kampagne zur politischen Erziehung der Volksmassen durchführen und eine monatliche Zeitung ,,Einheit'' herausgeben. Anfang des Jahres konnten die Befreiungsarmeen innerhalb von drei Tagen mehrere Angriffe der Söldnertruppen im Osten des Landes erfolgreich zurückschlagen, 900 Söldner töten, 1000 verwunden und zahlreiche Waffen erbeuten.

USA: Werften dicht, Salat fault

Farmer belagern Washington / Arbeiter im Kampf gegen Carters 7%-Lohnleitlinie

z.mif. Die breite und militante Streikbewegung in den USA richtet sich direkt gegen die 7%-Lohnleitlinie der Regierung Carter und gegen sein Programm, mit neuen Lohnsenkungen und erhöhter Schweißauspressung die Vormachtstellung des US-Imperialismus im Handelskrieg zu festigen.

Die Bauern demonstrieren seit dem 2. Februar in Washington, sie ,,stellen Washington auf den Kopf'' meldet die ,,Welt'', der zum Vergleich bloß die Kämpfe gegen den Vietnamkrieg einfallen. Anfang der letzten Woche waren es bereits 3500 Farmer aus allen Teilen der USA, die mit 1350 Traktoren und Lastwagen den Verkehr lahmlegten und das Landwirtschaftsministerium blockierten. Am Montag wurden sechs Polizisten bei Auseinandersetzungen verletzt; 19 Farmer wurden festgenommen. Die Bauern, organisiert in der American Agriculture Movement (AAM), fordern staatlich garantierte Erzeugerpreise in einer solchen Höhe, daß sie ihren Lebensstandard wieder auf das Niveau von 1910-1914 heben können. Der Landwirtschaftsminister Bergland hat erklärt, sie seien ,,von altmodischer Habgier getrieben''. Die Farmer sind aus allen Teilen der USA z.T. seit Wochen unterwegs. Am 19. Februar soll der Höhepunkt des Kampfes in Washington sein.

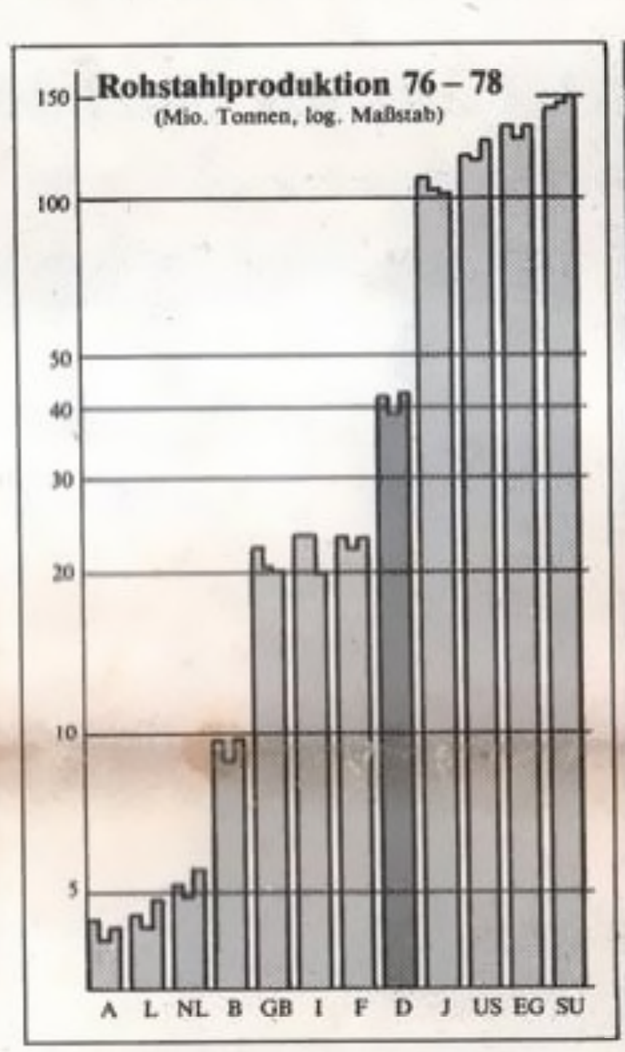
In Californien streiken 3100 Salatpflücker. ,,Mangel an Streikbrechern erzwingt Verfaulen des US-Salats'', überschreibt die ,,International Herald Tribune'' (7.2.79) ihren Artikel. Seit über drei Wochen streiken die in der Gewerkschaft United Farm Workers organisierten Arbeiter gegen acht Plantagenbesitzer, die fast ein Drittel des US-amerikanischen Wintersalats produzieren lassen. Die meisten Arbeiter sind mexikanische Wanderarbeiter, und die Gewerkschaft hat in mexikanischen Zeitungen inseriert, um den Streik zu propagieren und um zu verhindern, daß die Kapitalisten Streikbrecher finden. Die Farmarbeiter fordern eine Mindestlohnerhöhung von $3,70 auf $5,25 die Stunde. Die Arbeiter haben den Zeitpunkt des Streiks gut gewählt, um das Kapitalistenlager zu spalten, da die Salatpreise jetzt hoch sind und bereits von 49 auf 79 Cents pro Kopf steigen. Erst kürzlich hat die Gewerkschaft der Farmarbeiter das Recht auf Abschluß von Tarifverträgen durch staatliches Gesetz erzwungen.

Um Anerkennung als Gewerkschaft und Tariffähigkeit haben auch die Stahltransporteure gekämpft. Nach über neun Wochen hatten sie dieses Ziel im wesentlichen erreicht; die Zwischenstaatliche Handelskommission hat entsprechende Zusagen machen müssen. Eine Erhöhung der Bezahlung haben sie jedoch nicht erreicht. Die Stahltransporteure besitzen selbst ihre Lastwagen; die Gefahr der Spaltung zwischen ihnen und den bei den Teamsters organisierten lohnabhängigen Fahrern ist groß. Während des Streiks kam es zum Teil zu Auseinandersetzungen. Die Forderung der Stahltransporteure nach Erhöhung der Maximalzuladung pro Fahrzeug verschärfte die Spaltung, da die Teamsters bei Durchsetzung dieser Forderung unentgeltliche Mehrarbeit zu leisten hätten. Die US-Bourgeoisie ist fest entschlossen, diese Spaltungsgefahr auszunutzen und über einen Lohnraubabschluß bei den Teamsters die Lohnleitlinie von 7% gegen die gesamte Arbeiterklasse durchzusetzen.

Zu diesem Zweck hat Edward Kennedy unmittelbar nach Beendigung des Streiks der Stahltransporteure einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem die Transportindustrie ,,entflochten'' werden soll. Bisher gibt es Absprachen, wer welche Strecken fährt. Das will der liberale Kennedy durch den Geist der Konkurrenz ersetzen, weil so der Druck auf den Lohn und die Arbeits-

Fortsetzung Seite 2

Konkurrenzschlacht der Stahlbarone – Streiks der Arbeiter





Unverändert heftig ist die Konkurrenz auf dem Weltstahlmarkt, das zeigen die für das Jahr 1978 hochgerechneten Produktionszahlen. Insbesondere in der EG wird um die Führung gekämpft: Wie ihre größten Konkurrenten, die westdeutschen Stahlkapitalisten, bekommen aber auch die französischen Stahlbarone mit ihren Expansionsplanen Schwierigkeiten. 27000 Arbeiter wollen sie in den nächsten zwei Jahren entlassen, und die Schichtarbeit soll ausgedehnt werden. 33% der Arbeiter im Departement Lorraine würden arbeitslos. Unser Bild zeigt einen Vollstreik der Eisenminen-Arbeiter in Longwy in der letzten Woche zur Unterstützung der Stahlarbeiter.

und die Gewerkschaft hat in mexikanischen Zeitungen inseriert, um den Streik zu propagieren und um zu verhindern, daß die Kapitalisten Streikbrecher finden. Die Farmarbeiter fordern eine Mindestlohnerhöhung von $3,70 auf $5,25 die Stunde. Die Arbeiter haben den Zeitpunkt des Streiks gut

A L NL B GB I F D J US EG SU

Unverändert heftig ist die Konkurrenz auf dem Weltstahlmarkt, das zeigen die für das Jahr 1978 hochgerechneten Produktionszahlen. Insbesondere in der EG wird um die Führung gekämpft: Wie ihre größten Konkurrenten, die westdeutschen Stahlkapitalisten, bekommen aber auch die französischen Stahlbarone mit ihren Expansionsplanen Schwierigkeiten. 27000 Arbeiter wollen sie in den nächsten zwei Jahren entlassen, und die Schichtarbeit soll ausgedehnt werden. 33% der Arbeiter im Departement Lorraine würden arbeitslos. Unser Bild zeigt einen Vollstreik der Eisenminen-Arbeiter in Longwy in der letzten Woche zur Unterstützung der Stahlarbeiter.

Muß die iranische Nationalversammlung mit Waffengewalt erkämpft werden?

z.ges. Die Forderungen des von Khomeiny eingesetzten Leiters der provisorischen Regierung, Bazargan, sind eindeutig: Rücktritt der vom Schah eingesetzten Regierung, Auflösung des schahhörigen Parlaments, Volksabstimmung, Wahl einer verfassungsgebenden Nationalversammlung, Bildung einer Regierung auf Grundlage dieser Verfassung, Ersetzung der Monarchie durch die Republik.

Die Monarchie ist das Instrument der Großgrundbesitzer und der mit der imperialistischen Finanzbourgeoisie verfilzten Kompradorenbourgeoisie. Obwohl sich die US-Imperialisten während der letzten Jahrzehnte die Vorherrschaft über den Iran verschafft hatten, konnten es sich auch die Sozialimperialisten mit dem Schahregime und der Kompradorenbourgeoisie richten. Bis vor kurzem haben die Sozialimperialisten die Forderung nach dem Sturz des Schahregimes als Linksradikalismus verschrien. Ein Teil der iranischen Revisionisten ging offen auf die Seite des Schahregimes über. Ein anderer Teil wurden in Moskau und Ostberlin als Agenten bereitgehalten für alle Fälle. Im großen und ganzen waren jedoch die Sozialimperialisten von der Wucht der Volksbewegung gegen das Schahregime und gegen den Ausverkauf des Landes nicht weniger überrascht als die US-Imperialisten. Jetzt haben sie umgestellt und bezeichnen Khomeiny als nationalen Führer. Die US-Imperialisten haben mit Bakhtiar einen Statthalter eingesetzt, dem sie die Spaltung der Volksbewegung zutrauen und der Platz schaffen soll für einen ausschlaggebenden Einsatz der Armee.

Die Forderung nach Republik und verfassungsgebender Nationalversammlung ist die Forderung der Volksmassen, der Bauern, der Arbeiter, der Kleinbourgeoisie wie der nationalen Bourgeoisie. Der Demokratismus und Nationalismus dieser Bewegung gegen Großgrundbesitz, Kompradorenbourgeoisie als innerem Feind und gegen Imperialismus und Sozialimperialismus als äußeren Feind ist religiös verkleidet, aber diese Verkleidung ändert nichts am Klassencharakter der Bewegung. Die Schwäche dieser Bewegung liegt nicht an ihrer religiösen Verkleidung, sondern an dem kleinbürgerlichen Charakter der Führung dieser Bewegung. Daher die Hoffnungen der Sozialimperialisten, mit dieser Bewegung zu Streich zu kommen. Daher auch die Hoffnungen der US-Imperialisten, diese Bewegung mit Hilfe der Regierung Bakhtiar ausmanövrieren zu können. Die Durchführung einer Volksabstimmung und die Bildung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung wäre ein revolutionärer Schritt, der den verschiedenen Klassen, die die Volksbewegung bilden, helfen würde, Kontur zu gewinnen. Die Berufung der Regierung Bakhtiar auf Verfassung und Gesetzmäßigkeit hat zum Ziel, diesen revolutionären Schritt zu verhindern, der der Bewegung Ausdruck verschaffen würde.

In der letzten Woche kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen innerhalb der Armee. Die Schahgarde, der Kern der bewaffneten Kräfte der Konterrevolution, versuchte einen aufständischen Luftwaffenstützpunkt zu erobern. Mit Unterstützung der Volksmassen wurde der Luftwaffenstützpunkt verteidigt. Die Luftwaffe stellt sich am deutlichsten auf die Seite der Volksbewegung, entscheidend wird aber sein, wie sich die Verhältnisse im Landheer entwickeln, wo die Masse der Bauern dient, während in der Luftwaffe die nationale Bourgeoisie, aber auch die Arbeiterklasse über Einfluß verfügen. Die Regierung hat die Ausgangssperre vorverlegt, um die Volksmassen von der Straße zu vertreiben. Khomeiny hat die Ausgangssperre für illegal erklärt und dazu aufgerufen, die Ausgangssperre zu durchbrechen. Auf den Straßen wird gekämpft.

Die Regierung Bakhtiar weiß sehr gut, daß die Hartnäckigkeit der Volksbewegung ihre Grundlage in der Streikbewegung der Arbeiterklasse hat. Er müsse die Streiks jetzt brechen, hat Bakhtiar gegenüber dem französischen Fernsehen angekündigt. Die Einstellung der Lohn- und Gehaltszahlung ist eine beschlossene Sache. Von dieser Seite her drängt die Regierung auf eine Entscheidung.

Bazargan hat die Führung der revisionistischen KP aufgefordert, ,,sich sehr schnell über die Rolle der Kommunisten in einer Islamischen Republik zu äußern''. Die Revisionisten haben verkündet: ,,Wir respektieren Bazargan und unterstützen seine Regierung. Er muß aber den Kommunisten ihr Recht auf freie Existenz und freie Meinungsäußerung garantieren.''

Wenn es zu einem Bürgerkrieg kommt, stehen die Interventen bereit. Ihre Agenten haben sie vor Ort längst in Stellung gebracht. Kissinger hat die Regierung ermahnt, daß die USA die ,,Rolle eines Polizisten'' in der Welt nicht einfach aufgeben könne. Indem er kritisiert, die USA hätten den Schah fallen lassen, will er die Regierung verpflichten, die Aufrechterhaltung der Regierung des Schah mit allen Mitteln zu garantieren. Seit Wochen hat die US-Regierung Marine vor der iranischen Küste zusammengezogen. Die SU hat ihre Truppen an der iranischen Grenze verstärkt.

Der Iran ist von strategischer Bedeutung im Ringen der beiden Supermächte um die Weltherrschaft. Es wäre eine falsche Hoffnung, auf eine ungestörte Entwicklung der iranischen Revolution zu setzen. Die erste Aufgabe dieser Revolution ist es, die äußere Einmischung niederzuschlagen.

Die US-Imperialisten haben einen Sonderbotschafter nach Saudi-Arabien gesandt, um die dortige Lage zu beraten. Auch dort ruft die Entwicklung des Kapitalismus unter der Fuchtel von imperialistischem Finanzkapital, Großgrundbesitzern und Kompradoren revolutionäre Bewegung hervor. Im gesamten Raum des Mittleren Ostens entwickelt sich ein revolutionäres Zentrum, aber auch ein Zentrum verstärkter Einmischung der beiden Supermächte. Wie bekannt, hat der BRD-Imperialismus in diesem Raum beträchtliche Handels- und Finanzinteressen.

USA: Werften dicht, Salat fault

Fortsetzung von Seite 1

bedingungen der Transportarbeiter erheblich verschärft werden kann. Die selbständigen Transportfahrer werden in dieser Konkurrenz ruiniert; in den letzten fünf Jahren sind bereits 75% der Selbständigen in Lohnarbeiter verwandelt worden.

Es ist überhaupt nicht erfreulich für die US-Bourgeoisie, daß wichtige Teile der kleinen Produktionsmittelbesitzer, die vor dem Ruin stehen, gegen die kapitalistische Rationalisierung bereits als Teil der Arbeiterbewegung kämpfen und sich nicht gegen die Arbeiterbewegung mobilisieren lassen. Daß ihre Ruinierung am Lohnkampf der Arbeiter läge, das kann die US-Bourgeoisie den Farmern und Stahltransporteuren nicht weismachen. Carter hat sich darum in seiner Botschaft zur Lage der Nation und in seiner Lohnleitlinienpolitik eine andere Taktik einfallen lassen.

Er will die Arbeiterklasse spalten, indem er verlangt, über 7% Lohnerhöhung dürfte nur in Verbindung mit einem Produktivitätsabkommen gezahlt werden. „Im letzten Jahrzehnt oder länger hat sich der Produktivitätszuwachs abgeflacht. Gegen Jahresende 1977 und das ganze Jahr 1978 über nahm die Verlangsamung des Produktivitätszuwachses ernste Formen an. Im vergangenen Jahr erhöhte sich die Produktivität unserer Wirtschaft nur um knapp 1 Prozent" (Amerika-Dienst, 26.1.79). Lohnerhöhungen will Carter damit direkt binden an die beschleunigte Akkumulation für den Waren- und Kapitalexport. Einen Teil der Facharbeiter hofft er so chauvinistisch zu mobilisieren für die Forderungen der US-Bourgeoisie bei den GATT-Verhandlungen und die imperialistische Expansion: „Ein starkes Exportwachstum und einen freien und fairen Wettbewerb im Welthandel" sollen „im kommenden Jahrzehnt unseren Lebensstandard heben".

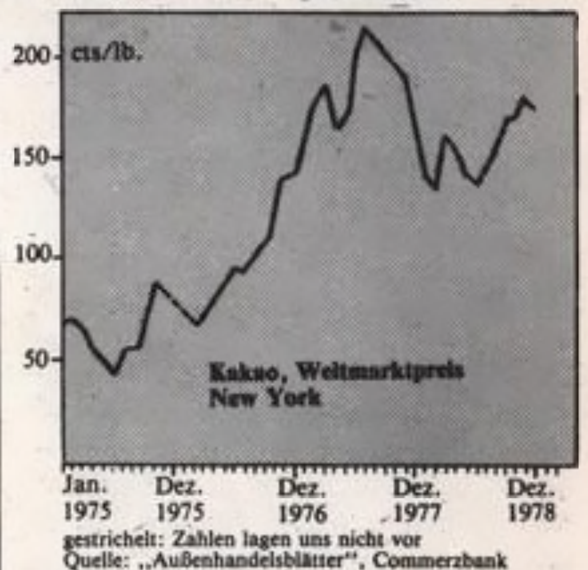
Kommt er damit durch? In Chester, Pennsylvania, an der Ostküste streiken die Werftarbeiter bei Sun Ship seit dem 4. Januar. Die Kapitalisten haben für die nächsten drei Jahre 8%, 7% und 6% geboten, plus 36 Cent „Belohnung" bei einschneidenden „Produktivitätsveränderungen", sprich Verschärfung der Arbeitshetze und Entlassungen. Auf einem Flugblatt von Gewerkschaftsmitgliedern wurden u.a. die Forderungen nach $1 mehr pro Stunde und volle Zahlung der Beiträge zur Krankenversicherung durch die Kapitalisten erhoben. Letzte Woche soll ein Abkommen erreicht worden sein; das Ergebnis ist uns noch nicht bekannt.

In ähnlichen Auseinandersetzungen stehen derzeit die 17000 Werftarbeiter der Newport News Ship and Drydock Co. in Virginia, ebenfalls an der Ostküste, aber schon in den Südstaaten. Die Werft gehört zum Tenneco-Konzern, dem 20.größten der USA. Vor einem Jahr haben die Arbeiter beschlossen, der Gewerkschaft der Stahlarbeiter beizutreten, und im Dezember haben sie den Streik ab 31.1. festgelegt. Die Teamsters, Lotsen und Telefonarbeiter unterstützen den Streik durch Boykott des Konzerns. Tenneco zahlt im Schnitt $ 5,80 die Stunde, zwei Dollar weniger als die gewerkschaftlich organisierten Werften im Norden. Letztes Jahr gab es drei tödliche Unfälle, davon zwei wegen durchgescheuerter Sicherungsseile. Die Regierung hängt direkt in der Auseinandersetzung drin, da sie erklärt hat, bei Zahlung von mehr als 7% Lohnerhöhung würden die Aufträge der Marine für die Werft gestrichen.

Schafft Carter die Durchsetzung seiner Lohnraublinie nicht, wird die Geduld der US-Bourgeoisie mit ihm zu Ende sein. Zumal der mangelnde chauvinistische Geist der Arbeiter sich auch in der Armee der US-Imperialisten schmerzhaft ins Bewußtsein drängt. Die Zeitschrift „Time" schreibt bereits: Carter „hat darin versagt, die Nation wirklich zu führen, und es hat sich bisher als unfähig erwiesen, die Stimmung von Bitterkeit und Mißtrauen nach Vietnam und nach Watergate zu durchbrechen".

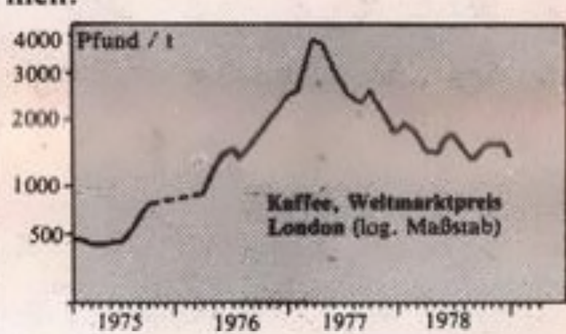
Anfang des Jahres hat das Verteidigungsministerium einen Bericht bekanntgemacht, wonach erhebliche Teile der US-Armee in Westdeutschland durch Verwendung von Drogen nur begrenzt kriegsfähig sind. 20-30% der 1000 interviewten Soldaten im Alter bis zu 25 Jahren nehmen oft harte Drogen; 80 bis 90% nehmen Haschisch, oft im Dienst. Carter hat bis 1953 als Marineoffizier gedient; seine Bibelfestigkeit ist berüchtigt – hätte man als US-Imperialist nicht erwarten können, daß dieser Präsident das Drogenproblem beseitigt und die amerikanische Jugend mit neuem Kampfgeist beseelt? Hat er aber nicht. Der Heeresminister Clifford Alexander hat vergangenen Montag erklärt, die ersten 30 Tage eines Krieges könne man wegen Personalmangels nicht durchstehen. Infanteristen und Panzerbesatzungen fehlen. Der Minister will jetzt 3000 Dollar Handgeld zum Ködern von Freiwilligen.

z.juh. **Kakao.** Vom 28.2.-23.3.1979 findet eine Sonderkonferenz für ein neues internationales Abkommen der kakaoproduzierenden und -konsumierenden Länder statt. Das alte Abkommen gilt noch bis zum 30.9.79. Der neue Entwurf sieht keine Exportquote mehr vor – die die Konkurrenz unter den kakaoproduzierenden Ländern einschränkt – als „Entgegenkommen gegenüber den USA", die bisher dem Abkommen nicht beigetreten sind. – Die Kakao-Produktion ist rückläufig: Während der größte Kakaoproduzent Ghana 1977/78 noch 268000 t produziert hat, waren es 1978/79 nur noch 250000 t. Die Weltproduktion ist insgesamt von 1977/78 1490000 t auf 1978/79 1375000 t gesunken.



gestrichelt: Zahlen lagen uns nicht vor
Quelle: „Außenhandelsblätter", Commerzbank

Kaffee. Die Imperialisten sind besorgt über den Zusammenschluß der größten kaffeeproduzierenden Länder in der „Bogota-Gruppe". Diese Länder (u.a. Brasilien, Kolumbien) haben eine Abmachung getroffen, den sinkenden Weltmarktpreis für Kaffee durch Stützungskäufe und einen Rohstoffonds aufzufangen. Diese Stützungskäufe er-
zungskäufe und einen Rohstoffonds aufzufangen. Diese Stützungskäufe er-
reichen bis jetzt allein in Europa 90 Mio. Dollar. Bis Ende Januar halten sie auf dem New Yorker Kaffeemarkt etwa 35% der Kaufkontrakte, an der Londoner Kaffeebörse ca 30%. Da die kaffeeproduzierenden Länder jedoch die Kaffeeproduktion insgesamt noch nicht verstaatlicht haben, können die Imperialisten sie zwingen, ab dem 18.2.1979 an der 3. Internationalen Tagung der kaffeeproduzierenden Länder und Verbraucherländer teilzunehmen.



Tee. Die Produktion liegt großenteils in den Händen der britischen „Brooke Bond Liebig", die auch als Käufer auf den Märkten Colombo, Calcutta, Mombasa und Djakarta auftritt. Dieser Konzern hatte 1975 einen Marktanteil von 45% bei gepacktem Tee. Von 1955-1972 ist der Teepreis jährlich um ca. 3,5% gefallen, Januar bis August 1978 schwankte der Preis zwischen 100 bis 129 Pence/kg. Dagegen haben die größten teeproduzierenden Länder am 23.8.78 ein Abkommen über die Bildung einer Internationalen Teeförderungs-Assoziation geschlossen, das am 23.3.79 in Kraft treten wird. Unterzeichner sind: Indien, Sri Lanka, Mauritius, Malawi, Kenia, Tansania, Uganda, Indonesien. Das Abkommen sieht vor: „Hauptgegenstand des Abkommens ist es, eine Internationale Teeförderungs-Assoziation der Tee produzierenden und exportierenden Länder zu schaffen, um diese Länder zu befähigen, die Entwicklung und Intensivierung der Zusammenarbeit ihrer Abmachungen und Aktionen auf weltweiter Basis zu stärken".

Das britische Finanzkapital setzt auf die Sozialdemokraten

Das britische Finanzkapital setzt auf die Sozialdemokraten

Callaghan von 5% auf 8,8% / Erneute Ausdehnung der Streiks

z.hef.London.9.2. Seit dem 31. Oktober versperren Streikposten den Stadträten des Londoner Bezirks Tower Hamlets (140000 Einwohner) den Zugang zum Verwaltungsgebäude. Das Haus liegt vollständig still. Die nur von der Labour-Partei gestellte Ratsverwaltung suchte zunächst in kleineren Büros im Bezirk Unterschlupf, bis die Streikposten sie auch dort aufspürten und sie aus einem Büro nach dem anderen vertrieben. Jetzt versucht der Rat von Tower Hamlets von einem geheim gehaltenen Büro irgendwo in London aus wenigstens einen Teil seiner Geschäfte per Telefon zu erledigen. Alle Arbeiter des Stadtbezirks streiken. Der Umweltminister Shore ist Parlamentsabgeordneter des Bezirks, und die Gewerkschaft NUPE hat die Wahlbezirke von Ministern zu Schwerpunktgebieten erklärt.

Die Streikbewegung hat die Regierung zu Rückzügen gezwungen. Am vorletzten Wochenende erklärte Callaghan, sichtlich angeschlagen, die Regierung werde Abschlüsse „in einstelligen Zahlen" dulden. Die Gemeinden haben 8,8% geboten, die Gewerkschaften abgelehnt. Die Streikbewegung nimmt an Umfang und Stärke zu. Die Führungen der vier Gewerkschaften müssen mehr und mehr Vollstreiks zustimmen, wo sie nur Bummelstreiks oder Teilstreiks geplant hatten. Die Müllarbeiter streiken jetzt in weiten Teilen des Landes, z.B. in allen Londoner Bezirken. Alle 12000 Krankenwagenfahrer fahren nur noch Noteinsätze. Hausmeister und Küchenarbeiterinnen bestreiken in England und Wales über 1000 Schulen. 50 Krankenschwestern des St.-Andrew-Krankenhauses in Ostlondon und Operationsschwestern in anderen Krankenhäusern streikten in der letzten Woche für einen Tag zur Unterstützung der Krankenhausarbeiter. (Dies sind nur Beispiele, keine der vier Gewerkschaftsführungen hat einen Überblick.) Ab dem 23.2. wollen die 8 Gewerkschaften der Regierungsangestellten Streikaktionen beginnen.

Der Lohnkampf verschleißt die Regierung täglich mehr. Aber im Parlament hat sie in der letzten Woche erneut eine Abstimmung über ihre Politik am Ende einer Notstandsdebatte gewonnen, obgleich die Labour-Partei in der Minderheit ist und keine Koalition besteht. Das britische Finanzkapital hält den Moment für einen Regierungswechsel nicht für günstig. Der Vorsitzende der Liberalen Partei, Steel, fordert eine große Koalition. Auch die Tory-Partei hütet sich, zu verhalten zum Sturz Callaghans. In der Notstandsdebatte forderte der Tory-Sprecher Cormack die Regierung auf, „zu sagen: ,Ja, laßt uns zusammenarbeiten'."

Nach der Aufgabe der 5% sagte Callaghan am 6.2. im Parlament: „Es gibt Sorge in der Öffentlichkeit über den niedrigen Lohn für Arbeiter der öffentlichen Dienste und anderer Bereiche. Deshalb (!) das Angebot der Regierung, den Anteil der Zahlungen an die lokalen Behörden dafür zu finanzieren und zu erhöhen. Ich schließe mit einer grundlegenden Bemerkung (...): die niedrig bezahlten Arbeiter haben nichts davon, wenn in freien kollektiven Verhandlungen die Stärksten das meiste erhalten."

Dem Eingeständnis, daß die Massen sich haben *nicht* mobilisieren lassen gegen die streikenden Arbeiter, folgt der Versuch, die niedrigen Löhne dieser Arbeiter als Druckmittel gegen den Lohnkampf anderer Teile der Arbeiterklasse einzusetzen. In der nächsten Woche stellt die Gewerkschaft AUEW die Forderungen für über 2 Millionen Metallarbeiter auf. Die Gewerkschaften der Stahlarbeiter und Bergarbeiter sind in Verhandlungen und bereiten in manchen Gegenden Streiks gegen die 5%- bzw. 3,5%-Angebote der staatlichen Monopole vor. Der Streik im öffentlichen Dienst durch einen neuen Pakt mit der Gewerkschaftsführung und betrügerischen Abschlüssen wenigstens in Teilen rasch zu unterdrücken und Verbindung mit der Lohnbewegung in den Kernbereichen der Industriearbeiter zu verhindern, dazu ist die Regierung jetzt angetreten.

Am Freitag schlossen die Gewerkschaftsführer mit den Wasserwerken Lohnabkommen für 33000 Wasser- und Kanalarbeiter ab. Die Arbeiter stimmen noch darüber ab. 15,95% würde die Erhöhung ausmachen, posaunt die Gewerkschaftsführung. Tatsächlich sind es knapp 9% plus 7% Prämie für Anwesenheit während der vollen Woche. Abgesehen vom unterdrückerischen Charakter dieser Prämie, wird sie auch nicht in den Grundlohn einbezogen – und damit nicht in die Berechnung von Schicht- und Überstundenzulagen, Urlaubsgeld usw. Für einen Gemeindearbeiter (Grundlohn 42,40 Pfund) bedeuten 9% 3,82 Pfund und weitere 7% noch einmal 2,97 Pfund, das bringt seinen Lohn auf 49,19 Pfund – aber nur wenn er die Prämie erhält. Die Forderung aller vier Gewerkschaften ist 60 Pfund mindestens.

Die Kapitalistenklasse setzt darauf, daß es den Sozialdemokraten gelingt, mit Betrug und Spaltung (siehe S.5, British Leyland) die Lohnbewegung reif für die Niederlage zu machen. Aber in den letzten Monaten haben sie mehr als einmal die Stärke dieser Bewegung falsch beurteilt.




Streikposten vor einem Londoner Krankennaus (rechts). Die Regierung hält Armeeinheiten zum Streikbruch bereit, hier Armeekrankenwagen (links).

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon: 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730238 / Redakteur: Martin Fochler

Zu beziehen ist die Kommunistische Volkszeitung im Vierteljahresabonnement, incl. Porto 10,– DM, bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 73 02 34

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 7: 32000

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77, Redakteur: Willi Geike

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348, Redakteur: Matthias Stab

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'informations et de nouvelles internationales SPRL. · a.i.n. – agence de presse · 437 Av. Louise · B-1050 Bruxelles

a.i.n. Roma · Via C. Magni, 49/B · I-00147 Roma

K.V.Z. News Agency Ltd. · 291, Gray's Inn Road · GB-London, WC1X 80F

Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H. · Rienößlgasse 12 · A-1040 Wien

Verbreitungsgebiete und Liste der Bezirksausgaben der Kommunistischen Volkszeitung · Bezugsadressen



Bezirksausgaben: Flensburg (01), Flensburg-Westküste · Kiel (02), Holstein · Hamburg (03), Hamburg-Unterelbe

Bezirksausgaben: Bremen (04), Bremen-Unterweser · Oldenburg (05), Weser-Ems · Münster (06), Münsterland-Emsland

Bezirksausgabe: Westberlin (07)

Bezirksausgaben: Hannover (08), Hannover · Braunschweig (09), Südostniedersachsen · Bielefeld (10), Ostwestfalen

Bezirksausgaben: Dortmund (11), Dortmund/Westliches Westfalen · Essen (12), Essen-Ruhr · Duisburg (13), Duisburg/Niederrhein · Düsseldorf (14), Düsseldorf/Rhein · Wuppertal (15), Wuppertal/Bergisches Land

Bezirksausgaben: Kassel (16), Kassel/Nordhessen · Gießen (17), Gießen/Sieg-Lahn · Frankfurt (18), Frankfurt/Südhessen · Mainz (19), Mainz/Rheinhessen-Taunus

Bezirksausgaben: Köln (20), Köln/Rhein-Sieg · Aachen (21), Aachen/Grenzland · Koblenz (22), Koblenz/Mittelrhein · Trier (23), Trier/Eifel-Hunsrück · Saarbrücken (24)

Bezirksausgaben: Mannheim (25), Rhein-Neckar-Pfalz · Heilbronn (26), Franken · Würzburg (27), Unterfranken · Nürnberg (28), Mittelfranken · Bayreuth (29), Oberfranken

Bezirksausgaben: Karlsruhe (30), Mittlerer Oberrhein/Nordschwarzwald · Stuttgart (31), Mittlerer Neckar · Freiburg, Südbaden · Konstanz (32), Konstanz-Südschwarzwald · Ulm (33), Ulm-Bodensee

Bezirksausgaben: Regensburg (35), Mittlere Donau · Landshut (36), Niederbayern · München (37), München-Oberbayern · Augsburg (38), Schwaben

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/382168

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon 0421/6160455

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon 030/6145099

Geschäftsstelle Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045

Geschäftsstelle Essen: Sybillastraße 15, 4300 Essen, Telefon 0201/252353

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730241

Geschäftsstelle Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77

Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Telefon 0621/16279

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/611805

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Herausgeber: Zentrales Komitee des KBW · Sekretariat: Mainzer Landstr. 147, Postf. 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel.: 0611/730231, Telex 413080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/730231 · Redakteur: Jürgen Klocke · Erscheint einmal im Monat im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt · Preis des Einzelheftes: 2 DM, Jahresabonnement (12 Nummern incl. Porto): 24 DM

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst: a) Titelliste der gesamten KVZ-Ausgaben; b) Titelliste der Spezialnachrichtendienste; c) vollständiger Text der ZDF-19-Uhr-Nachrichten; d) Äußerungen der Landesregierungen in den Regionalschauen; e) Äußerungen von Regierungsmitgliedern im ausländischen Fernsehen, übersetzt, sowie Äußerungen von Gewerkschaftssprechern; f) Titelliste der im laufenden Jahr erschienenen Ausgaben von Kommunismus und Klassenkampf; g) Verzeichnis der im Laufe des Jahres hergestellten Bücher und Broschüren · *Heft 02:* Landwirtschaft / Ernährung · *Heft 03:* A) Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft // B) Chemische Industrie // C) Stahl // D) Bau · *Heft 04:* A) Maschinenbau // B) Elektrotechnik // C) Fahrzeugbau // D) Schiffbau · *Heft 05:* A) Druck // B) Textil, Bekleidung // C) Handel · *Heft 06:* A) Ausbildung, Schulen, Schüler // B) Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten

Des „entwickelten Sozialismus“ jüngster Wurf: Die private Kuh

z.rua. Seit Jahren entsprechen die landwirtschaftlichen Erträge in der Sowjetunion nicht den Plänen. Das ist kein Wunder. Die Sozialimperialisten verwenden große Mengen Kapital, um ihre Rohstoff- und Industriebasis auszudehnen, auf dem Weltmarkt voranzukommen und kriegsfähig zu werden. Die Entwicklung der Landwirtschaft ist für sie nicht profitabel genug. Sie holen aus der Erde und dem sie bestellenden Landarbeiter raus, was rauszuholen ist. Notwendige Investitionen zur Förderung der Landwirtschaft werden nicht getätigt. Die Landmaschinen verschleißen schnell, Ersatzteile werden nur in unzureichendem Maße produziert. Die natürlichen Bedingungen für die Brauchbarkeit des Bodens werden untergraben. So steht z.B. der Aralsee in Kasachstan, dem Hauptgetreideanbaugebiet der UdSSR, vor dem Umkippen. Die Hektarerträge sinken beständig. Wurde zu Beginn des 10. Planjahrfünfts von einem durchschnittlichen Hektarertrag von 38 Doppelzentner ausgegangen, betrug der tatsächliche Ertrag 1978 20 bis 25 Doppelzentner. Ein großer Teil der letztjährigen „Rekordernte“ verdorrt, weil die nötigen Speicher nicht gebaut sind. Die Futtermittelproduktion sinkt seit 1970 beständig. Vieh muß notgeschlachtet werden. Von 1975 auf 1976 sank der Bestand an Schweinen um 12 Millionen. Die Produktion von Schaf- und Schweinefleisch liegt heute unter dem Stand von 1970. Die Produktion von Eiern, Milch, Butter, Kartoffeln, Reis, Mais und anderem Getreide ist rückläufig.

Die sowjetischen Volksmassen bekommen die Anarchie der Produktionsweise, die sich unter der Herrschaft der Sozialimperialisten Bahn gebrochen hat, zu spüren – im Magen und im Geldbeutel. Die Qualität der notwendigen Lebensmittel wird ständig verschlechtert, gleichzeitig müssen sie immer höhere Preise zahlen und einen Großteil ihrer Reproduktionszeit darauf verwenden, auf der Suche nach Nahrungsmitteln Schlange zu stehen – häufig vergeblich. Ihr Unmut über die miserable Nahrungsmittelversorgung wird lauter.

Ende Januar veröffentlichte das Zentralkomitee der KPdSU einen Bericht seines neu ernannten Landwirtschaftssekretärs Gorbatschow. Zur „Lösung“ der Krise in der Nahrungsmittelversorgung schlägt er vor, daß ab sofort für sämtliche im Bau befindlichen Agrar-Industrie-Komplexe ein Baustopp verhängt wird und stattdessen die private Viehhaltung gefördert werden soll.

Gegenwärtig sind ca. 8000 Agrar-Industrie-Komplexe in der UdSSR in Betrieb. Sie sind spezialisiert auf Mast, Zucht und industrielle Weiterverarbeitung bestimmter Vieharten. Von den Plankommissionen werden ihnen Jahrespläne auferlegt, nach denen sie eine bestimmte Menge Fleisch zu festgelegten Aufkaufpreisen abliefern müssen. Wird das Planziel nicht erreicht, werden die Aufkaufpreise gekürzt, wird es überboten, werden Prämien gezahlt. Sie sind gezwungen, die Kosten für Instandhaltung, Reparatur und Erneuerung der Anlagen selbst zu tragen. Können sie die entstehenden Kosten nicht selbst tragen, müssen sie sich bei den staatlichen Banken verschulden und zur Abtragung der Schulden die Produktion weiter steigern.

Der Lohn der Landarbeiter auf den Kolchosen und Sowchosen besteht aus einem Mindestlohn von 60 Rubel und entsprechenden Zulagen je nach Planerfüllung. Er liegt im Durchschnitt um 20% unter dem des Industriearbeiters. Die Landarbeiter sind gezwungen, ein Drittel ihrer Reproduktionsmittel aus der privaten Nebenwirtschaft aufzubringen. In der Regel bestellen sie ihre 0,2 bis 0,5 ha privaten Boden mit Obst und Gemüse. Die Viehhaltung ist wesentlich arbeits- und kostenintensiver und bei Futtermittelknappheit mit dem Risiko des Verlusts des Viehs verbunden. Sie ist in den letzten Jahren drastisch zurückgegangen.

Die Sozialimperialisten wollen die sowjetischen Landarbeiter mit der „Förderung der privaten Viehhaltung“ ködern, um sie hernach nur der verstärkten Ausbeutung auf den *bestehenden* Agrar-Industrie-Komplexen zu unterwerfen. Auf dem „Juliplenum“ des ZK der KPdSU im letzten Jahr wurde beschlossen, den Landarbeitern für den Erwerb von Vieh staatliche Kredite einzuräumen, die mit einer Laufzeit von 5 Jahren abgetragen werden müssen. Besamungsanstalten, veterinärmedizinische Einrichtungen und Futtermittelausgabestellen für privates Vieh sollen errichtet werden. Für die Nutzung dieser Einrichtungen müssen Gebühren entrichtet werden.

Die „Prawda“ liefert die ideologische Begleitmusik für die „Förderung des Privateigentums“. Am 28.1. widmete sie ihr Feuilleton der „privaten Kuh“. Es sei erwiesen, daß Kolchosfamilien, die sich eine private Kuh hielten, gesünder seien und mehr Kinder in die Welt setzten als andere. Auch sei unter ihnen die Landflucht geringer. Nach getanem Tagewerk gelte alle Sorge der privaten Kuh. Zwar sei kaum mehr Weideland vorhanden, jedoch könnten die privaten Kühe auf genossenschaftlichen Weiden grasen – gegen Bezahlung, versteht sich.



„Der Sturm auf die Wüste geht weiter“ – so bezeichnen die Sozialimperialisten die „Neulanderschließung“ in Turkmenistan, die nicht planmäßige Nutzbarmachung des Bodens sondern Raubbau bedeutet. – Auf den Agrar-Industrie-Komplexen werden, in enge Gatter gepfercht, jeweils zehntausende von Tieren maschinell gemästet, geschlachtet und zu Konservenfleisch verarbeitet.

venfleisch verarbeitet.

Die Verwandlung Vietnams in ein Arbeitslager ist Voraussetzung der Expansion

z.dab. Die vietnamesischen Revisionisten führen einen ungerechten Krieg zur Unterwerfung des Demokratischen Kampuchea. Die für ihre Kriegsindustrie notwendigen Mittel haben sie aus der Landwirtschaft gezogen. Aber nicht nur in der Form des landwirtschaftlichen Mehrprodukts. Nicht nur, daß es heute in Vietnam für die Volksmassen sehr wenig oder kaum zu essen gibt. Bei der Schaffung eines großen, von jeglichen Produktionsmitteln „befreiten“ Arbeiterheeres gingen sie den blutigen Weg der klassischen Bourgeoisie: den der Enteignung der Kleinproduzenten, der Bauern und Kleinhändler, die sie nun versuchen in die Fabriken zu pressen, um sie der Despotie der Mehrwertproduktion zu unterwerfen.

Wie die Führungsclique um Le Duan plant, „die Schwerindustrie vorrangig und rationell auf der Grundlage der Landwirtschaft und der Leichtindustrie aufzubauen“, klingt aus ihrem Munde so: „Wir müssen weiterhin einen aufopferungsvollen Kampf führen, dürfen vor Schwierigkeiten und Entbehrungen nicht zurückschrecken, eine rationelle Konsumtionspolitik verwirklichen und einen entsprechenden Teil der Arbeitskräfte und der materiellen Werte für die Akkumulation verwenden.“ (Le Duan auf dem 4. Parteitag der KPV).

Von 51% (1975) auf 48% (1980) soll die Bauernschaft verringert werden, um die freiwerdende Arbeitskraft in die „neuen ökonomischen Zonen“ zu treiben. „Die etwa 160000 Ansiedlungen mit durchschnittlich 250 Einwohnern im ganzen Land werden Schritt um Schritt 15000 – 20000 Ortschaften von 2000 – 4000 Einwohnern Platz machen.“ 1,5 Millionen Menschen wurden bis Mitte 1978 zwangsumgesiedelt, vorwiegend aus Ho Chi Minh Stadt und anderen südlichen Städten. 10 Millionen sollen es bis 1986 sein. Daß es sich dabei um reine Zwangsarbeit handelt, geht aus einem Beschluß der KPV hervor, der feststellt, daß „Arbeiter, die in die neuen ökonomischen Zentren gehen, in den ersten 3 Jahren von der Dienstverpflichtung in weit entfernten Orten befreit werden, aber ihren obligatorischen Dienstverpflichtungen in den Dörfern nachkommen müssen.“ Dies wird die Ernährungsgrundlage für weitere Teile des Volkes zerstören. 1978 fehlten allein 4,3 Mio. t Getreide.

Ein schwedischer Journalist beschreibt die Lage in einer vietnamesischen Papierfabrik: von 6000 Arbeitern, die hätten anwesend sein müssen, waren tatsächlich nur 2000 dort und ganze 600 arbeiteten davon. Die Abwesenheit war so hoch, weil die meisten der Arbeiter physisch vor Hunger erschöpft waren, oder ihr eigenes Stück Land bebauen mußten, um leben zu können. Daß dieser Zustand kein Einzelfall ist, geht aus Berichten der vietnamesischen Zeitung „Nhan Dan“ hervor, in denen es heißt, daß die Arbeiter nur 22 Tage im Monat arbeiten und die Maschinen im Durchschnitt 4 bis 5 Stunden am Tag laufen. Die Auslastung der Gesamtmaschinerie betrug 1977 nur 54%. Die Zeitung „Long San“ beklagt, daß in verschiedenen Orten die Bauern von 250 Arbeitstagen nur 180 – 200 Tage arbeiten und im Mekong-Delta sogar nur 100 Tage.

Mit einer großangelegten Kampagne gegen „Faulheit, Schlamperei, Langsamkeit, Disziplinlosigkeit, Trägheit“ versucht die revisionistische Führung die Schuld für die elende Lage der Volksmassen diesen selbst in die Schuhe zu schieben. Sie hat damit gleichzeitig die Begründung für die Verschärfung der Kontrolle und Unterdrückung, die sie mit der Zentralisierung und Abrichtung des Verwaltungsapparates betreibt.

In der Kooperative „Dinh Cong“, 120 km südlich von Hanoi, hat das „Management“ allein 500 Regeln zur Arbeitsdurchführung erlassen. „Ein starker Arbeiter muß 300 Tage, ein normaler 280 und ein schwacher 250 im Jahr arbeiten.“ Der Arbeiter ist verpflichtet, der Arbeitsverteilung und dem Befehl der Kooperative zu folgen, und es gibt genaue Regeln, „wann er seinen Tag zu beenden hat.“ In den Betrieben gehen die Revisionisten dazu über, die Akkordarbeit einzuführen. Ein neues Entlohnungssystem wird eingeführt, bei gleichzeitigem Schmieren der Direktoren. Hämisch berichten sie, daß die Arbeiter der Tatsache zugestimmt hätten, daß der Direktor 20mal mehr verdient als sie und für sich praktisch nichts fordern, „außer besseren Sicherheitsvorkehrungen, wie einer Mütze, einer Gasmaske und einem Handtuch für jeden Arbeiter.“

Die Machtübernahme des Revisionismus in der Partei und die Durchsetzung dieser Maßnahmen geht nicht ohne Kampf ab. Es wird über Auseinandersetzungen zwischen den Parteikomitees und dem Management in den Betrieben berichtet, welche der Verschärfung der Ausbeutung abträglich seien. Eine große Zahl von alten Kadern ist bereits von den Revisionisten ins Gefängnis geworfen worden. Jahrelange revolutionäre Erfahrungen lassen sich nicht auf einmal auslöschen.

„Akkumuliert! Akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten!“ – (K. Marx)

z.anb. In den Beschlüssen des XXV. Parteitages der KPdSU haben die neuen Zaren Bilanz gezogen über die Fortschritte in der Kunst der Schweißauspressung, seit 1965 die Phase der „neuen Wirtschaftspolitik“ eingeleitet worden war. Letzteres war nichts anderes als die absichtsvolle Kampfansage an die sowjetische Arbeiterklasse, die Gesetze der kapitalistischen Akkumulation zum Leitgedanken der Politik zu machen. Schweißauspressung nach dem Maßstab der imperialistischen Konkurrenz, vor allem des Rivalen USA, das war das „Plansoll“ und entsprechend „vorrangig“ in der „Phase des entwickelten Sozialismus“.

Inzwischen hat sich die „Phase“ geändert. Die Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz auf dem Weltmarkt, die erbitterten Schlachten um Einflußsphären, Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Anlagemöglichkeiten für das aus der jeweiligen Arbeiterklasse gepreßte Kapital stößt auf den wachsenden Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt, der Hauptkraft der gegenwärtigen Weltlage. Verkleidet als „natürlicher Verbündeter“ der unterdrückten Völker zogen die neuen Bourgeois der Sowjetunion aus, *ent*kleidet als imperialistische Blutsauger und Aggressoren stehen sie heute zunehmend im Kreuzfeuer der Angriffe der Dritten Welt gegen ihre räuberisch-erpresserische „internationale Arbeitsteilung“.

Umso aggressiver gebährdet sich das Kapital der neuen Ausbeuterklasse, um das Kräfteverhältnis zur US-Supermacht zu seinen Gunsten zu entscheiden. Die „Entwicklung der Akkumulations- und Investitionsrate“ sei die Kernfrage, mit der sich der Ökonom befassen müsse, heißt es, jetzt schreite man von der Phase der „extensiven“ zur Phase der „intensiven“ Investitionen voran.

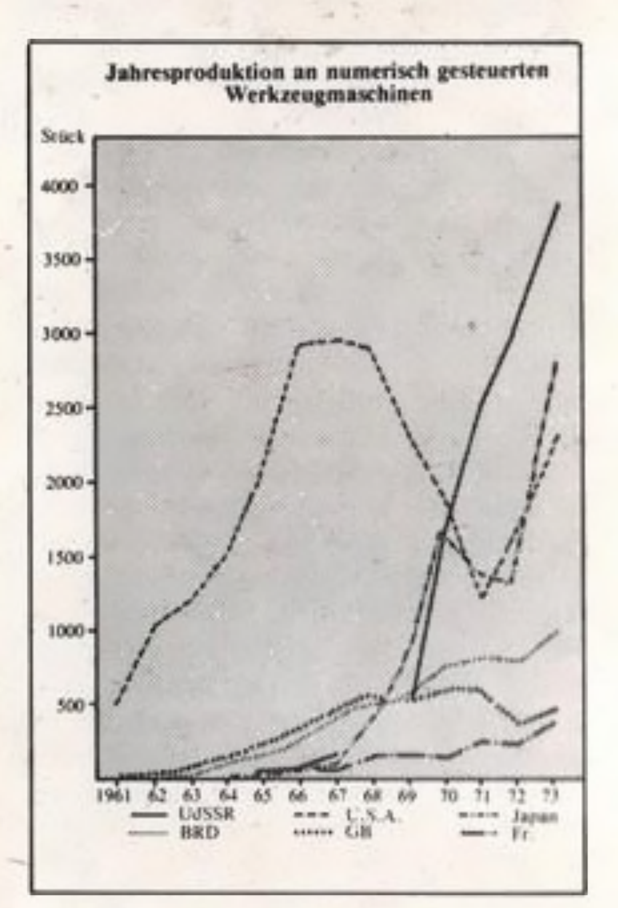
Von den Kapitalmassen – aus der Ausbeutung der sowjetischen Arbeiter aufgehäufter Mehrwert –, die in den letzten Jahren in den Bau neuer Anlagen und die Erschließung neuer Produktionsstätten investiert worden sind, liegen nach neuester Bilanz ca. 78% „brach“, 1978 waren das allein 3,7 Mio. Dollar. Warum? Weil die Bauarbeiter zu langsam sind, die Technologie rückständig, das Erfolgskriterium der Bauindustrie sei nicht „qualitativ“ orientiert, d.h. nicht an der Zahl der „*in Betrieb genommenen* neuen Anlagen“ als den „qualitativen Kennzif-
„*in Betrieb genommenen* neuen Anlagen“ als den „qualitativen Kennzif-
fern“ ausgerichtet, sondern die Bauarbeiter messen selbstsüchtig den Grad der Schweißauspressung an der Vernutzung ihrer Arbeitskraft, sie weigern sich, den Blutzoll für solcherlei „Qualität“ zu zahlen.

Daß die neuen Anlagen gar nicht erst in Betrieb genommen werden, liegt an der „Eigenheit“ des Kapitals, keine Lust zu haben, wenn nicht der entsprechende Profit lockt. Es strömt stattdessen in die Bereiche, wo die Kunst der Schweißauspressung Meisterschaftsgrad erreicht hat: den Maschinenbau, die Chemie- und die Energieproduktion, allesamt „vorrangig“ für den Ehrgeiz der neuen Bourgeois, die imperialistische Konkurrenz auszustechen.

Eine geraume Zeit lang hatten sie aus den Errungenschaften der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, der Befreiung der Arbeit vom Kommando des Kapitals, *ihren* Nutzen gezogen, indem sie – Ergebnis der Machtergreifung des Revisionismus – die Produktionsanlagen unter *ihre* Regie brachten und lebendige Arbeit einsaugen ließen. Inzwischen stellen die neuen Zaren fest, daß „unter den gegenwärtigen Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution (sprich: Wettlauf in der Verschärfung der Ausbeutung – d. Red.) die Ausrüstungen um 7 bis 8 Jahre überaltert“ sind. (W. Tolpygin, in „Woprossi ekonomiki“, 3/76, S.15)

Im Fünfjahrplan 1976-80 ist eine Drosselung der Investitionen von bislang ca. 7,5% der Staatseinnahmen auf 4,5% vorgesehen. Nur in Sibirien, dem Ural und dem asiatischen Teil soll es überhaupt noch Erweiterungsinvestitionen und Neuanlagenbau geben. Ihr Zweck: Herbeischaffung von Rohöl, Erdgas, Aluminium, von 90% des projektierten Zuwachses bei Kohle und 80% bei Kupfer. Diese Rohstoffe werden benötigt für die *jetzt* „vorrangige“ „Beherrschung der qualitativen Wachstumsfaktoren“, für einen gewaltigen Schub neuerlicher Verschärfung der Schweißauspressung. Im Zentrum steht „die Maschine“, um die alles kreist, und damit auch der Industriezweig, in dem Maschinerie produziert wird. Akkumulation von Kapital, das ist die Bibel des Kapitalisten, und wer könnte schließlich vergessen, daß die relative Stärke der US-Supermacht auf der – noch zumindest – höheren Konzentration des Kapitals beruht?

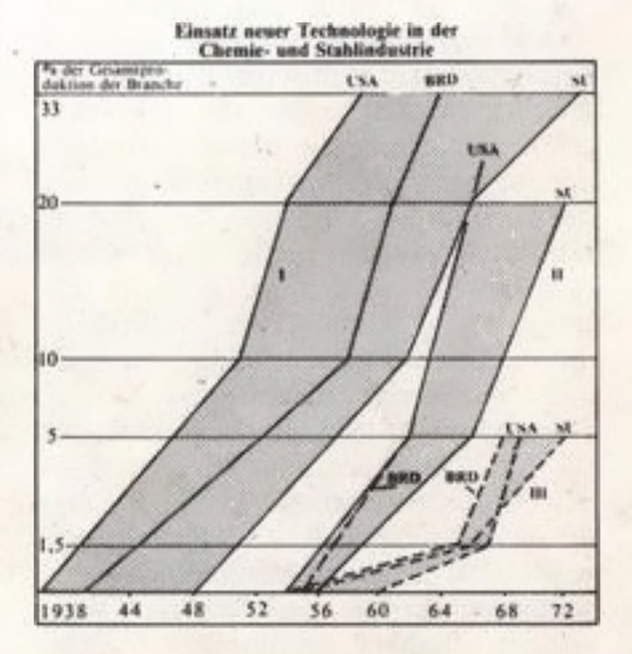
Im „europäischen“ Teil der UdSSR, wo die Masse der qualifizierten Arbeiter konzentriert ist und bei Durchsetzung von Niedriglöhnen Extraprofite winken, soll die Arbeitsproduktivität 1979 um 4,7% gesteigert werden, 1978



waren es 3,8%. Zeit haben sie nicht, die Sozialimperialisten. Der „moralische Verschleiß“ der Maschinerie beschleunigt sich; je länger gezögert wird mit der Umrüstung bestehender Anlagen, umso bedrohlicher der Rückstand zur Konkurrenz. Das ZK der KPdSU rechnet damit, bis 1990 die jährliche Aussonderungsrate veralteter Maschinerie von derzeit 2,6% auf 5% zu steigern. Das entspricht einem Mehraufwand an Kapital von 2 Mrd. Rubel im Jahr, ein „Mehraufwand“, der aus der Ausbeutung der Arbeiter rekrutiert werden muß.

Ausbeutung der Arbeiter rekrutiert werden muß.

Folgerichtig hat das ZK in den Beschlüssen des XXV. Parteitages die „Senkung der normativen Nutzungsdauer, die gegenwärtig für Ausrüstungen durchschnittlich 17 Jahre beträgt“, auf 12 bis 13 Jahre verfügt. Material einsparen, schneller produzieren, Arbeitskraft durch Rationalisierung freisetzen, Löhne drücken, die „wissenschaftliche“ Forschung der Schweißauspressung fördern, akkumulieren! So lautet die Maxime. Am Ausstoß der modernsten Maschinerie des Maschinenbausektors, den numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen, kann man sie ablesen. (Schaubild 1) Mit dieser Maschinerie soll die „Revolution“ der Ausbeutung gelingen. Die Sozialimperialisten bauen an der „materiell-technischen Basis der kommunistischen Gesellschaft“.



Wettlauf der imperialistischen Konkurrenz bei der Einführung neuer Produktionsverfahren: (I) Kunstfaserproduktion in der Chemieindustrie; (II) Sauerstoffverfahren und (III) Einrichtung von Bandstraßen und Arbeit rund um die Uhr in der Stahlproduktion.

z.rah. **Im Ehrenbergprozeß vor dem Amtsgericht Altona hat der Richter am 5. Prozeßtag freigesprochen.** ,,Die Tathandlung (Verbreitung durch den Angeklagten R.Hans, Sekretär der KHG Hamburg) (sei) nicht nachzuweisen''. Der Staatsanwalt hatte 1800 DM Geldstrafe gefordert. Nach Abschluß der Beweisführung gegen Ehrenberg hatte der Richter die Einstellung des Verfahrens angeregt, ,,wegen geringer Schuld''. Der Staatsanwalt hatte abgelehnt, ,,da die angeschuldigten Äußerungen Werturteile sind und durch Fakten nicht belegbar''. Der Richter hielt in einem Beschluß den Wahrheitsbeweis für *möglich* und prozessual für *erforderlich*, jedoch die angebotenen Zeugen und Sachverständigen für ,,ungeeignet'', ,,da der Wahrheitsbeweis nur als erbracht anzusehen ist'', wenn Ehrenberg rechtskräftig verurteilt sei.

z.maf. **Strauß, der seit geraumer Zeit weiß, daß zur politischen Sicherheit des Kapitals die Implantation einer sozialdemagogisch reaktionären Partei in die Arbeiterbewegung erforderlich ist,** hat den aus der SPD ausgeschlossenen Vorsitzenden der Steuergewerkschaft Fredersdorf zu einer mehrstündigen Audienz empfangen. Fredersdorfs Pilgerfahrt wirbelte einigen Staub auf. Warum? – Die SPD, das zeigt sich immer deutlicher, beabsichtigt, die kommenden Wahlen mit den Stimmen der besser verdienenden Staats- und Privatbeamten zu gewinnen. Sowohl die Steuerreform wie auch die Politik des Ehrenbergministeriums zeigen: Die SPD zielt auf die Senkung der Gesamtlohnsumme, indem sie den höheren Einkommensklassen steuerliche und versicherungsmäßige Vorteile zuschanzt, die von den unteren Entlohnungsklassen gezahlt werden. Die unteren Entlohnungsklassen werden durch diese Politik in die ,,Zulagenarbeit'', also die Überstunden, die Nacht- und Schichtarbeit, den Überakkord, gedrückt. Die Staatsfreudigkeit der Staatsdiener, die besser verdienen, nimmt zu, und die entsprechenden Einkommensklassen in den industriel-

versicherungsmäßige Vorteile zuschanzt, die von den unteren Entlohnungsklassen gezahlt werden. Die unteren Entlohnungsklassen werden durch diese Politik in die ,,Zulagenarbeit'', also die Überstunden, die Nacht- und Schichtarbeit, den Überakkord, gedrückt. Die Staatsfreudigkeit der Staatsdiener, die besser verdienen, nimmt zu, und die entsprechenden Einkommensklassen in den industriel-

len Belegschaften gewinnen auch mehr Freude an der ,,Produktivität der Arbeit'', die sie nicht leisten müssen. Diese Politik ist für die Kapitalistenklasse rundum akzeptabel, sie wird verschönt durch die Zug um Zug vorangetriebene Einführung von zwangsarbeitsähnlichen Zuständen für die untersten Entlohnungsklassen. – Die CDU hat sich in den Streikbewegungen der letzten Monate völlig außerstande gezeigt, spaltenden Einfluß geltend zu machen. Die CDU hat bis auf den Tag nicht die schnelle Schrumpfung des ,,Mittelstandes'' verwunden, dem sie Überleben versprochen hat und den sie, den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktion entsprechend, gelegt hat bis hin auf eine solche statistische Größe, die ihre soziale Basis gefährdet. Die CDU braucht eine ,,neue soziale Basis'', das ist der Kern der ,,neuen sozialen Frage''. Wo soll diese aufgetan werden? – Die FDP stützt sich auf jene Teile der Intelligenz, die der ökonomischen Form nach selbständig sind und Wert darauf legen, daß ihnen die Versicherungskasse gute Behandlungsvergütungen zahlt oder sie von der Staatskasse solide Prozessvergütungen erhalten und die Ausstrahlung, die diese Selbständigkeit auf einen erheblichen Teil des Beamtenkörpers hat. Auf diese Weise hat die FDP, die von der Vernichtung des kleinbürgerlichen Eigentums auch hart getroffen war, ihre ,,soziale Frage'' gelöst und wie vorher, als sie wegen der vielen Kleingewerbetreibenden im Bündnis mit der CDU war, muß sie jetzt im Bündnis mit der SPD bleiben, wenn sie gedeihen will. – Was will da jetzt Fredersdorf, was will da jetzt Strauß? Die Taktik der SPD führt zu einer gewissen Lockerung der politischen Bindung der Gewerkschaften. Da die Gewerkschaftsbewegung die politischen Ziele der Sozialdemokratie zunehmend nicht mehr ergreifen *kann* und dennoch an ihr durch die personelle Verschwägerung sowohl mit dem sozialdemokratischen Parteiapparat, wie, vermittelt, mit dem Staatsapparat hängt. Eine gewisse politische Ziellosigkeit ist die Folge. Ferner: Auf die Reproduktion wie die Arbeitsbedingungen der ziemlich breiten Facharbeiterschaft, die den Funktionärskader der Gewerkschaften stellt, wird die gegenwärtige Politik der Sozialdemokratie verheerende Wirkungen haben, wenngleich nicht schnell. Offenbar rechnet Fredersdorf hier nisten zu können. Strauß will sich das gern anschauen und will nicht dabei stören. Wie das Ganze ausgehen wird? Die Facharbeiter müssen sich entscheiden, ob sie sich der jetzt in Entstehung begriffenen politischen Bewegung für Arbeiterrechte, die ihnen nichts Besonders versprechen kann, sondern ihre Lage mit der Lage des ganzen Proletariates absichert, anschließen wollen, oder ob sie unvernünftig der platten Demagogie nachlaufen. Sie werden sich günstig entscheiden, denn das Problem gibt es ja schon jetzt und viele entscheiden sich, und zwar vernünftig.

z.jüb. **Auf Neujahrsempfängen und bei ähnlich passenden Gelegenheiten boten Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker ihre Hilfe bei der Bewältigung des vietnamesischen Flüchtlingselends an.** Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Vogel appellierte dabei ,,an alle Verantwortlichen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die vietnamesischen Flüchtlinge möglichst bald eine neue Heimat finden können'' (ZDF-Nachrichten, 9.1.79). Bereits einen Monat zuvor hatte Albrecht erklärt, ihm sei das vietnamesische Flüchtlingselend nahe gegangen, für das es keine Lobby gebe, und erklärte, Niedersachsen werde 1000 Flüchtlinge aufnehmen. Es sei nur ein bescheidener Beitrag, den die Bundesrepublik leisten könne, wurde dabei stets betont.

Aussiedlerzahlen
1971 – 1977

	Polen	UdSSR
1971	25241	1145
1972	13476	3426
1973	8902	4494
1974	7825	6541
1975	7040	5985
1976	29366	9704
1977	32861	9274
	Rumänien	insg.
1971	2848	33637
1972	4374	23895
1973	7577	23063
1974	8484	24507
1975	5077	19655
1976	3764	44402
1977	10989	54256

1977 32861 9274
Rumänien insg.
1971 2848 33637
1972 4374 23895
1973 7577 23063
1974 8484 24507
1975 5077 19655
1976 3764 44402
1977 10989 54256

Geradeso verhält es sich mit den Aussiedlern. Nach einer Meldung des Bundesinnenministeriums sind im vergangenen Jahr über 58000 Aussiedler aus Osteuropa in der Bundesrepublik eingetroffen. Das ist die höchste Zahl seit 20 Jahren. Ablesen kann man die Entwicklung an einer seit 1977 veröffentlichten Statistik in den Statistischen Jahrbüchern. An Feiertagen lassen es sich die bürgerlichen Politiker nicht nehmen, sich im Durchgangslager Friedland zu zeigen, um dort auf die besonderen Probleme der Menschen zu verweisen, die ihre Heimat der ,,Freiheit wegen'' aufgaben. Hilfe, dauerhafte Hilfe, das merkt man gleich, ist nur dort möglich, wo die Menschen herkommen. Eine Intervention ist z.Z. nicht möglich. Eine Meinung dafür soll aber schon geschaffen werden.

z.ulh. **Aus Steuergeldern soll die Zwangsarbeit ausländischer Jugendlicher für die Kapitalisten vom Hamburger Senat unterstützt werden.** Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hatte im Zuge des Anwerbestopps für ausländische Arbeiter verfügt: für jugendliche Ausländer eine Wartezeit von zwei Jahren, die nach Teilnahme an berufsorientierenden Maßnahmen von mindestens halbjähriger Dauer als erfüllt gilt; für ausländische Ehegatten eine Wartezeit von vier Jahren, danach Arbeitserlaubnis nur für ,,Mangelberufe''. Unter dem Deckmantel der Ausländerfreundlichkeit ist Hamburg gegen ,,diese Beschränkungen''. Für die ,,berufsorientierenden Maßnahmen'' hat der Senat noch etwas besonderes ausgedacht. Ein ,,Sonderprogramm für jugendliche Ausländer'', damit möglichst viele den Kapitalisten zur Verfügung gestellt werden können. Schließlich würde das ,,die Wartezeit... erheblich verkürzen''. Das Sonderprogramm sollen Bund, Länder und EG-Sozialfonds tragen. Zum Beispiel 5000 DM soll ein Kapitalist kriegen, der einen ,,leistungsschwachen Schüler'' ein halbes Jahr ,,betreut''.

z. klr. **Roland Offset meldet für 1978 einen neuen Rekordumsatz.** Im Geschäftsjahr 1977/78 steigerten die Roland-Kapitalisten den Umsatz auf 404 Mio. DM, um 15 % gegenüber dem Vorjahr. Die Druckkapitalisten haben im selben Jahr in großem Umfang neue Maschinerie in Satz und Druck beschafft und gestützt auf die löchrigen Festlegungen des Rastertarifvertrages die Lohnsumme drücken können. – Der Anteil von ehemaligen Hand- und Maschinensetzern an der Gesamtbelegschaft Perforatoren/Fotosetzern der Frankfurter Societätsdruckerei beträgt etwa 50%. Die anderen sind Typisten v.a., die unterhalb des Maschinensetzerlohns gezahlt werden. Die Kapitalisten machen sich dabei zu nutze, daß in §2 des Vertrages die Möglichkeit eingeräumt ist, auch andere als ehemalige Maschinensetzer und Handsetzer an die Bildschirmgeräte zu setzen. Die Druckkapitalisten wollen über die Teilzeitarbeit die Ausbeutung in den Satzabteilungen vorantreiben. Bei Gschwilm in Bad Vilbel arbeiten von 10 Setzerinnen 2 Vollzeit, die anderen zwischen 8 und 32 Stunden. Der höchste Lohn liegt mit 11.- DM rund 1,80 unter dem Maschinensetzerlohn.



6 Wochen Urlaub können durchgesetzt werden

HBV verhandelt über Manteltarifverträge

r.chs. Über 6 Manteltarifverträge verhandelt die Gewerkschaft HBV zur Zeit in Norddeutschland mit den Handelskapitalisten; im Einzelhandel in den Tarifbezirken Niedersachsen/Bremen, Nordmark, Schleswig-Holstein und Westberlin; im Groß- und Außenhandel in Schleswig-Holstein und Niedersachsen/Bremen. Im Tarifbezirk Nordmark gibt es diesbezüglich eine ,,Einigung'' der Gewerkschaft und der Kapitalisten für eine Verlängerung des Urlaubs ,,stufenweise'' um 4 bis 5 Tage bis 1984 seit dem 24. Januar dieses Jahres. Zur Entscheidung wird sie der Großen Tarifkommission am 19. März vorliegen.

,,Modellcharakter'' soll dieser Einigungsvorschlag haben, posaunen die Einzelhandelskapitalisten; solchen Abschluß hätten sie gern unter Dach und Fach. Noch ist nichts entschieden. Die 4 bis 5 Tage mehr Urlaub im Laufe von 5 Jahren sind keine 6 Wochen wie gefordert. 22 bis höchstens 28 *Werk*tage – also einschließlich der Samstage – haben die Beschäftigten im Einzelhandel in Niedersachsen/Bremen und in Hamburg; im schleswig-holsteinischen Groß- und Außenhandel beispielsweise 17 bis 22 Arbeitstage. 6 Wochen Urlaub sind 36 Werktage, das Ergebnis ist also noch weit hin.

In Niedersachsen fordert die HBV für den Einzelhandel: ,,6 Wochen Urlaub, 5-Tage-Woche, bezahlte Pausen, besseren Kündigungsschutz, tariflichen Gesundheitsschutz, Sicherung vor Rationalisierung, Umschulungsanspruch, klare Regelung für Teilzeitbeschäftigte, Babyjahr für Mütter und Väter und bessere Zulagenbedingungen'' (Ausblick, Januar 1979). Einen Tag mehr für die bis 30jährigen haben die Kapitalisten angeboten, die Gewerkschaft hat abgelehnt und auf den 30.4. vertagt.

Das ist lange. Man wird die Zeit nicht verstreichen lassen dürfen, sonst ist man mit einem Tag abgespeist, der nicht einmal für alle gelten soll.

Die Forderungen sind berechtigt. Um über 70 % ist der Umsatz der Einzelhandelskapitalisten von 1970 bis 1977 gestiegen, die Anzahl der Vollbeschäftigten um 8,5 % gesunken, die der Teilzeitbeschäftigten um 15,1 % gestiegen. Massenhaft werden in den Kaufhäusern Aushilfen beschäftigt. Mit Teilzeitarbeit und Aushilfsverträgen steht den Kapitalisten in Stoßzeiten ausreichend Arbeitskraft zur Verfügung, die hinterher wieder auf die Straße gesetzt werden kann. Selbst den Festangestellten steht eine regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit von 40 Stunden nicht zu, die 40-Stundenwoche muß lediglich aufs Jahr berechnet eingehalten werden. Oft genug wird verfügt, daß man seinen freien Tag nicht nehmen darf. Der Tarifvertrag für den Einzelhandel Hamburg sieht sogar eine Ausweitung der regelmäßigen Arbeitszeit auf 42,5 Stunden wöchentlich vor, der nicht einmal über ein Jahr ausgeglichen werden muß. Rund 20 % betrug der Krankenstand in der Lebensmittelabteilung bei Karstadt in Hamburg. Jetzt im Winterschlußverkauf ist schon überhaupt nicht vorstellbar, daß man diese Hetze auch noch im Schichtdienst durchsteht, wie ihn die Kapitalisten forciert durchbringen wollen mit der Verlängerung der Ladenschlußzeiten. Mittlerweile plagt auch FDP- und SPD-Politiker die ,,Sorge'', daß die schichtarbeitenden Massen ihre Einkäufe in Hetze erledigen müssen. Sie sollen den Boden mittels Spaltung bereiten, um die Schichtarbeit durchzusetzen, deren Einführung bisher erfolgreich bekämpft worden ist.

Für den Kampf um 6 Wochen Urlaub, 40-Stundenwoche an 5 Arbeitstagen und bezahlte Pausen sind die Kampfbedingungen gut. Die Stahlarbeiter haben den sechswöchigen Urlaub durchgesetzt, verschiedene Branchen wie auch die norddeutschen HBV-Bereiche haben diese Forderung aufgestellt. Zwar haben die Kapitalisten den 6-Wochen-Urlaub als Manöver gegen die 35-Stunden-Woche benützt, der Spieß ist aber umkehrbar. 6 Wochen Urlaub müssen für alle durchgesetzt werden. Der gemeinsame Kampf wird eine Abspaltung der Beschäftigten im Handel verhindern und den Kampf gegen die Ausweitung der Schichtarbeit und um den 7-Stunden-Tag befördern.

Im Chemietarifkampf ist eine Mindestforderung von 100 DM besonders dringlich

r.hat. Ende Februar werden die Tarifkommissionen der IG Chemie die Kündigung der Lohn- und Gehaltstarifverträge beschließen. Es ist jetzt Zeit, in den Betrieben über die Forderungsart und die Höhe der Forderung zu be-

Im Chemietarifkampf ist eine Mindestforderung von 100 DM besonders dringlich

r.hat. Ende Februar werden die Tarifkommissionen der IG Chemie die Kündigung der Lohn- und Gehaltstarifverträge beschließen. Es ist jetzt Zeit, in den Betrieben über die Forderungsart und die Höhe der Forderung zu beschließen.

Seefelder, Präsident des Verbandes der Chemieindustrie, beklagt als Hinderung bei ihrer Jagd nach Höchstprofiten die Rohstoffkosten und die Löhne. Die Nachteile auf dem Weltmarkt durch den Dollarsturz wollen die westdeutschen Chemiekapitalisten durch Intensivierung der Arbeit und Lohnsenkung positiv ausgleichen. 5,5 Milliarden sollen für Rationalisierungen ausgegeben werden im Jahr 79. Wenn es nach ihnen geht, sollen die Löhne nicht über die offizielle Inflationsrate steigen.

Im letzten Jahr haben die Chemiekapitalisten eine Produktionssteigerung von 4,5% erreicht und dabei gleichzeitig gegenüber dem Vorjahr die Belegschaftsstärken um 1% gesenkt. Der größte Hamburger Konzern, Beiersdorf, verkündet großspurig, daß die Dividende an die Aktionäre von 13% im letzten Jahr in diesem Jahr wieder erreicht werden würde und zusätzlich noch 51,2 Mio. Dollar investiert werden.

Zahlen können die Kapitalisten dicke. Niedrige Prozentabschlüsse der letzten Jahre haben ihren Profit hochgetrieben. Die Auswirkungen dieser niedrigen Prozentabschlüsse sind für die Arbeiter verheerend. Die große Masse der Chemiearbeiter ist in den unteren Lohngruppen eingestuft (siehe Schaubild) und die Kapitalisten füllen diese Lohngruppen weiter auf. Durch Ausdehnung der Überstunden und Schichtarbeit gerade in diesen unteren Lohngruppen steigern die Kapitalisten die Ausbeutung und nutzen so, kühl lächelnd, den Zwang der Arbeiter, ihr Loch in der Haushaltskasse durch größeren Verschleiß ihrer Arbeitskraft zu schmälern, aus. Dem Absinken des Lohns nach unten muß in diesem Lohnkampf Schranken gesetzt werden. Die Zeitung der IG Chemie (Februarausgabe, Seite 1) ruft auf, die ,,Tabus der Arbeitgeber brechen''? Heiligstes ,,Tabu'' der Kapitalisten ist, Festgeld- oder Mindestbeträge zu zahlen. Dieses ,,Tabu'' zu durchbrechen, darauf konzentriert sich die Arbeiterbewegung seit Jahren; das wird den Kampf um den Normalarbeitstag begünstigen. 4% haben die Stahlarbeiter nach langem Streikkampf durchgesetzt. Wie unser Schaubild zeigt, wird eine Mindestforderung von 100 DM auf den Tariflohn die Einheit in den Betrieben herstellen. Auf der Arbeitskonferenz der IG Chemie haben Delegierte die Streichung der Lohngruppe 1 gefordert. Diese Forderung entspricht den 100 DM, wenn eine 6%-Forderung auf Lohngruppe 2 als Mindestforderung erhoben wird. Bei all diesen Überlegungen wird die Mehrwertsteuererhöhung im Sommer Beachtung finden müssen.

z.sih. **Mit einem vierprozentigen Anteil, zusammen mit Hoesch-Estel, wollen die Stahlwerke Peine Salzgitter AG (P&S) sich direkten Zugriff auf die Roherzförderung in Guinea ergattern.** ,,Gegen Mitte der achtziger Jahre wird weltweit ein Engpaß in der Versorgung der Eisen- und Stahlindustrie mit Sintererzen eintreten.'' So, äußerte sich Vorstandsmitglied Mager besorgt über die Tatsache, daß P&S das Erz bisher nur kaufen kann. 1977/78 haben sie 5,2 Mio.t Roherz eingekauft, davon waren lediglich 700000 aus der eigenen Erzgrube Haverlahwiese. Hauptsächlich bezieht P&S aus Schweden (25%), Brasilien (25%), Liberia und Südafrika (25%), sowie Kanada und Australien (25%) das Eisenerz. Es fragt sich, wie lange sie dort noch kaufen können. ,,Heimisches'' Eisenerz war 1937 ein Grund für den Aufbau des Werks in Salzgitter – jetzt soll es bald in Guinea liegen. 15 Mio.t Roherz sollen dort jährlich gefördert werden. Hoesch soll 800000 t, P&S 400000 t abbekommen. Für den Anfang nicht schlecht. Schließlich geht es diesem imperialistischen Konzern offensichtlich um die Sicherung eines Eckpfeilers seiner Strategie, die Sicherung der Rohstoffbasis. Damit erst könnte sich das verzweigte Netz dieses Konzerns bewähren: alles in einer Hand. *Grundstoffindustrie:* Stahlproduktion, Zement, Gas, Strom, Bergbau; *Weiterverarbeitung:* Schiffbau (Howaltswerke-Deutsche Werft), Waggonbau (Linke-Hoffmann-Busch), Gießereierzeugnisse (inzwischen fünf Werke), Maschinen- und Stahlbau, Heizungs- und Klimaan-

Wenn die Kapitalisten „Leistung" bezahlen, dann nur um den Lohn zu senken

r.ulw. Im Lohnrahmentarifvertrag für die Metallindustrie im Unterwesergebiet, gültig seit dem 1.1. 1975, ist die Einführung eines Punktesystems zur Festlegung der Leistungszulage für Zeitlohnarbeiter vorgesehen. Der Betriebsrat der AG-Weser Seebeck-Werft in Bremerhaven hatte seinerzeit die Einführung dieses Systems auf der Werft abgelehnt, gegen den Willen der IG-Metall Bezirksleitung.

Nach diesem Vertrag ist für die Zeitlöhner ein durchschnittlicher Zuschlag von 16 Prozent vorgesehen. Der einzelne Arbeiter hat darauf jedoch keinen Rechtsanspruch. Seine „individuelle" Zulage soll nach einem Punktesystem errechnet werden, welches den Kapitalisten breite Möglichkeiten der Spaltung und Antreiberei bietet. Für jeden Arbeiter soll folgendes bewertet werden: Arbeitsergebnis, Arbeitsausführung, Arbeitseinsatz und Arbeitssorgfalt. Aus der Summe der Punkte aller Zeitlöhner und der Gesamtsumme der zu zahlenden Zulagen wird dann ein Geldwert pro Punkt errechnet. Die Anzahl der Punkte des einzelnen Arbeiters mal diesem Geldwert ergeben seine „individuelle" Leistungszulage. Die Kapitalisten brauchen insgesamt nie mehr als 16 Prozent zu zahlen. Durch hin- und herschieben dieser Gelder zwischen den einzelnen Arbeitern können sie aber eine große spaltende Wirkung erzielen. Diese besonders feine Methode der Antreiberei mittels der Zulagen für Zeitlohnarbeiter hat der Betriebsrat abgelehnt.

Darüberhinaus gibt es bei den Zeitlöhnern in den Lohngruppen 6 bis 8 immer wieder Auseinandersetzungen und Forderungen in die Richtung, daß die Leistungszulage an den Durchschnittsakkord angeglichen werden soll. So wird jetzt für die Gerüstbauer die Erhöhung der Leistungszulage von 31,5 Prozent auf 33 Prozent gefordert. Oder es wird gefordert, daß Transportarbeiter den Durchschnittsakkord der Schiffbauerkolonne bekommen, mit der sie zusammenarbeiten. Direkt Akkord wollen wieder Arbeiter aus der Anzeichnerei haben, die zwar mit 33 Prozent den Werftdurchschnittsakkord als Leistungszulage erhalten, aber immer unter dem bleiben, was auf dem Helgen geschrieben wird.

Allesamt beruhen diese Forderungen darauf, daß der Reallohn für die unteren Lohngruppen, nach den ständigen Niederlagen in den Lohnkämpfen der letzten Jahre, immer weniger reicht, um die gestiegenen Reproduktionskosten zu bestreiten. Gleichzeitig drücken diese Forderungen eine bestimmte Fesselung der Arbeiterbewegung aus, nämlich an die Ideologie der „leistungsgerechten Bezahlung". Nicht ihre Arbeitskraft erscheint den Arbeitern unterbezahlt, sondern ihre Arbeit. Dem Anschein nach stimmt das auch: Gerüstbauer, Transportarbeiter und Reiniger sind vom Produktionsablauf her eng mit den Akkord arbeitenden Schiffbauern und Schweißern verbunden. Diese bestimmen das Tempo, dem sich die Zeitlöhner anpassen müssen, Zeitlohn hin, Zeitlohn her. Daher das spontane Streben der Zeitlöhner nach Angleichung der Zuschläge an den Akkord.

Die geringe „Qualifikation" der Gerüstbauer und Transportarbeiter sorgt für die Eingruppierung in Lohngruppe 5, 6 und 7. Die „Arbeitssicherheit" begründet, warum ein Gerüstbauer keine Zulage von 33 oder 34% bekommen kann: er darf ja nicht im Akkord arbeiten. So haben sie im Transport im Stillen schon eine Art Punktesystem durchgesetzt. Jedenfalls erhalten nicht alle Arbeiter den gleichen Zuschlag, sie sollen zu mehr Leistung geködert werden.

Der Kampf um die Erhöhung des Zulagenbestandteiles des Lohns soll für die Arbeiter als Mittel zur Deckung ihrer Reproduktionskosten erscheinen. Die intensivierte Schweißauspressung, die sich bei den Akkordarbeitern in gestiegenen Durchschnittsakkorden ausdrückt ist die Triebkraft für die Forderung der Zeitlöhner nach Angleichung an den Akkordlohn. Die Zeitlöhner sind dem gleichen Zwang zur Mehrarbeit unterworfen wie die Akkordarbeiter: haben die Kapitalisten erstmal eine betimmte Intensität der Schweißauspressung als normal durchgesetzt, gehen sie daran, neue Normen zu setzen. So mußten im vorletzten Jahr die Schreiber in einigen Akkordgewerken Stunden, die die Kolonnen rausgearbeitet hatten und mit denen die Schreiber Verluste bei bestimmten anderen Arbeiten ausglichen, abgeben. Den Arbeitern wurden diese Stunden mit 1,20 DM ausbezahlt. Anschließend kamen die Zeitnehmer in die Gewerke.

Lohnbetrug der Kapitalisten von British Leyland

z.hef.London. Die 100000 Arbeiter des britischen Staatskonzerns British Leyland lehnten in der letzten Woche einen Streikaufruf der Vertrauensleute mit 2:1 ab. Am Mittwoch waren die 19000 Arbeiter des Werkes Longbridge (Birmingham) bereits in den Streik getreten. – In den Tarifverhandlungen im November 1978, während die Ford-Arbeiter streikten, hatten die Kapitalisten folgendes angeboten: a) 5% Lohnerhöhung; b) Erhöhung der Schichtzulage; c) monatlicher Paritätszuschlag für Teile der Belegschaft, um bis November 1979 die gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit in den verschiedenen Teilen des Konzerns zu erreichen. b) und c) sollten durch höhere Produktivität „selbstfinanzierend" sein. Deshalb sollten d) 7000 Arbeiter entlassen werden. Die Gewerkschaftsführung ließ sich auf den Handel ein und setzte eine ¾-Annahme des Angebots in einer Urabstimmung durch. Die 7000 Arbeiter sind entlassen. Jetzt weigert sich British Leyland, die vereinbarten rückwirkenden Paritätszuschläge (bis zu 10 Pfund in der Woche) zu zahlen. Das nötige Produktionsziel sei von der Belegschaft nicht erreicht worden. In der Urabstimmung gelang es den Kapitalisten, zwischen den Werken, in denen der Paritätszuschlag gering oder null ist, und denen, wo er einen großen Teil des Lohns ausmacht, zu spalten.

Streiks in den französischen Renaultwerken

z.jon.Paris. Die Mehrheit der rund 1000 Arbeiter der zum Renaultkonzern gehörenden Fabrik für Industriekräne SNAV in Venissieux bei Lyon hat zwischen dem 15.1 und 29.1. den Betrieb besetzt, um 140 Entlassungen zu verhindern. Die Entlassungen sind Teil einer Serie von Rationalisierungsmaßnahmen im Renault-Konzern. Bei Renault Industriefahrzeuge (Berliet und Saviem) sind fast 2000 Entlassungen angekündigt. Streik und Betriebsbesetzung bei SNAV zeichneten sich durch die intensive Propagandatätigkeit der Streikenden aus. Unter anderem setzten sie die schweren Kranwagen als Propagandafahrzeuge ein. Der Streik wurde mit einer Mehrheit von 338 zu 241 nach Drohungen und Spaltungen mithilfe der Gerichte und von Polizei abgebrochen. – Die 550 Arbeiter bei Renault St. Ouen haben für mehrere Tage gestreikt und den Betrieb besetzt, um die Wiedereinstellung eines wegen Krankheit entlassenen Kollegen zu erzwingen. Der Streik wurde durch Streiks und Demonstrationen im Werk von mehreren Abteilungen von Renault Billancourt (16000 Arbeiter) un-
nault Billancourt (16000 Arbeiter) un-
terstützt. Am 24. Januar hat etwa die Hälfte der 7000 Arbeiter von Renault Le Mans für zwei Stunden gegen die steigende Arbeitshetze gestreikt. Die Arbeiter forderten Lohnerhöhungen und Neueinstellungen, um die freigewordenen Stellen an den Bändern wieder aufzufüllen.

200 Olivetti-Filialen besetzt

z.erm.Rom. Die 6000 Beschäftigten der 200 italienischen Olivetti-Niederlassungen haben vorletzte Woche bei 90prozentiger Beteiligung sieben Stunden lang die Filialen symbolisch besetzt und Pressekonferenzen abgehalten. Weitere Streikaktionen aller Arbeiter, auch der in den Produktionsbetrieben, kündigte die Gewerkschaft an. Die Aktionen richten sich gegen Rationalisierungsmaßnahmen, mit denen im letzten Jahr die Belegschaft von insgesamt 80000 im In- und Ausland um 2000 Beschäftigte reduziert wurde. Weitere 3500, vor allem im Bereich des Kundendienstes, bezeichnet der Olivetti-Vorstand als „überflüsig". Seit April 1978 wurde das Aktienkapital verdreifacht, zwischen 1973 und 1977 wurden 48,3 Millionen DM investiert. Verschiedene Produktionen wurden eingestellt und der Schwerpunkt von Büromaschinen auf Datenverarbeitungsanlagen verlegt. Das soll sich jetzt auszahlen. Mit dem Verkauf von 1 Million elektronischer Rechenmaschinen haben die Kapitalisten 1977 einen Weltrekord erreicht. Die Führung der Metallergewerkschaft FLM hat den Kapitalisten die „Veränderung des Gleichgewichts der Investitionen" und „verbesserte Verkaufstechnik" vorgeschlagen. Mitte Februar wird die nationale Versammlung der Olivetti-Vertrauensleute die parallel zum Tarifkampf aufzustellenden Forderungen beschließen.

Tödliche Kinderkrankheit in Neapel

Vorwand zur Bespitzelung der Volksmassen / Kundgebung der Metallergewerkschaft

z.ulg.Rom. Wenige Schritte seitwärts von Neapels „Prachtstraße", der via Roma, beginnt das Viertel Montecalvario. 54000 Menschen leben hier auf dem Quadratkilometer, fünfmal soviel wie durchschnittlich im Stadtgebiet. (In der am dichtesten bevölkerten westdeutschen Großstadt, München, kommen 4200 Menschen auf den qkm.) Enge und steile, oft von Treppen unterbrochene Gassen. Links und rechts die berüchtigten „bassi": eine Tür mit einem kleinen Fenster, der einzigen Öffnung, durch die ein wenig Licht und Luft in den einzigen Raum der „Wohnung" dringen kann, Küche, Wohn- und Schlafzimmer in einem. Vielköpfige Familien sind oft in den winzigen, feuchten Räumen zusammengepfercht.

Arbeitslose und Gelegenheitsarbeiter leben hier vor allem, vom Land vertriebene Bauern, wenige Industriearbeiter. Montecalvario ist eines der Viertel, in denen die „rätselhafte" Kinderkrankheit wütet. Insgesamt 60 Kinder aus
heit wütet. Insgesamt 60 Kinder aus
Neapel und den benachbarten Orten sind mittlerweile an der Krankheit gestorben, und fast täglich werden weitere Kleinkinder in tiefem Koma ins Santobono eingeliefert, das einzige Kinderkrankenhaus mit Wiederbelebungsstation in ganz Mittel- und Süditalien.

Die heftige Verlaufsform der Krankheit hat aufgeschreckt: eine sich in wenigen Stunden zu tiefer Bewußtlosigkeit verschlimmernde „Erkältung", dann der Tod. Aber rätselhaft ist die Krankheit nicht, und auch nicht neu. 1977 sind etwa 60 Kleinkinder in Neapel an Erkrankungen der Atemwege gestorben. Der jetzt als „Verursacher" für die Krankheit verantwortlich gemachte Virus ist seit den 50er Jahren bekannt. Bei den meisten Grippeerkrankungen ist er nachzuweisen. Aber sonst ist er ungefährlich, und so versucht die letzte Woche aus Rom angereiste Gesundheitsministerin, mit mysteriösen „Mitursachen" abzulenken.

Alle Opfer der Krankheit kommen aus Vierteln wie Montecalvario, aus verrotteten Vorstädten wie Herkulaneum am Golf, wo in der letzten Zeit von 50 Neugeborenen sieben gestorben sind. Das Elend, das die Mütter zwingt, ihren Kindern mit Wasser verdünnte Milch zu geben, die Wohnverhältnisse, die mangelhafte Gesundheitsversorgung sind die wahren Ursachen der Krankheit. Dieser und vieler anderer. Jeder zehnte stirbt in der Provinz Neapel an Bronchial- und Lungenkrankheiten, fast doppelt so viel wie in Mailand.

Die Massen haben begonnen, selbständig Häuser und Straßen zu desinfizieren, den seit Wochen nicht abgefahrenen Müll zu beseitigen. Doch sie wissen, daß gegen die wirklichen Ursachen der Krankheit kein Desinfektionsmittel hilft. Immer häufiger werden leerste-
hilft. Immer häufiger werden leerste-
hende, als Spekulationsobjekte gebaute Häuser besetzt. Am Dienstag haben die im Herbst für einen Hungerlohn in einjährige „Berufsförderungskurse" gesteckten 4000 Arbeitslosen für feste Einstellung nach Abschluß der Kurse demonstriert. Vor dem Rathaus, in dem der revisionistische Bürgermeister Valenzi und seine „linke" Stadtverwaltung residieren, haben sie den Verkehr blockiert und sich eine volle Stunde gegen die Angriffe der Polizei zur Wehr gesetzt.



1973 organisierten sich die Massen zum Kampf gegen die Choleraepidemie. Unser Bild: Angehörige von Kranken vor dem Krankenhaus „Cotugno".

In der letzten Woche hat das Gesundheitsamt in allen Stadtvierteln „kinderärztliche Wachen" eingerichtet, die erkrankte Kinder kostenlos untersuchen und behandeln sollen. Denn viele, vor allem die Arbeitslosen, sind nicht krankenversichert und können sich keinen Arzt leisten. Seit Jahren sollen in allen Stadtvierteln Polikliniken eingerichtet werden, doch bislang existiert keine einzige. Die Stadtverwaltung gibt dem Widerstand der Democrazia Cristiana und der ärztlichen Standesorganisationen die Schuld. Doch sie selbst tut alles, um die selbständige Initiative der Massen zu ersticken.

So hat sie damit begonnen, allen Familien mit unter zweijährigen Kindern Ärzte des Schulgesundheitsamtes auf den Hals zu hetzen, um in den Wohnungen nach dem Rechten zu sehen. Die Spitzelei, so berichtet eine Kollegin der Metallarbeitergewerkschaft FLM, ist umso übler aufgenommen worden, als die ausgesandten Schulärzte oft keinerlei Kenntnisse in der Untersuchung und Behandlung von Kleinkindern haben.

Am vorletzten Donnerstag haben die Fabrikräte der Metallbetriebe eine Kundgebung zur „Gesundheit in Neapel" veranstaltet. Die Erfahrungen im Kampf gegen gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen in den Betrieben, erklärt uns ein Funktionär der FLM, sollen genutzt werden, um den Kampf gegen die elenden Lebensverhältnisse in den Wohnvierteln der Volksmassen, für die sofortige Einrichtung der Polikliniken zu organisieren. Entsprechende Initiativen werden jetzt die Fabrikräte der wichtigsten Betriebe in den nahe bei der Fabrik gelegenen Stadtvierteln ergreifen.

---

lagen; *Verkehr:* Winschermann Transport; *Industrie und Anlagenplanung, Handel.*

z.mif. **Die Mitwirkung der Heimbewohner darf nicht zu einer Konfrontation mit dem Träger der Einrichtung führen,** stellt die Bundesregierung in ihrem „Erfahrungsbericht über die Auswirkungen der Mitwirkungsregelung des Heimgesetzes" fest (Drucksache 8/2429). Mit dem Heimgesetz wurden 1974 die Altenheime der staatlichen Aufsicht unterworfen: „Die Behörden müssen die Möglichkeit haben, das leibliche, geistige und seelische Wohl der Bewohner von Altenheimen ... nachhaltig zu schützen". 1976 erließ der Familienminister die Heimmitwirkungsverordnung: Heimbeiräte mit beratender Wirkung, der Heimleiter nimmt an den Sitzungen teil, die Heimbeiratsmitglieder haben Stillschweigen zu bewahren. Ist dieses Stück mehr gewagter Demokratie der heutigen Lage angemessen? Ja, sagt die Regierung. Die „Pflicht zur Verschwiegenheit ... förderte bei manchen Bewohnern Mißtrauen und Zurückhaltung gegenüber den Mitgliedern des Heimbeirates"; allerdings mußte „in einigen Fällen aufgrund der Diskussionen von geplanten Kostenerhöhungen ganz oder teilweise Abstand genommen" werden. Die Regierung plant „intensive Aufklärung".

z.wob. **Mit einem „Frühwarnsystem" wollen die Ersatzkassen jetzt Vorreiter bei der weiteren Kostendämpfung durch die Ärzte werden:** „Wenn trotz Frühwarnung der Höchstbetrag überschritten wird," wird in der „Süddeutschen Zeitung" vom 2.2.79 gedroht, dann werden „besondere Prüfmaßnahmen" eingeleitet. Im Bezirk München lag z.B. die Durchschnittshöhe der Verordnungen durch praktische Ärzte pro Ersatzkassenmitglied im 3. Quartal 78 bei 58,87 DM. Schneller und mehr als bisher schon im Kostendämpfungsgesetz sollen die Ärzte Geldstrafen („Regreß") zahlen, wenn sie nicht „freiwillig" den kranken und alten Arbeitern die notwendigen Medikamente streichen. Mit der Einführung der Regreßpflicht hat Ehrenberg ein wirksames Mittel ausgeheckt, um die Ärzte zu Vollstreckern der Kostendämpfung zu machen. Allerdings dauerte es bisher 4-5 Quartale, bis ein Regreßverfahren eingeleitet wurde. Viele Ärzte leisteten Widerstand. Den Finanzhaien dauert das zu lange. Mit dem Frühwarnsystem erhoffen sie sich schnellere Füllung ihrer Kriegskassen.

z.elb. **Auf der parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg vom 29.1. bis 2.2. beschlossen die 20 Mitgliedsstaaten weitere Maßnahmen zur „Bekämpfung des Terrorismus".** In eine engere Zusammenarbeit zwischen den Gerichten, der Polizei und den Nachrichtendiensten haben die Imperialisten in diesem Bündnis die von ihnen unterdrückten Staaten wie z.B. Malta oder Griechenland gepreßt, sie auf die Koordinierung nationaler Maßnahmen gegen den „Terrorismus" verpflichtet, um sich weitestgehende Einmischung in die Angelegenheiten dieser Länder zu sichern. Ihre Absicht ist, sich diese Länder zu unterwerfen und ihnen zu diktieren, wie sie sich gegenüber den Imperialisten bei der Zerschlagung der Arbeiterbewegungen zu verhalten haben. Die hartnäckigen Kämpfe der Arbeiter und Bauern in den imperialistischen Ländern und die Befreiungskämpfe der Länder der Dritten Welt wollen die Imperialisten mit diesen Maßnahmen schneller und nachhaltiger niederwerfen: Das europäische Völkergefängnis wird ausgebaut. Dem dienen auch die Empfehlungen des Europarates an alle Mitgliedsstaaten, der Konvention zur Bekämpfung des Terrorismus und dem Abkommen beizutreten, das den Boykott von Lufttransporten von und in Länder vorsieht, die sich weigern, „Luftpiraten" auszuliefern oder zu verfolgen.

Steuererhöhungspläne der Kirchen – Reaktion auf die Steuerreform

z.kam. „Weil Bonn die Steuern gesenkt hat, leiden die Kirchen Not“ – so läuten die Pfaffen eine Kampagne ein, die das durch die Steuerreform 1979 zu erwartende Loch im Klingelbeutel stopfen soll. Wie das? Die Kirchen bestreiten ihre weltliche Existenz zum Großteil durch die Kirchensteuer. 8 bzw. 9% berechnen die staatlichen Finanzämter entsprechend der zu zahlenden Lohn- oder Einkommensteuer dem Kirchenmitglied und ziehen es zusätzlich vom Lohn ab. Für das Geschäft behält der Staat 3,2% der Kirchensteuersumme ein. Bei einem eigenen Steuereinzugssystem müßten die Kirchen mit 25% Verwaltungskosten rechnen. Deshalb werden sie sich hüten, eine Trennung von dem staatlichen Steuersystem zu erwägen, auch wenn sie durch die Senkung der Lohnsteuer für 1979 ein Minus von 300 Mio. DM (Römisch-Katholische Kirche) bzw. 350 Mio. DM (Evangelische Kirche Deutschlands, EKD) erwarten. Runde 8 Mrd. DM haben die Kirchen 1977 ihren Mitgliedern vom Lohn bzw. Einkommen allein durch die Steuer abgepreßt; die katholische Kirche von 26,99 Mio. Mitgliedern 3,8 Mrd. DM und die EKD von 26,94 Mio. Mitgliedern 4,2 Mrd. DM. Innerhalb der letzten 7 Jahre ist die Summe der aus Lohn bzw. Einkommen gezogenen Kirchensteuer bei der katholischen Kirche um 72% (von 2,2 Mrd. 1971 auf 3,8 Mrd. DM 1977) gestiegen bei gleichzeitiger Abnahme der steuerzahlenden Katholiken um 6,8%. Die EKD konnte 56,6% mehr Steuern eintreiben (1971: 2,67 Mrd. DM, 1977: 4,19 Mrd. DM), während im gleichen Zeitraum die Zahl der Protestanten um 7,8% abgenommen hat. Die Pfaffen brüten nun darüber, wie sich trotz Steuerreform das Kirchensäckel weiterhin füllen läßt: sollen sie den Kirchensteuer-Hebesatz von 9 auf 10% erhöhen oder dem Vorschlag der EKD folgen und eine Mindest-Kirchensteuer einführen? Wie dem auch sei, bis alles entschieden ist, weiß Pannholzer, der Leiter der Finanzabteilung beim Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz in Bonn, Rat: mit „Sparen und Erhöhung des Spendenaufkommens“ läßt sich das Loch notdürftig flicken.

dem auch sei, bis alles entschieden ist, weiß Pannholzer, der Leiter der Finanzabteilung beim Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz in Bonn, Rat: mit „Sparen und Erhöhung des Spendenaufkommens“ läßt sich das Loch notdürftig flicken.

„Christ und Welt“ und Supermann

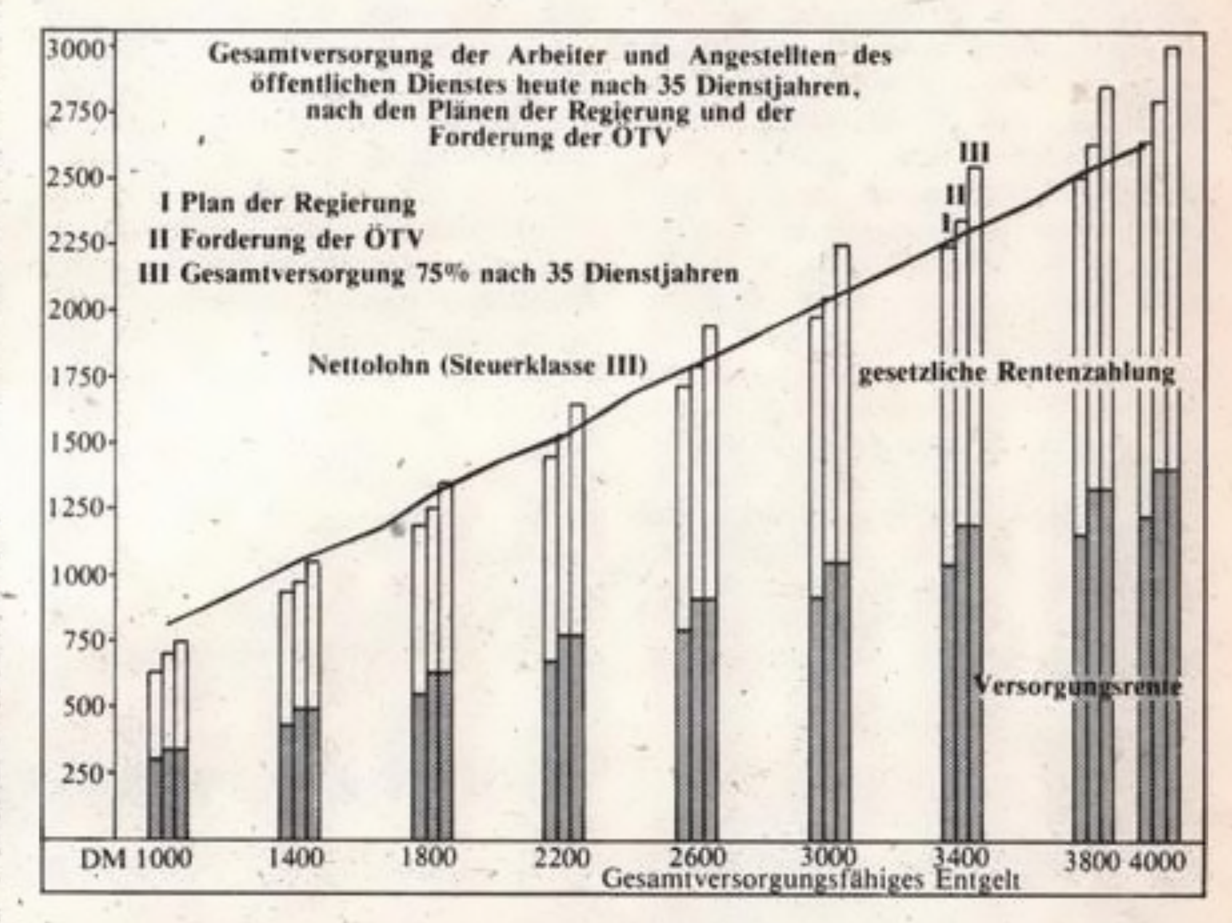
z.jöd. „So adrett, so sauber und akkurat in Manieren und Erscheinung war schon lange kein Kinoheld mehr. Zwar lebt er ausschließlich von den Muskeln, aber statt Sex bietet er – viel besser – galantes Benehmen, statt nackter Brutalität echte Männlichkeit“ ist die zusammenfassende, sonst aber „kritische Einschätzung“ der „Deutschen Zeitung Christ und Welt“ zum neuen „Supermann“-Film. – Daß alles übertrieben und auch in der Verfilmung bombastisch aufgemacht ist, hält den kirchlichen Filmkritiker nicht davon ab, festzustellen, daß der „Erlöser aus dem Kosmos“ sich jetzt in „Supermann“ verkörpern soll. Da nach Beendigung der Vorstellung der Film sein Ende hat, müssen es eher die politischen Hoffnungen sein, die die „Deutsche Zeitung“ zu dieser Überschrift verleiten. Denn eines ist offenbar und aus der Geschichte erfaßbar, daß „Supermann“ immer dann für Gerechtigkeit sorgt und auch feindliche Armeen alleine vernichtet, wenn die imperialistische Kriegslust wächst. Das war bei der amerikanischen Erstverfilmung (1938) so und ist es auch heute. „Supermann“ soll dem „technischen Zeitalter optimistische Botschaften“ verkünden. „Supermann, dieses personifizierte Prinzip des Guten, ist die wohl perfekteste Umsetzung von schlichten Tagträumen, in denen Konflikte vermieden, verkleidet, umgangen oder durch simple Wunscherfüllung abgewendet werden“. Der Zuschauer fragt sich nur, was an „Supermann“ gut sein soll, wenn er Bankräuber faßt oder andere staatliche Aufgaben wahrnimmt. Sind es nicht übernatürliche Kräfte, die sich die herrschende Klasse beiwünscht, um ihre Interessen zu wahren? Eine übernatürliche Kraft gibt es dummerweise nicht, und der Film werde auch keinen Kassenschlager auslösen, befürchtet der christliche Kommentator. Daß Kräfte aber angespannt werden können, ist allgemein bekannt, dazu brauchen die Volksmassen keinen Supermann. „Supermann“ sei keine „rechte Identifikationsfigur“, die bürgerliche Filmemacher sollten sich etwas anderes einfallen lassen, „Christ und Welt“ – die Kirche – hat ihren Supermann.

Regierung plant Senkung der Renten für Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Dienstes um durchschnittlich 250 DM

z.gug. Schon lange arbeitet die sozialdemokratische Regierung an Plänen zur Kürzung der Renten der Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Dienste. Geplant ist die Besteuerung der Renten nach Steuerklasse III und zunächst die Erhebung eines Krankenversicherungsbeitrages. Um den Abzug eines Krankenversicherungsbeitrages aufgrund der 21. Rentenanpassung ging es in Verhandlungen zwischen dem Innenministerium und der ÖTV-Führung im Januar in Mainz. Das Besondere an den Renten der Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes im Vergleich zu den Renten der übrigen Werktätigen – mit Ausnahme der Beamtenpensionen – besteht darin, daß sie sowohl aus der gesetzlichen Rentenversicherung wie aus der Zusatzversicherung gezahlt werden. An beide Kassen zahlt der im öffentlichen Dienst Beschäftigte Beitrag, der zur Zusatzversorgung beträgt 2,5%. Die Rente, die sogenannte Gesamtversorgung, ist tariflich geregelt in der Weise, daß die Arbeiter und Angestellten je nach Dienstjahren z.B. 65% nach 25 Jahren, 70% nach 30 und 75% nach 35 Jahren ihres durchschnittlichen Gehalts der letzten drei Jahre erhalten. Sie liegt damit weitaus höher als die Renten der übrigen Werktätigen, die höchstens 40% des bisherigen Lohnes betragen. Gedacht als Mittel der Spaltung, hat sich die Rente an Arbeiter und Angestellte aufgrund der zahlreichen Steuerreformen und der fast alljährlichen Anhebungen der Sozialversicherungsbeiträge dahin entwickelt, daß sie oft höher liegt als der Nettolohn, der vor der Verrentung an Arbeiter oder Angestellte bezahlt wurde. Selbstredend, daß die Bourgeoisie alles daran setzt, diesen ihr schmerzhaften Dorn zu beseitigen. Mit der beabsichtigten Erhebung von Krankenversicherungsbeiträgen will sie den ersten Einschnitt in die Renten der im öffentlichen Dienst Beschäftigten erreichen.

Die ÖTV-Führung hat scheinbar von Anfang an gegen die beabsichtigten Rentensenkungen Position bezogen. In einem Beschluß der Großen Tarifkommission vom letzten Jahr heißt es: „Darüber hinaus ist sicherzustellen, daß sich aus künftigen gesetzlichen Maßnahmen, zum Beispiel aus einem möglichen Krankenversicherungsbeitrag der Rentner, keine zusätzlichen Belastungen der Rentner aus dem öffentlichen Dienst im Vergleich zu den anderen Rentenbeziehern ergeben“ (ÖTV-Magazin, Juli 1978). Einheit herrscht zwischen Sozialdemokraten der Regierung und der Gewerkschaftsführung damit schon mal in dem Punkt, daß die Renten geplündert werden sollen, Streitpunkt ist nur noch die Frage, um wieviel.

Auf dieser Linie haben die Verhandlungen zwischen Regierung und Gewerkschaftsführung letzten Monat stattgefunden. Das Innenministerium fordert, daß z.B. bei einer Anhebung der gesetzlichen Rente um 11% 1982 die Zusatzversorgung der Rentner aus dem öffentlichen Dienst entsprechend sinken soll, die Gesamtversorgung nach dem dann neu errechneten Betrag „beispielsweise“ um 12% Krankenversicherungsbeitrag verringert wird. Aus der Tatsache, daß die Kapitalisten sowieso nicht den gesamten Versicherungsbeitrag zahlen müssen, nehmen sie die Unverschämtheit, von den Rentnern den gesamten Betrag kassieren zu wollen. Gegen diese Pläne tritt die ÖTV-Führung auf und fordert: „daß die besondere Erhöhung der gesetzlichen Rente zum 1. Januar 1982 ... nicht zu einer satzungsgemäßen Anrechnung auf die Gesamtversorgung führt“ (ÖTV-Magazin, Februar 1979). Die Forderung läuft darauf hinaus, daß die Zusatzversorgung nicht gesenkt wird, wohl aber Versicherungsbeiträge für die Krankenversicherung abgezogen werden können. Im Vergleich zu den Plänen der Regierung wäre dies dann „nur“ eine Senkung der Renten um ca. 150 DM statt um ca. 250 DM. Wir haben die Rentenzahlungen nach diesen Plänen aufgezeichnet, wobei wir ausgegangen sind von 75% Rentenzahlung nach 35 Dienstjahren und einer gesetzlichen Rentenzahlung von 40%, wobei der Rest dann als Zusatzversorgung gilt. Die Große Tarifkommission will über die Renten in ihrer Sitzung am 21. Februar beraten. Es empfiehlt sich, sie auf eine Korrektur ihrer bisherigen Position festzunageln.



Es empfiehlt sich, den Mitgliedern der Tarifkommission die Forderungen der Mitglieder nach Bezahlung aller Versicherungsbeiträge durch die Kapitalisten, nach Zahlung einer Rente in Höhe von 75% des Facharbeiterlohns für alle Werktätigen und nach Senkung des Rentenalters auf 55 Jahre, wie es am 24. Januar von der Tarifkommission für die Seeleute beschlossen wurde, mit auf den Weg zu geben.

Krankenhausfinanzierungsgesetz: noch nicht verabschiedet – aber bereits praktiziert

z.eve. Ende des Jahres 1978 hat die Krankenhäusern wird schon einge- schließungen hin. Man kann feststel- sentlichen Streichung pädiatrischer

Krankenhausfinanzierungsgesetz: noch nicht verabschiedet – aber bereits praktiziert

z.eve. Ende des Jahres 1978 hat die Bundesregierung über das Presse- und Informationsamt verlauten lassen, daß sich das Krankenhausfinanzierungsgesetz, dessen Entwurf am 29.8.1978 von der Bundesregierung vorgelegt wurde, noch in den parlamentarischen Beratungen befindet. Die Bundesregierung weist noch einmal darauf hin, daß das Gesetz zum Ziel hat, die Selbstverwaltung der Krankenhäuser zu stärken. Hunderttausende haben in den letzten Jahren ihre Unterschrift gegen die Schließung von Krankenhäusern gegeben, die noch einigermaßen – vor allem auf Grund der Fürsorge der Lohnabhängigen in den Krankenhäusern – die Gesundheitsversorgung der Volksmassen gewährleistet haben. So sind dann die Landesregierungen seit dem letzten Sommer – auch ohne die Verabschiedung des Gesetzes – kräftig tätig geworden: Krankenhausbedarfspläne sind aufgestellt worden, Zielplankommissionen sind eingerichtet worden, die über die Bettenstreichungen beschließen, die Buchführung an den Krankenhäusern wird schon eingeführt, und die Pflegesätze werden überall erhöht. Der „Hartmannbund“ hat unter der Schirmherrschaft des Hessischen Ministers für Soziales, Gesundheit und Sport am 26/27. 1. 1979 im Mainzer Hilton ein Symposium zum Thema: Ambulantes Operieren durchgeführt. Der Sozialminister von Nordrhein-Westfalen leitet gerade Forschungsvorhaben über „Verfahren zur Berechnung leistungsbezogenen Personalbedarfs für Krankenhäuser (Personalbedarfsberechnungsverfahren PBBV)“ ein. An der Medizinischen Hochschule Hannover hat die Landesregierung schon erfolgreich das kaufmännische Rechnungswesen zur sparsamen Wirtschaftsführung (Krankenhausfinanzierungsgesetz) erprobt: Die Ausgaben für Arzneimittel sind innerhalb eines halben Jahres um 30% oder mehr als 2 Mio. DM gesenkt worden.

Wir haben die KVZ-Spezial-Nachrichtendienst für die öffentlichen Dienste seit Ende August 1978 untersucht auf Meldungen nach Krankenhausschließungen hin. Man kann feststellen: Es werden nicht nur Betten gestrichen, was schon übel genug ist. Sondern Ehrenberg hat sich für alle Teile der Arbeiterklasse und der Volksmassen etwas Besonderes ausgedacht: Für die Lohnabhängigen in den Krankenhäusern: Lohnsenkungen, Ausdehnung der Nacht- und Schichtarbeit und frühe Ruinierung, für die alten Arbeiter: immer mehr Sterbekliniken, für die, die noch in Arbeit stehen: Ambulanzen und Psychotherapien aller Art, nur daß es billig wird und Gefängnisse müssen es ein. Für die Kinder: im wesentlichen Streichung pädiatrischer Zentren, wo ihnen die Sonderschulbedürftigkeit gleich bei Geburt auf den Kopf zugesagt wird.

Es wundert nicht, wenn die „Münstersche Zeitung“ am 22.8.1978 berichtet hat, daß in der BRD 85 Krankenhäuser unter der Erde, „Bunkerkrankenhäuser“, gebaut werden im Rahmen von „Vorsorgeprogrammen für den Fall eines Krieges“. Der Bund zahlt. Gegen die Kosten ist man nicht im Ehrenbergministerium, die Frage ist nur für wen!

Zentralisierung der Krankenhäuser

Hamburg: Schließung des DRK KH Schlump und d. Elisabethhauses / Eingliederung ins KH Rissen

Soest/Lippstadt: KH Hovestadt und KH Körbecke werden Fachabteilungen des kath. Krankenhauses

Herne: Eingliederung des Marienhospitals in d. Uniklinik mit schlechterem Tarif (kein 13. Monatsgehalt)

Werden bei Duisburg: Vinzens u. Marienhospital bekommen gemeins. Anästhesieabteilung / liegen 5 km auseinander / Kath. u. ev. KH bekommen gemeinsames Zentrallabor und Röntgenabteilung

Heidelberg: Neubau der „Kopfklinik“ / Unterirdisches 6stöckiges Versorgunslager für alle KHs

Stuttgart: Schließung des Kinderkrankenhauses Türlenstraße und Eingliederung in Pädiatrisches (Kinderheilkunde-)Zentrum im Olga Hospital

Ausbau der ambulanten Behandlung

Bochum: Schwesternheim wird Tagesklinik mit Psychologen u. Soziologen

Kinderklinik wird Behandlungszentrum für ungeborene u. neugeborene Kinder (in d. Landesfrauenklinik werden 40 Betten gestrichen)

Tübingen: Tumorbehandlung in der Poliklinik ambulant

Tuttlingen: Tuttlinger KH schließt Isolierstation u. baut Ambulanz aus

Bad Wildungen: baut „Nachsorgeklinik“

Sterbekliniken u. psychiatr. u. psychosomatische KH u. Abteilungen

Herne: Schließung d. Josefhospitals / Neueröffnung als Fachabt. d. Marienkrankenhauses für Geriatrie („Altenpflege“) u. Kinderchirurgie / Lohnsenkungen bis zu 150 DM

Wattenscheid: KH Wattenscheid wird geschlossen / Neueröffnung als Psychiatrische Klinik

Rheinhausen: Schließung d. Bertakrankenhauses / Eingliederung als Fachabt. für Psychosomatik in d. Städt. Klinik

Bochum: Schließung d. Josefkrankenhauses / wird geriatrisches KH / Martin Luther KH geschlossen / wird psychiatrisches KH / Neubau des Altenkrankenheimes Glockengarten u. Renovierung d. Altersheimes Beisenkamp

Thalmässing/Mittelfranken: Schließung d. Landkrankenhauses / Umwandlung in Altenheim u. Sozialstation

Ingolstadt: Schließung einer 200-Betten-Klinik und Neubau eines KH mit u.a. 250 psychiatrischen Betten

Freiburg: Schließung einer psychosomatischen Klinik und Einrichtung psychosomatischer Beratungsstellen in d. Univ.-Klinik

München: Schließung d. Seefelder KH und Wiedereröffnung mit „Ergänzungspflege“ für Alte

Sonstiges

Bochum: Schließung Maria Hilf

Bonn: Schließung d. Kinderkrankenhauses Dottendorf

Duisburg: Schließung d. Unfallkrankenhauses von Schacht Walsum

Aachen: Klinische Anstalten schließer Infektionsabteilung des Kinderkrankenhauses

Burbach: Schließung d. Hüttenkrankenhauses im Arbeiterviertel

1500 Zollbeamte demonstrieren gegen die schlechte Bezahlung



Über 1500 Zollbeamte beteiligten sich am 3.2. in Lübeck an der Kundgebung, die vom Bund der Deutschen Zollbeamten für Norddeutschland durchgeführt wurde. Matthöfer traute sich nicht, selbst zu erscheinen. Seine 3. Garnitur, Herr Ohlau, wurde mit der Behauptung, die Forderung der Zollbeamten unterstützen zu wollen, ausgepfiffen. Die Wut der Zollbeamten, die die Sozialdemokraten für das Programm der Inneren Sicherheit hinbiegen wollen, richtet sich gegen die schlechte Bezahlung: Ein Zollbeamter, mittlerer Dienst, 2 Kinder, bekommt 1900 DM brutto.

VW: Vollautomatisierung im Rohbau bis 1985

Preßteilstapellager / Kleben statt Schweißen / Schmücker bietet das „Hessenmodell"

z.hep. Bis 1985 wollen die VW Kapitalisten den Bereich des Rohbaus, speziell das Preßwerk, vollautomatisieren. Seinen Grund für diese Vollautomation hat es in zwei Gründen. 1. Der Rohbau mit seinen Schweißstraßen und Pressen ist der Bereich mit dem größten Anteil Maschinerie, konstanten Kapitals. Diese Massen an Kapital drücken gesetzmäßig auf die Profitrate, weil das eingesetzte Kapital in schlechtem Verhältnis zum Profit steht. 2. Ging es noch in den letzten Jahren darum, dieses „Mißverhältnis über die Steigerung der Ausbeutung an den Bändern „zu lindern", haben die Kapitalisten jetzt diese Möglichkeit in großem Umfange nicht mehr, vor allem nicht höhere Stückzahlen, billigere Produktion, durch den Einsatz dort von Maschinerie zu erzielen. Anders dagegen im Preßwerk selber, wo versucht wird, durch verbesserte Technik, Freisetzung der Arbeitskraft, höheren Ausstoß, die Produktion zu verbilligen, was Konkurrenzvorteile schafft. Jetzt wo noch Arbeiter zwischen den Pressen stehen und die Teile einlegen, laufen die Pressen so schnell, wie sie von den Arbeitern bedient werden. Da nur einfache Tätigkeiten wie Einlegen, Herausnehmen und Packen benötigt werden, sind gerade die Industrieroboter gut dafür geeignet, sie sind schneller als die Arbeiter.

So wird die Pressenstraße, an der 13 Arbeiter die Seitenteile des Polo und Passat Variant fahren, mit Roboter bestückt. Drei Roboter sind schon im Einsatz, die 6 Arbeiter ersetzen. Bis zum Urlaub soll die Pressenstraße voll automatisiert sein, was bedeutet, daß von 13 Arbeitern 12 Arbeiter freigesetzt werden, die in den Lohngruppen 3b bis 5b sind und einen Jahresverdienst von 375430 DM brutto haben, so sparen sich die VW Kapitalisten 375430 DM Arbeitslohn an der Pressenstraße. Für die Arbeiter bedeutet die Freisetzung durch die Roboter die Umsetzung auf andere Arbeitsplätze, wo sie wahrscheinlich nach Ablauf ihrer Lohngarantie in der Lohngruppe heruntergestuft werden. Durch den höheren Ausstoß von Teilen hoffen die VW Kapitalisten bis 1985 90 Pressen zu reduzieren.

Große Sorgen bereitet den Kapitalisten der Materialfluß. „Die Kosten für den Materialfluß haben eine unglaubliche Höhe erreicht" (Dr. Moghen, Vorstandsmitglied Bereich Werksanlagen).

Laut der Werkszeitung „Autogramm", können die Materialflußkosten zwischen 20 und 50 Prozent der Herstellungskosten betragen. Bei einer Fertigung von 3750 Fahrzeugen im Werk Wolfsburg entspricht dies einem Materialfluß im Wert von ca. 38 Millionen DM. Um diese Kapitalbindung so niedrig wie möglich zu halten, muß der Materialfluß wirtschaftlich gesteuert werden. Um die größeren Mengen Material von den Pressenstraßen abzutransportieren, sollen an den Pressenstraßen fahrerlose Flurtransportmittel gebaut werden, mit denen die Teile schnell in ein zentrales Hochstapellager gebracht werden. Von dort aus sind sie schnell weiterzuleiten zur Weiterverarbeitung im Karosserierohbau. Derzeit werden die Teile auf 3500 Plätzen im Preßwerk dezentralisiert, zum Teil im Keller der Preßwerkhallen, gelagert, weswegen die „hohen Kosten für den Materialfluß" zustande kommen. Die gefertigten Teile müssen durch Materialbereitsteller der Transportabteilung transportiert werden, was heißt, daß ein großer Fuhrpark zum Transport gehalten werden muß. Zur Flurförderung werden jetzt 440 Gabelstapler und 160 Zugmaschinen mit über 1000 Anhängern benutzt.

Um das zu ändern, haben die VW-Kapitalisten im Oktober letzten Jahres für 8,9 Mio. DM vor dem Preßwerk ein Hochstapellager mit 136 m Länge, 34 m Höhe und 14 m Breite gebaut.

6400 Behälter können gestapelt werden mit computer- und handgesteuerten Aufzügen kann jeder dieser Behälter einzeln herausgeholt werden und zentralgesteuert so schnell wie möglich der Maschinerie im Karosserierohbau zugeführt werden. Gleichzeitig können diese Lager zur Zwischenlagerung genutzt werden, für Teile, die an einer Stelle schon gebaut, aber an der anderen Stelle noch nicht montiert werden können.

Die neueste Technik, die Produktion zu verbilligen, durch höheren Ausstoß und Wegfall komplizierter Schweißstraßen, ist das Kleben. Türen-, Deckel- und Seitenteil, Innen- und Außenhaut sollen durch Kleben und Falzen miteinander verbunden werden.

Der Kampf der VW Arbeiter gegen die Lohnsenkungspolitik Schmückers hat gewisse Schranken gesetzt, die Produktion über Senkung des Lohnes, Ausweitung der Nacht- und Schichtarbeit zu verbilligen. Jetzt am 6.2.79 hat Schmücker in den ersten Verhandlungen über den Lohn das „Hessenmodell" zum Angebot gemacht. Eine große Einheit besteht darüber, daß die 13 Monate Laufzeit, wie die „Festschreibung" der 40 Stundenwoche nicht angenommen werden kann. Das haben auch die Vertrauensleute der Halle 12 Schicht I auf einer Sondersitzung beraten. 100 DM mindestens ohne Streik könnte man annehmen.

Tsd. Arbeiter
Sachanlageinvestitionen VW AG
Mio.DM
120
110
100
90
80
Arbeiter
1000
800
600
400
200
geplantes Investitionsvolumen
67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80

Staatliche Wirtschaftsförderung: Lohnsenkung

r.gör. Bei den Braunschweiger Luther-Werken soll die Lohnerhöhung nicht ausgezahlt werden. *Nachdem* die Luther-Kappitalisten von 87 % der Belegschaft die Unterschrift erpreßt hatten, daß sie auf 4 % Lohnerhöhung verzichten, erhält die Firma jetzt einen Kredit mit Landesbürgschaft über 5 Mio DM. Zusätzlich werden die übertariflichen Zulagen gestrichen, und stattdessen wird die Leistungszulage von 7 auf 8,5 % erhöht, um auf diesem Wege die Arbeiter schärferer Arbeitsauspressung unterwerfen zu können. – Solche Beispiele, wo die Vergabe von Landesmitteln zur Wirtschaftsförderung mit einer *direkten* Lohnsenkung verbunden ist, häufen sich. In der letzten Ausgabe der KVZ (Nr. 6/79, Ausgabe Nord) wurde darüber berichtet, daß das Nordhorner Textilunternehmen Rehers KG nach massiver Wirtschaftsförderung Arbeiter „aus der Konkursmasse von Povel" für 50 Pfennige pro Stunde geringeren Lohn übernimmt. Als im Herbst vergangenen Jahres das Tönninger Unternehmen Eller Garagenbau pleite war, propagierten die örtlichen Bourgeois und Politiker eine „Aktionseinheit" zur Rettung des Betriebes: mit Steuergeldern und mit Beiträgen der Belegschaft solle dem notleidenden Kapitalisten geholfen werden. Tatsächlich erklärte sich ein Teil der Belegschaft unter diesen Bedingungen bereit, 660000 DM als „Selbstbeteiligung" in den Betrieb einzubringen. Eine Form der Lohnsenkung ist das natürlich auch.

Es gibt vier hauptsächliche Formen der Lohnsenkung: 1. Die Senkung der Kaufkraft des Lohnes durch die Preissteigerungen; in den letzten Jahren konnte dies durch den Lohnkampf in keinem Fall ausgeglichen werden. 2. Die dauernd verschärfte Arbeitsauspressung, die den Lohn – gemessen an den tatsächlichen Reproduktionserfordernissen des Arbeiters – immer unzureichender macht. 3. Die Umschichtung der Belegschaften und die durch die Arbeitslosigkeit beschleunigte Umwälzung der ganzen Arbeiterklasse mit dem Effekt niedrigerer Eingruppierungen bzw. im Durchschnitt schlechter entlohnter Arbeiten. 4. Die direkte Streichung von Lohnbestandteilen. – Die auf allen Ebenen des Staatsapparates enorm ausgeweitete Politik der direkten Wirtschaftsförderung unterstützt alle diese Formen der Lohnsenkung.

Die Mittelvergabe an die Kapitalisten wird davon abhängig gemacht, daß diese einen „wettbewerbsfähigen" Ausbeutungsgrad gegenüber den Arbeitern durchgesetzt haben. Um diese Voraussetzungen leichter erreichbar zu machen, hat die niedersächsische Landesregierung seit 1977 ein Extra-Programm (im Rahmen der Wirtschaftsförderung) entwickelt, das die Beratung der Kapitalisten bei der Durchsetzung von „Methoden der Rationalisierung und Kostensenkung sowie der Durchsetzung humaner Arbeitsbedingungen" organisiert und finanziert. (Jahreswirtschaftsbericht Niedersachsen, 1978, S. 45) In über 60 „Erfahrungsaustauschgruppen" haben sich zahlreiche Kapitalisten in Niedersachsen zu diesem Zweck organisiert.

Die Landesregierung verkündet, Ziel sei die „Erhaltung *wettbewerbsfähiger* Arbeitsplätze". Wirtschaftsministerin Breuel illustriert das am Beispiel der „Zonenrandförderung": „im Zonenrandgebiet (haben) 1976 2868 Arbeitnehmer und 1977 2925 Arbeitnehmer ihre Arbeitsplätze verloren." Demgegenüber seien jedoch durch staatliche Wirtschaftsförderung „in den letzten beiden Jahren fast 10000 Dauerarbeitsplätze in diesem Grenzraum neu geschaffen worden." (Landtagsdrucksache, 9/377, 23. Januar 1979) Erwartungsgemäß entspricht das allerdings nicht der Wahrheit. Die niedersächsische Kreisstatistik weist aus, daß in den grenznahen Kreisen die Zahl der Beschäftigten sowohl *absolut* gesunken, als auch *rascher* als im Landesdurchschnitt gesunken ist. 1977 gegenüber 1976 sank im Landesdurchschnitt die Zahl der Beschäftigten um 2,6 %; dagegen im Kreis Goslar um 5,5 %, im Kreis Helmstedt um 4 %, im Kreis Lüchow-Dannenberg um 4,8 % im Landkreis Göttingen um 4 – 5 %. Mit den Löhnen in diesen wirtschaftsgeförderten Gebieten verhält es sich im wesentlichen entsprechend: Sie liegen nicht bloß absolut erheblich unter dem Landesdurchschnitt, sondern sie weisen auch nominell fast durchweg erheblich niedrigere Zuwachsraten auf – Indizien erfolgreich geförderter Lohnsenkungspolitik der Kapitalisten.

Streik gegen Zulagenstreichungen



z.wbr. Am Donnerstag, den 8.2. legten die Arbeiter der Firma Dewers in Bremen, einem Zulieferbetrieb der Werftindustrie, die Arbeit nieder. Nach dem niedrigen 4,3%-Abschluß in der Metallindustrie versuchten die Kapitalisten bei einer kleinen (270 Arbeiter) und vermeintlich schwachen Belegschaft nachzusetzen. Zum ersten Mal im Unterwesergebiet versuchten sie, eine Lohnerhöhung auf die außertariflichen Zulagen anzurechnen. Das ist ihnen nicht gelungen. Während noch am Mittwoch der Vertrauensleutekörper sich uneinig darüber war, ob ein Streik möglich ist, haben am Donnerstagmorgen erst 10 bis 20 Dreher nicht mit der Arbeit begonnen. Dann ging es Schlag auf Schlag. Die ganze Dreherei stand still. Im Nu waren die Formerei, die Schlosserei, die Elektriker und die Tischler informiert. Alle zogen zum Büro der Betriebsführung und forderten die sofortige Auszahlung der Lohnerhöhung. Auf einer eilig organisierten Betriebsversammlung wollte keiner der Herren Rede und Antwort stehen. Daraufhin wurde bis Freitagnachmittag weitergestreikt. Während der ganzen Zeit wurde verhandelt. Am späten Freitagabend ist ein Verhandlungsergebnis bekanntgeworden. Es sieht vor, daß die 4,3% gezahlt werden, so daß die Belegschaft ihr Ziel erreicht hat. Dieser Erfolg soll geschmälert werden, indem diese Abmachung auf ein Jahr befristet ist, damit die Kapitalisten im nächsten Jahr die gleichen Frechheiten versuchen können. Am Montag soll auf einer Betriebsversammlung über dieses Ergebnis abgestimmt werden. Die Dewers-Belegschaft ist während ihres Kampfes ziemlich schnell und umfassend von den Arbeitern der Bremer Metallindustrie, z.B. vom Bremer Vulkan und der Klöckner Hütte, unterstützt worden. Das, und die Einheit der Belegschaft sind gute Voraussetzungen dafür, die Nichtanrechnung der Lohnerhöhung ohne jegliche Befristung durchzusetzen.

Stufenausbildung – während Rationalisierungswelle bei Textil, Elektro, Bau und Bergbau eingesetzt

z.brp. Die Stufenausbildung, festgelegt im Berufsbildungsgesetz von 1969, gerade nach der großen Überproduktionskrise von 1966/67 und vor Einsetzen der nach und nach alle Industriezweige erfassenden Rationalisierungswelle, besteht heute für 50 Berufe, in denen 1976 160000 Jugendliche ausgebildet wurden. Die Stufenausbildung ist Teil des Plans der westdeutschen Kapitalisten, schlagkräftiger gegenüber den imperialistischen Konkurrenten zu werden. 1971 wurden die ersten Verordnungen über die Stufenausbildung für die *Textil- und Bekleidungsindustrie* verabschiedet. Ab 1968 bereits stagnierte die Profitproduktion in diesem Bereich, die Gewinne vor Steuern erreichten 1970 einen ersten absoluten Tiefstand von unter 4% vom Umsatz. 1972 verabschiedet die Bundesregierung die Verordnung über die Stufenausbildung in den *elektrotechnischen Berufen*. Zum gleichen Zeitpunkt leiten die Elektrokapitalisten die Umwälzung der Maschinerie ein: Umstellung auf die gehörigen Extraprofit versprechende Produktion von elektronischen Bauelementen. Die Bauwirtschaft gerät 1974 in eine tiefe Krise; 1974 tritt die Stufenausbildung für *Bauberufe* in Kraft. 1977 wird die Stufenausbildung für *Bergbauberufe* vorerst „auf Zeit" bis 1980 eingeführt – 1977 verabschiedet die Bundesregierung das „Programm Energieforschung und Energietechnologien 1977-1980", mit dem die einheimischen Energieträger gefördert, neue Technologien erprobt werden sollen und die Arbeit rationalisiert wird.

Die in diesen Industriezweigen durchgeführte Rationalisierung und die damit verbundene Änderung der Produktion – weitere Arbeitsteilung – verlangt einen anders qualifizierten Arbeiterkörper: vielseitig einsetzbar muß er sein, also ohne Anlernarbeit verschiedene Teilarbeiten reibungslos ausführen können. Über die Grundstufe in der Stufenausbildung sieht die Bourgeoisie das gewährleistet, und auch der spätere Facharbeiter hat diese Grundstufe durchlaufen und ist deswegen auch „mobil". Der Bildungsbericht 1978 der Bundesregierung stellt überdies fest, „daß ¼ aller männlichen Erwerbspersonen mit abgeschlossener betrieblicher Ausbildung ohne Verlust der erlernten Kenntnisse und Fertigkeiten in andere Berufe übergewechselt sind. Vor allem in den Metall- und Elektroberufen sowie in den kaufmännischen Berufen liegen diese Anteile über dem Durchschnitt ... Über hohe Abgangsmobilitäten verfügen auch der Industriekaufmann und der Einzelhandelskaufmann. Das gleiche gilt mit Einschränkungen für die Ausgebildeten in den Berufen: Elektroinstallateur, Maurer, Kfz-Mechaniker und Mechaniker."

Über die Stufenausbildung der Jugend, über die Umwälzung der Belegschaften im Zuge der Rationalisierung und der Ersetzung der alten Arbeiter durch stufenausgebildete jugendliche Arbeitskraft können die Kapitalisten einen neuen, niedrigeren Lohnstandard durchsetzen. Denn über die Stufenausbildung hat die neue Arbeitergeneration niedrigere Bildungskosten, gegenüber den individuell höheren, aber nicht mehr gesellschaftlich notwendigen Bildungskosten der alten Arbeiter. Über die erzwungene „Mobilität" verallgemeinert sich der niedrigere Wert der Arbeitskraft.

Facharbeitermangel herrsche in einigen Bereichen der Wirtschaft, jammert die westdeutsche Bourgeoispresse. Abhilfe fordern die Kapitalisten von der Bundesregierung. Diese reagiert prompt: „Der Facharbeitermangel, der bereits heute in einer Reihe von Bereichen zu Engpässen führt, könnte dann zu einem bedeutsamen Wachstumshemmnis der deutschen Volkswirtschaft führen. Auch aus gesamtwirtschaftlichen Gründen muß daher die berufliche Bildung ausgebaut und die Berufsberatung verbessert werden", schreibt der Bundeswirtschaftsminister im Jahreswirtschaftsbericht 1979. Widerspricht der „Ausbau der beruflichen Bildung" nicht der umfassenden Einführung und Durchsetzung des Berufsgrundbildungsjahres und der Stufenausbildung? Nein. Denn, erstens: es gibt „Facharbeitermangel", aber er ist nicht Folge der verkürzten Ausbildungs- und Anlernzeit, sondern er ist Folge des raschen Verschleißens von Arbeitergenerationen und Ausdruck der Expansion des westdeutschen Kapitals auf den Weltmärkten; dazu ist Steigerung der Ausbeutung *und* Niederhaltung der Klassenkämpfe notwendig, also tiefe Spaltung zwischen den Generationen und in der Generation durch Schaffung einer besser bezahlten Arbeiteraristokratie auf Kosten der Masse der Arbeiter. Zweitens: Für die Bourgeoisie eine bittere Wahrheit: sie kann den Wert der *einzelnen* Arbeitskraft nicht ins Bodenlose senken, für die Aufrechterhaltung der industriellen Produktion sind bestimmte Kenntnisse und Fähigkeiten Voraussetzung, sie ist deswegen an einer schlechten Ausbildung keineswegs interessiert, und es ist ihr ernst damit, wenn sie eine höhere „Qualifikation" der jugendlichen Arbeitskraft verlangt. Die *Dauer* zur Erlangung einer hinreichenden Qualifikation ist das entscheidende, sie ist Teil der Produktion der Arbeitskraft und geht als solche in den Wert der Arbeitskraft ein. Die Bildungskosten niedrig zu halten und die Ausbildungs- und Anlernzeit insgesamt zu verkürzen, ist Ziel der Imperialisten. Die Berufs- und Bildungspolitik der Bundesregierung entspricht dem vollends.

Späths Familienförderung: Bezuschussung der Bourgeoisfamilie

z.gab. Nach der Reform des ,,elterlichen Sorgerechts", wo das Kind den Eltern weggenommen und in eine staatliche Zwangsanstalt geschleppt werden kann, nach der Reform des Scheidungsrechts, wo die Regelung, wer das Kind hat, staatlich getroffen werden kann, hat Baden-Württembergs Ministerpräsident Späth den nächsten Vorstoß unternommen. Am 26.1.79 legte er den Gesetzentwurf des Landes Baden-Württemberg zur ,,Familienförderung" vor. Man sollte diesen Gesetzentwurf treffender Gesetz zur Förderung des Wohneigentums der Bourgeoisfamilie nennen, denn das ist Späths eigentliches Anliegen. Nicht *die* Familie soll gefördert werden, sondern der Bourgeois und sein Anhang soll bezuschußt werden bei der Kapitalanlage seiner Tantiemen in Form von Spar- und Wohnungsbauprämie, Haus- und Grundstücksbesitz. Die Grenzen der Wohnflächen eines Zweifamilienhauses, die nach der öffentlichen Wohnungsförderung bezuschußt werden, sollen von bisher höchstens 180 qm auf 200 qm erhöht werden, die gleichzeitige Grundsteuervergünstigung für den Grundstücksbesitz des Bourgeois von 216 qm auf 240 qm. Dazu kommt für das vierte und jedes weitere Kind 20 qm Zuschlag grundsteuervergünstigt, um ,,den allgemein gestiegenen Wohnansprüchen größerer Familien" besser gerecht zu werden. (aus der Begründung des Gesetzentwurfs.)

Baut der Bourgeois ein Einfamilienhaus, konnte er bisher für die Anschaffungs- und Herstellungskosten maximal 150000 DM abschreiben. Nach Späths Familienförderungsgesetzentwurf soll die Abschreibungshöchstgrenze für Einfamilienhäuser auf 200000 DM und für Zweifamilienhäuser auf 250000 DM erhöht werden, um
ser auf 250000 DM erhöht werden, um
,,kinder*reichen* Familien den *Erwerb* eines *angemessenen Wohneigentums* zu erleichtern." (Begründung des Gesetzentwurfs).

Die zweite Seite dieses Familienförderungsgesetzentwurfs, die ,,Verbesserungen bei der Haushaltshilfe", bringt für den Bourgeoishaushalt Bezuschussung bei den Lohnkosten fürs Dienstpersonal, für den Arbeiterhaushalt bedeutet er verstärkte Bespitzelung und Kontrolle. Die Gewährung einer Haushaltshilfe soll um 4 Jahre verlängert werden für die Betreuung eines Kindes bis zu 12 Jahren. Ist das Kind krank, soll die Arbeiterin nicht mehr nur 5 Tage im Jahr, sondern 10 Tage von der Arbeit freigestellt werden können zur Betreuung des Kindes. Von den finanziellen Auswirkungen auf die Versicherungen sei dies in der Praxis gering, hat Späth nachgerechnet, knapp 0,1% der Versicherungsleistungen und in bezug auf die Arbeitslosenversicherung sei die entsprechende Mehrbelastung völlig bedeutungslos. Und ist die Arbeiterfamilie doch gezwungen, diese ,,Hilfe" in Anspruch zu nehmen, wegen Krankheit oder weil ein Elternteil zur ,,Rehabilitation" gepreßt wurde, so ist es die staatliche Fürsorgerin, der ,,freiwillige Mitarbeiter der Arbeiterwohlfahrt", die Bespitzelung und Kontrolle durch die Jugend- und Sozialämter, die dem Arbeiter als ,,Hilfe" zwangsweise in die Wohnung gesetzt wird.

Für die Arbeiterfamilie bedeutet jede ,,Familienförderung", Kindergeld, Mutterschaftsgeld, Lohnsenkung auf der einen, verstärkte Kontrolle und Schikane auf der anderen Seite. Nach dem 7. Besoldungserhöhungsgesetz haben die Bourgeois die 50 DM Kindergelderhöhung für das dritte und jedes weitere Kind für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst bereits rückgängig gemacht. Mit der Erhöhung des Kindergeldes ab 1.1.79 ist zugleich der Ortszuschlag für Familien mit drei und mehr Kindern um 50,55 DM gesenkt worden. Für die untersten Lohngruppen, deren Lohn die Kapitalisten so weit gesenkt haben, daß ohne ,,Sozialhilfezuschuß" hinten und vorn kein Auskommen mehr ist, bleibt unterm Strich sowieso nichts. Das regelt das Sozialhilfegesetz. Denn jede Erhöhung des Einkommens, erhöhtes Kindergeld u.a. wird vom Sozialhilfesatz wieder abgezogen. ,,Wenn du nur 5 DM vom Sozialamt kriegst, schnüffeln die schon, ob es nicht 50 Pfg. zu viel sind", beschrieb eine Heilbronner Arbeiterin die Schikane des Heilbronner Sozialamtes.

Belegschaft von Telefunken fordert Betriebskindergarten

r.anr. Telefunken Hannover hat eine Belegschaftsstärke von 4700 Arbeitern und Angestellten, 71 % sind Frauen, 2500 in der Produktion und 320 im Angestelltenbereich. Über 1200 Frauen sind in die Lohngruppe 1 gedrückt worden. Mit einem monatlichen Nettolohn von 800,-- DM bis 1000,-- DM kann man schwerlich Kinder großziehen; und wenn man welche hat, ist der Zwang zur Weiterarbeit umso größer. Sofort stellt sich das Problem, wo und wie die Kinder unterzubringen sind, während die Eltern arbeiten müssen. Telefunken hat keinen Betriebskindergarten. So müssen die Kinder zu den Großeltern oder in die Kindergärten der Stadt, der Arbeiterwohlfahrt oder in kirchliche Kindergärten für 140,-- DM und mehr gebracht werden. Durchweg sind die Öffnungszeiten der Kindergärten zu spät, um die Kinder vor Schichtbeginn dort abgeben zu können.

In Celle haben Arbeiter und Arbeiterinnen von Telefunken in einigen Leserbriefen an die Cellesche Zeitung die Forderung nach früherer Öffnung der Kindergärten erhoben. Der Betriebsrat hat dies unterstützt. Dies hat genutzt, um die Arbeiterwohlfahrt dazu zu bringen, die Kinder zwischen 6.45 Uhr und 7.00 Uhr aufzunehmen und anschließend in die städtischen Kindergärten zu bringen.

Die Forderung der Belegschaft von Telefunken nach einem Betriebskindergarten ist damit nicht beseitigt.

Auf der letzten Betriebsversammlung der Werke Telefunken Hannover hat eine Arbeiterin in einem Redebeitrag erneut die Forderung nach Einrichtung eines Betriebskindergartens erhoben. Dies wurde durch viel Beifall unterstützt. Für eine Familie mit vier Kindern, wo die Frau bei Telefunken in zwei Schichten arbeitet und der Mann auf der Conti ebenfalls in zwei Schichten, ergeben sich täglich Probleme, die drei nicht schulpflichtigen Kinder unterzubringen. Als sie noch kleiner waren und nicht im Kindergarten genommen wurden, mußten die Eltern sie für 500,-- im Monat die ganze Woche über in eine Pflegefamilie geben. Jetzt stellt sich täglich das Problem, sie in den Kindergarten zu bringen. Bei zusammen 2400,-- DM Lohn und dem Kindergeld – was nichts anderes als vorenthaltener Lohn ist – geht der größte Teil, nämlich 450,-- DM, für die drei Kindergartenplätze weg. Was nach Abzug der Miete, der Lebensmittel, der Fahrtkosten und der Bekleidung noch übrig bleibt, reicht nicht hinten und nicht vorne. Werden die Kinder krank und können somit nicht in den Kindergarten gehen, kann ein Elternteil nicht zur Arbeit, was zusätzliche Lohneinbuße bedeutet.

Die Telefunkenkapitalisten haben gar kein Interesse daran, für die Arbeiter einen Betriebskindergarten einzurichten. Ihnen verursacht er nur unnötige Kosten. Wenn sie schon aufgebracht werden müssen, dann von den Arbeitern gezahlt. Für Staat und Kirchen ist das ein weiterer Quell der Plünderung der Arbeiter.

Dagegen wendet sich der Kampf der Telefunken-Belegschaft. Der Kampf für die Einrichtung eines Betriebskindergartens kann gut geführt werden unter der Forderung, daß die Telefunkenkapitalisten dafür vollständig aufkommen müssen, daß er unentgeltlich ist, der Kontrolle des Betriebsrats untersteht, daß eine ausreichende Betreuung der Kinder während der Arbeitszeit durch den dort arbeitenden Elternteil bei Verkürzung seines Arbeitstages auf 6 Stunden gewährleistet wird, ein Elternteil zusätzlich bezahlten Urlaub für die gesamte Dauer der Krankheit der Kinder erhält.

Gewerkschaftliche Vertretungsorgane und der Betriebsrat müssen diese Forderungen erheben und den Kampf der Belegschaft unterstützen. Dies liegt im Interesse der gesamten Arbeiterklasse und ihrer Jugend.

Luxussteuer ,,unergiebig" und ,,veraltet" – erhöhte Verbrauchssteuern für die Massen

z.doj. Mit Wirkung zum 1.1.1980 hat die bayrische Staatsregierung die Aufhebung der Jagd-, Getränke-, Vergnügungs- und Fremdenverkehrsabgabesteuern beschlossen. Das seien untragbare Sonder- und Bagatellsteuern. Die Gemeindeeinnahmen für Jagd- und Fischereisteuern z.B. sind aber von 1950 0,0 Mio. DM auf 1973 15 Mio. DM gestiegen. Bagatelle? Nein, vermehrte Vergnügung der Reichen. Im gleichen Zeitraum ist die Vergnügungssteuer von 121 auf 90 Mio. DM gesunken, v.a. bedingt durch weniger Kinobesuche. Steuern auf bourgeoise Vergnügungen sowie nicht lohnende Steuereinnahmen werden zugunsten lohnenderer Plünderung der Massen gestrichen. So sind neben laufenden Mehrwertsteuererhöhungen seit 1977 gezielt folgende Verbrauchssteuern erhöht worden:

Steueraufkommen in Mio. DM

	1970	1973	1976	
Tabak	6536	8872	9379	Erhöhung um 18%
Mineralöl	11512	16589	18121	Erhöhung 1 auf 2 DM/100 kg Heizöl
Branntwein	2228	3175	3367	Erhöhung um 20%
Bier	1175	1269	1316	
Schaumwein	233	330	419	Keine Erhöhung

Tatsächlich hat die ,,Luxusbesteuerung" immer nur dazu gedient, den Massen gegenüber den Wind ,,ausgleichender Gerechtigkeit" wehen zu lassen, um dann Lohn- und Massenverbrauchssteuern einzuführen oder zu erhöhen. Die Professoren nennen das ,,Vorläufer der Einkommensteuer" und ,,der Fehler der frühen deutschen Luxusumsatzsteuer lag darin, daß sie von vornherein davor zurückscheute, ganze Warengattungen steuerpflichtig zu machen" (Schmölders, Das Verbrauchs- und Aufwandsteuersystem). Gemeint sind die Massenverbrauchsgüter. Vorübergehende Luxussteuern z.B. 1918 als erhöhte Umsatzsteuer in 10 v.H. eingeführt, 1919 auf 15 v.H. erhöht, wurden 1924 wieder auf 10 v.H. gesenkt bis zur Abschaffung 1926. Die gleichzeitige Erhebung der Massenverbrauchssteuern rief den Widerstand der Volksmassen hervor und konnte nicht immer durchgesetzt werden. Wiederholte Versuche, z.B. Weinsteuer zu erheben, scheiterten 1926 am Aufstand der Winzer in Bernkastel, bei dem das Finanzamt gestürmt und die Akten zerstört wurden. Nach späteren gescheiterten Versuchen hat die westdeutsche Bourgeoisie die Weinsteuer seit 1950 vorerst wieder aufgegeben.

Testpsychologie: Amtsangriff auf die jugendliche Persönlichkeit

Auszug aus der Broschüre

Der folgende Text ist ein Auszug aus der Broschüre ,,Testpsychologie: Amtsangriff auf die jugendliche Persönlichkeit", herausgegeben von der Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe, Südostniedersachsen. Ihr Studium soll nützen, den Kampf gegen Tests als Instrumente der Unterdrückung in den Händen der Bourgeoisie besser führen zu können.

Die richtige Anschauung wird getestet

Keineswegs wird ein Test von der Art des DL KE (,,Differentieller Leistungstest KE", Red.) als einziger zur Bestimmung der ,,Sonderschulbedürftigkeit" eingesetzt, und das wird auch, bei aller Ausdehnung der Testauslese, nicht so sein. Selbst falls Bourgeois-Kinder in einem solchen Test besser abschneiden mögen, weil ihnen diese Art unproduktiver und sinnleerer Tätigkeit – als Nachkommen einer unproduktiven Klasse – eher liegen mag, so ist damit keineswegs gesagt, daß einem Bourgeois-Kind auf einen solchen Test hin nicht doch einmal ,,Sonderschulbedürftigkeit" bescheinigt würde. Auch ist gar nicht gesagt, daß ein Test wie der DL KE ein treffsicheres Instrument ist, um Kinder auszumachen, die sich nicht jedem Kommando unterwerfen. Es kann ja sein, daß ein wenig unterwürfiges Kind die ihm widerstrebende Tätigkeit bewußt auf sich nimmt, um der Folge eines schlechten Abschneidens in einem solchen Test zu entkommen. Es muß schärfer gefiltert werden.

Vor allem die Frage nach der sozialen Herkunft eines Kindes kann schwerlich als Begründung angegeben werden für die Überweisung an die Sonderschule oder die Nichtüberwei-


Kommunistische Volkszeitung

sung an eine höhere Schule. Besser ist, diese Frage testmäßig zu verkleiden.

Das geht so. Zuerst wird eine allgemein-zeitlose Definition von Intelligenz gegeben: ,,Intelligenz ist die zusammengesetzte oder globale Fähigkeit des Individuums, zweckvoll zu handeln, vernünftig zu denken und sich mit seiner Umgebung wirkungsvoll auseinanderzusetzen." Sodann wird nicht gesagt, worin vernünftiges Handeln und wirkungsvolle Auseinandersetzung mit der Umwelt für die Menschen, um deren Intelligenz es geht, besteht. Es ist gar nicht mehr im folgenden davon die Rede, aber unvermittelt und kategorisch wird dann festgestellt:

,,Im Gegensatz zur Auffassung des Laien gilt der Wortschatz einer Person nicht nur als Index seiner schulischen Ausbildung, sondern als ausgezeichneter Maßstab seiner allgemeinen Intelligenz." Man wählt dann solche Wörter aus, die Bourgeoiskinder eher und Arbeiterkinder kaum kennen werden – freilich nicht ausschließlich solche Wörter, sonst fällt das auf. Keineswegs müssen es unbedingt Wörter sein, die unmittelbar aus der Geschäftswelt oder dem Salon-Leben des Bourgeois entnommen sind, wie ,,Scheck" oder ,,Opal". Es können auch Wörter sein, die dem typischen Bildungsgut und der Kultur des Bourgeois entnommen sind, wie ,,Virgil", ,,Choren" und ,,Dvorak". Bei Durchsicht verschiedener Tests wird man immer wieder auf Wörter stoßen, die der feierlichen Kultur von Konzertsälen entnommen sind, die von Arbeiterkindern nicht betreten werden, weil es nicht ihre Kultur ist und weil sie teuer ist.

Sicherer als die Teilhabe an der Bildung des Bourgeois ist die Übereinstimmung mit der Weltanschauung der Bourgeoisie. Der Weg ist: Übereinstimmung mit bürgerlichen Gemeinplätzen als ,,Allgemeines Verständnis" auszugeben und selbiges als einen Faktor der ,,Intelligenz" zu bestimmen. Um im HAWIK, dem verbreitetsten Intelligenztest für Kinder, gut abzuschneiden, muß ein Kind der Meinung sein, man soll ,,schlechte Gesellschaft" meiden, weil man da selbst verdorben werde; daß Angebot und Nachfrage den Preis einer Ware bestimmen – wo der Preis der Ware durch ihren





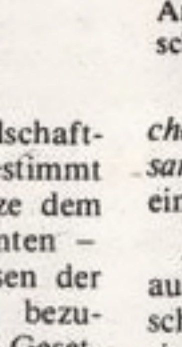



Abb. 6: In dem weitaus gebräuchlichsten Test HAWIK sind diese Bildchen auf Kärtchen aufgedruckt, die Kärtchen werden dem Kind in vermischter Reihenfolge gegeben, es soll diese hier abgebildete Reihenfolge legen. Es wird als Bildchen nur dann in ,,richtiger" Reihenfolge gelegt, wenn es der von der Bourgeoisie ausgestreuten Anschauung folgt, daß in Büros geschlafen und nicht gearbeitet würde.

Wert, die in ihr enthaltene gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bestimmt wird; daß Steuern und Gesetze dem Wohl der ,,Allgemeinheit" dienten – wo aus den Steuern der Massen der Profit der Kapitalistenklasse bezuschußt sowie durch Steuern und Gesetze das Privateigentum an Produktionsmitteln geschützt wird.

Abb. 6 zeigt, daß die Methoden der Ausforschung von Anschauungen schon lange so weit entwickelt sind, daß nicht bloß mit Frage und Antwort operiert wird. Bildchen haben den Vorteil, daß auch bei Verstocktheit im Sprechen an die Anschauungen herangekommen werden kann. Sowieso behauptet die bürgerliche Psychologie, die Arbeiter hätten weniger *sprachliche* Intelligenz, und um an ihre ,,*Gesamtintelligenz*" heranzukommen, sei eine sprachliche Erfassung ungerecht.

Allerlei indirekte Methoden gibt es, auszuforschen, ob ein Getesteter Anschauungen hat, wie die Bourgeoisie sie haben will. Es ist nicht durchweg so, daß die Übereinstimmung mit einer solchen im Test benannten Anschauung mit einem Testpunkt belohnt wird und die Nichtübereinstimmung durch Nichtvergabe dieses Testpunktes bestraft würde. Die Testpsychologie hat aus der Kritik, die vor allem gegenüber dem ebengenannten HAWIK verbreitet ist, gelernt. Gerade in jüngeren Tests wird nicht die Übereinstimmung *erfragt*, sondern schlicht als selbstverständlich *vorausgesetzt*.

Drei Millionen kleine Waldbesitzer in Europa. EG-Enteignungsplan: Erhöhte Einschlagrate, Förderung der Waldzusammenlegung

z.bil. Die Europäische Gemeinschaft bereitet die Gründung eines gemeinsamen Forstausschusses vor. Beschlußfassung über ein Programm der Vernichtung von Tausenden von kleinen Waldbesitzern bei gleichzeitig verschärfter Konkurrenz untereinander ist die Leitlinie der in der EG zusammengeschlossenen Imperialisten. Holz ist ein kostbarer Rohstoff. Die Papier- und Zellstoffindustrie basiert auf Holz. Für die Bau- und chemische Industrie ist Holz wichtig.

Die Befriedigung einer Reihe von Reproduktionsbedürfnissen der Massen, wie Wohnen, hängt von der Holzverarbeitung ab und mehr als die Hälfte ihres Holzbedarfs müssen die europäischen Imperialisten heute importieren. (Die BRD beispielsweise 1976 18,6 Mio. cbm Holz.) Das Außenhandelsdefizit bei Holz liegt an zweiter Stelle hinter den Erdölerzeugnissen. Gleichzeitig wächst der Bedarf an Holz und Holzerzeugnissen um jährlich 2%, die Produktion dagegen nur um 1%.

Alle europäischen Länder waren waldreiche Gebiete. Die Mehrwertproduktion hat diese Gebiete in Brachland umgewandelt. Unter dem Gesetz des Profits sind ganze Landschaften abgerodet und damit die Lebensbedingungen der Massen vernichtet worden. Schon 1864 hat die sich durchsetzende kapitalistische Produktionsweise das ,,Deutsche Reich" zum Holzimportland gemacht, weil die natürlichen Ressourcen an Waldbestand erschöpft waren. Daran hat sich bis heute nichts geändert, obgleich Frankreich und die BRD heute noch die waldreichsten Länder in der Europäischen Gemeinschaft sind.

In der Bundesrepublik befindet sich heute über die Hälfte der Waldflächen in Staatsbesitz. In Frankreich, Großbritannien und Italien überwiegen die privaten Besitzer, auch wenn der staatliche Anteil beträchtlich ist. Auf die Gesamt-EG bezogen sind 60% des Waldbesitzes in Privatbesitz, 40% in den Händen des Staatsapparates oder öffentlichen Körperschaften. Für die BRD-Imperialisten hat das Vorteile. Die Gewinnung des Rohstoffes Holz ist wenig profitabel. Das Kapital, das in Waldbestände angelegt wird, liegt über einen langen Zeitraum brach, bevor es sich verwertet. Zwischen 20 und

Betriebe mit Waldfläche nach Besitzarten 1974

Waldfläche	Zahl der Betriebe			
von ... bis unter ... ha	Staatswald	Körperschaftswald	Privatwald	Insgesamt
unter 1	40	159	161 588	161 787
1 bis 5	156	4 152	251 259	255 567
5 bis 20	99	4 047	85 017	89 163
20 bis 50	61	2 237	11 783	14 081
50 bis 200	66	3 727	4 148	7 941
200 bis 500	75	1 640	804	2 519
500 und mehr	728	681	426	1 835
Insg.	1 225	16 643	515 025	532 893

Quelle: Statistisches Bundesamt, BML

200 Jahren beträgt die Wachstumszeit der Waldbäume, bevor sie abgeschlagen und mit Profit verkauft werden können. Während dieser Wachstumszeit müssen auch einige Maßnahmen der Pflege ergriffen werden, d.h. Arbeitskraft gekauft und vernutzt werden. Die Vorstellung, so gut 20 Jährchen das Kapital liegen zu sehen, ohne daß es in Profit umschlägt, stimmt die Kapitalisten unlustig. Der Vorteil der staatlich betriebenen Beschaffung des Holzbedarfs ist offenkundig. Die Kapitalisten in den europäischen Ländern bemäkeln, daß diese Holzbeschaffung ihren Bedarf nicht decken kann. Wurden in den vergangenen Jahrzehnten die skandinavischen Länder geplündert, so sind diese Holzbestände jetzt auch weitgehend erschöpft. Die Hölzer müssen aus den afrikanischen Ländern und Nordamerika herangeschafft werden. Das bedeutet lange Transportwege und damit hohe Transportkosten. Überdies stellt der Bericht der EG-Kommission fest, sei es ,,ungewiß, mit welchen Mengen wirklich aus den tropischen Ländern gerechnet werden könne". Der Aufbau von eigenen nationalen Holzindustrien in den Ländern der Dritten Welt und die zunehmend bessere Verwaltung der Rohstoffe durch die Länder der Dritten Welt macht sie unruhig.

Richtig hungrig warten die EG-Imperialisten auf die Einverleibung von Spanien, Portugal und Griechenland in das ,,europäische Bündnis". Erfreut stellt der EG-Bericht fest, daß die Aufnahme dieser Länder die Waldfläche um etwa ⅔ und die Holzerzeugung um ⅓ erhöhen wird. Portugal ist der größte Erzeuger von Kork in der Welt. Die Hälfte der 3 Millionen ha Waldfläche in Portugal ist mit der Korkeiche bepflanzt. Das ist die eine Methode, das ,,Problem" zu lösen, sicher ist schon jetzt, daß die französischen und die BRD-Imperialisten in scharfer Konkurrenz um die Reichtümer dieser Länder sind. Die andere Methode ist die Vernichtung der kleinen Waldbesitzer. Drei Millionen private Waldbesitzer gibt es in der Europäischen Gemeinschaft. Von ihnen besitzen bis auf 50000 weniger als 50 ha Wald. Und die 2,95 Millionen sind *zuviel*. Sie besitzen meist nur wenige ha Waldfläche, von denen allein sie nicht leben können, sondern nur zusammen mit einer kleinen Landwirtschaft. Die staatlich oder in Großgrundbesitzerhand betriebene Forstwirtschaft kann den Einschlag und die Aufforstung sowie die Verwertung der Holzbestände profitabel durchführen, die kleinen Waldbesitzer haben weder die notwendige Maschinerie noch die zusammengefaßte Kraft von gekaufter Arbeitskraft zur Verfügung. Darüberhinaus zwingt sie das System der Besteuerung wie Einkommenssteuer und Grundsteuer zur Aufgabe des Flecken Waldbesitzes. Dieser Vorgang soll durch den ,,gemeinsamen Plan" der EG beschleunigt werden. Dieser Plan sieht die Erhöhung der Einschlagrate – d.h. weitere Vernichtung von waldreicher Landschaft – sowie ein System der Besteuerung und der Beihilfen vor. Diese Beihilfen sollen zur ,,Förderung von Zusammenschlüssen mehrerer Waldbesitzer" und zur ,,Förderung der Zusammenlegung von verstreuten kleinen Waldstücken in Privatbesitz" vergeben werden, weiterhin für ,,Forschung zur Erhöhung der Einschlagrate und der besseren Verwertung aller Bestandteile des Holzes".

In der Form von Schenkungen oder zinslosen Darlehen werden die großen Waldbesitzer geschmiert. Der Fortschritt im rascheren Prozeß der Aufforstung und Abholzung, in der Anwendung von Maschinerie und profitabler Verwertung der Hölzer in ihren Händen, zwingt die kleinen Waldbesitzer zur Aufgabe, weil sie in noch so harter Arbeit nicht mithalten können. Der Forstausschuß ist Leiter des Vernichtungsprogramms.

Dobert – Mansholt – Kornlingen
Anstrengungen des Finanzkapitals für seinen Weg der Kooperation

Dobert-Mansholt-Kornlingen: Große Anstrengungen des Finanzkapitals für seinen Weg der Kooperation

r.ham. Gemeinsame Grundlage aller bürgerlichen Parteien ist das private Eigentum. Verstärkt seit der Krise 67/68 machen sie Reklame für ,,Kooperation" als MIttel der Verteidigung des Eigentums der Bauern. Vorzugsweise treten sie im Gewand des ,,bauernfreundlichen Wirtschaftsberaters" auf und tun gerade so, als ob die Regierung die Zusammenarbeit der Bauern erfunden hätte. Nicht zuletzt, um die geschichtlichen Erfahrungen, z. B. den gemeinschaftlichen Deich- und Häuserbau und den Kampf gegen die Unterdrücker, zu verschütten. Gemeinsam zimmern sie an dem Gedankengefängnis der Theorie der ,,drei Produktionsfaktoren: Boden, Arbeit und Kapital", die der Bauer ,,unternehmerisch kombiniere".

Als wichtigen Hebel des Zugriffs auf die Bauern haben sie die ,,landwirtschaftliche Wirtschaftsberatung" der Landwirtschaftskammern aufgebaut. In den 50er Jahren bis Mitte der 60er Jahre war H. Dobert, Chef des Beratungswesens der Landwirtschaftskammer Kiel (Schleswig-Holstein), führender Vertreter der bürgerlichen Propaganda. Er riet zur ,,Spezialisierung". Erwähnt werden muß für diese Zeit auch der Herr Geiersberger, er sa in denMaschinenringen ,,die dritte Bauernbefreiung", so ein Buchtitel von ihm. Dafür wurde er 1958 Leiter des Landfunks beim Bayrischen Rundfunk. Dobert hat mehrere Bücher geschrieben: 1957 ,,Bauer zwischen heute und morgen" und drei Jahre später dann: ,,6 x Meier nach Maß". Er empfahl mit provokativen Sprüchen wie ,,...die Arbeit, die adelt, soll sich auch lohnen", daß jeder Bauer nur noch einen Betriebszweig machen sollte, um ,,mechanisierungswürdige Bestände" zu bekommen, also ein Bauer als ,,Milchmeier", einer als ,,Schweinemeier", ein 3. als ,,Ackermeier".

Der Sozialdemokrat Mansholt hat das in seinem Mansholtplan: ,,Landwirtschaft 1980" fortgeführt. Die bei Raiffeisen Schleswig-Holstein angestellten Hill/Lange schrieben dazu 1969: ,,Förderungswürdige Betriebsgrößen sollten nur noch sog. Produktionseinheiten (PE) und Moderne Landwirtschaftliche Unternehmen (MLU) sein. Eine PE ist das Arbeitsmaß einer mit modernen Arbeitsmitteln ausgerüsteten Fachkraft in einem rationell geführten Betrieb, und zwar 80 bis 120 ha Ackerland, 40 bis 60 Milchkühe, 150 bis 200 Mastrinder, 450 bis 600 Mastschweine im Umtrieb, 10000 Legehennen oder 100000 Stück Mastgeflügel pro Jahr. Im Hinblick auf die Problematik des Ein-Mann-Betriebes wurde die Zusammenlegung mehrerer PE zu MLU empfohlen durch Aufstockung eines einzelnen Betriebes oder durch Zusammenschluß mehrerer Betriebe, die dann eine Art Mehr-Familienbetrieb darstellen sollten, in dem jeder Betriebszweig dem betriebswirtschaftlichen Optimum nahekommt".

Zum ,,Abbau der Überschüsse" schlug Mansholt Agrarpreissenkung vor. Bereits kurz nach Veröffentlichung seines Plans ist er auf einer Veranstaltung in der Kieler Ostseehalle im November 68 von 3500 Bauern erwischt worden. Dahin hatte der Herr Riecken, Generalvertreter für ,,Harvestore"-Silos in Norddeutschland, Mansholt zu einer ,,Werbeveranstaltung" eingeladen. Die Bauern ließen ihn gar nicht erst zu Wort kommen. So war fürs Finanzkapital kein Vorankommen. Für die CDU war Mansholt seitdem ,,Sozialist". Was neues mußte her. Es kam das ,,Modell Kornlingen" des E. A. Friedrich, Pressereferent im niedersächsischen Landwirtschaftsministerium, als Buch 1969 erschienen. Es war die Mansholtsche PE und MLU, zur Tarnung verpackt in eine ,,arbeitsteilige Betriebskette", gebildet von Bauern eines Dorfes, in dem die Dobertschen ,,Milch-Schweine- und Ackermeier" ihre Tiere und den Boden in den Gemeinschaftskuhstall usw. als Kapital einbringen sollten. Das wurde als was völlig neues angepriesen.

In Beckdorf, Kreis Stade, sollte es als erstes Musterbeispiel verwirklicht werden. Eine halbe Mio. DM hat die EG-Kommission auf persönliche Initiative Ertls an zinslosen und nicht rückzahlbaren Krediten rübergeschoben, das westdeutsche Finanzkapital war direkt nochmal mit 2,1 Mio. DM dabei, die zum Teil von der niedersächsischen Landesregierung zinsverbilligt wurden. Mit diesen Krediten sind den BAuern die Grundbücher vollgeschrieben worden, arbeiten mußten sie auch mehr, weil die Viehbestände mehr aufgestockt wurden, als Arbeit durch Maschinen eingespart werden konnte. Flessner, damals Vorsitzender der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, gründete eine ,,Arbeitsgruppe Kooperation", die mehrere Reklameschriften erstellte, er wollte ,,Kornlingen" nach Schleswig-Holstein holen. Er hat bloß keine Bauern dafür gefunden, Beckdorf ist das einzige geblieben. Das ,,Musterbeispiel" hatte sich rasch herumgesprochen. Der beteiligte Bauer Vollmers 1972 auf die Frage: ,,Wieviel von den 14 Beckdorfer Bauern werden übrigbleiben, wenn die jetzigen Verträge nach 12 oder 10 Jahren ablaufen?" Vollmers: ,,Diejenigen, die jetzt die Ställe gebaut haben!" (aus ,,top agrar", Heft 9/72). Das waren ganze vier. War Beckdorf da noch ,,Ein Dorf, wie es im Buche steht" (Hannoversche Allgemeine, hieß es 76: ,,Modell Kornlingen nicht nachahmenswert" (HAZ vom 15.7.1976).

Flessner, heute Landwirtschaftsminister von Schleswig-Holstein, fördert jetzt vor allem Projekte, die direkt von Kapitalisten oder derartigen Genossenschaften organisiert werden, wie den ,,Nordferkelstall" in Hasenkrug bei Neumünster, in Betrieb seit Juni 77. Dort versorgt eine Landarbeiterfamilie 260 Sauen. Grundlage dafür ist das Marktstrukturgesetz, danach müssen eine Anzahl Bauern und ein Kapitalist oder Genossenschaft eine sog. Erzeugergemeinschaft z. B. für Weizenmehl gründen, der Kapitalist (hier die Mühle) bekommt dann Zuschüsse aus dem EG-Fonds für Ausdehnung seiner Produktionsanlagen (Silos usw.).

Zur ideologischen Sicherung ihrer Herrschaft greift die bürgerliche Klasse in Gestalt der christlichen Reaktion die Mansholtschen Vorschläge als Sozialismus an, weil sie mit Sozialismus gerade nichts zu tun haben. Jeder Produktionszusammenschluß von Bauern unter bürgerlicher Führung treibt die Widersprüche auf die Spitze, wie an Beckdorf zu studieren. Daraus versucht die Reaktion, vor allem die christliche, *jeden* Zusammenschluß von Bauern zu verteufeln. Das ist ein durchsichtiges Manöver. Entscheidend ist, von welchem Standpunkt er geleitet ist.

Wozu der Bauer den Traktor nicht hat...

z.kea. Die ,,Hannoversche Allgemeine Zeitung" vom 1. Februar 1979 berichtet unter dem Titel ,,Da stutzt die Finanzbehörde" von folgendem Vorgang: Nach dem Schneesturm zum Jahreswechsel war die eingeschneite Gemeinde Barsinghausen von Bauern des Maschinenrings Hannover vom Schnee geräumt worden. Die Gemeindeverwaltung, die mit eigener Maschinerie nicht in der Lage war, der Schneemassen Herr zu werden, nahm zum Selbstkostenpreis der Bauern deren Hilfe in Anspruch. Es handelt sich bis zu diesem Punkt um nicht mehr und nicht weniger, als um eines von vielen Beispielen, wie die Folgen des Schneesturms vom Volk selbst und insbesondere von den Bauern überwunden worden sind. Aber nicht genug, daß eine Woche später in ,,Monitor" der Fernsehjournalist Casdorff seine Frechheiten und Dummheiten gegen die norddeutschen Bauern losließ, die angeblich nichts von ,,Selbsthilfe" begriffen hätten, es findet die Oberfinanzdirektion Hannover noch folgendes heraus. Die eigenen Maschinen, die die Bauern zum Schneeräumen benutzt haben, dürfen nach dem Gesetz nur für landwirtschaftliche Zwecke benutzt werden. Juristisch hatten die Bauern gegen die Bedingungen zur ,,Steuerbegünstigung" ihrer Fahrzeuge verstoßen – ein Bußgeldverfahren wird ihnen angehängt.

Als dieses Vorgehen zu viel Empörung hervorruft, verlautet: ,,daß man in diesem Fall, der freilich kein Präzendenzfall werden solle, auf weitere Mahnung und Buße verzichten werde". (HAZ, 1.2.79)

Während die Bourgeoisie überall von ,,Selbsthilfe im Katastrophenfall" herumtönt, denkt sie, wenn's praktisch wird, doch zuerst an den eignen Geldbeutel. Bereits 1970 ist ein Urteil ergangen, wonach z.B. beim Möbeltransport zwecks Umzug oder auch bei Treckerdemonstrationen (!) die Versicherung für landwirtschaftliche Fahrzeuge erlischt. Die Steuergesetze sind so gemacht, daß alle nichtlandwirtschaftlichen Produktionstätigkeiten der Bauern, also in diesem Fall auch das Schneeräumen, gewerbesteuerpflichtig sind. Damit wollen sich die Kapitalisten das Monopol auf immer mehr gesellschaftliche Tätigkeiten sichern, um diese als Lohnarbeit zu organisieren, die sie ausbeuten können.

Sardische Bauern gegen Landraub

z.erm.Rom. Über 187000 ha Land, 8,3% der landwirtschaftlichen Nutzfläche Sardiniens, haben die italienischen Imperialisten in den vergangenen Jahren in Militärgelände verwandelt. Jetzt hat die italienische Regierung den US-Imperialisten weitere 1500 ha gut bewässerten und fruchtbaren Landes im Süden der Insel zugesichert, damit diese mit der Stationierung von 2000 bisher in Spanien eingesetzten Soldaten ihren Luftwaffenstützpunkt in Decimomannu erweitern können. Die sardischen Bauern und Hirten führen seit langem einen hartnäckigen Kampf gegen den Raub und die Zerstörung ihres Landes. Auf den Bombenabwurfplätzen in der Gegend um Cap Teulada, der Südspitze Sardiniens, ist das mit Buschwerk bewachsene Weideland durch die dauernden Brände vollständig zerstört, das einst von den Bauern kultivierte Ackerland liegt seit 20 Jahren brach. Während kürzlich ein begüterter Grundbesitzer die Genehmigung für den Anbau von Futterpflanzen auf 5 ha Land innerhalb des Militärgeländes erhielt, wird den kleinen Bauern weiterhin ihr Land vorenthalten. Die Bauern der an die Basis grenzenden Dörfer fordern von der italienischen Regierung und der Nato die Rückgabe ihres Landes. Bis sie ihre Forderung durchgesetzt haben, treiben sie trotz Androhung saftiger Geldstrafen ihr Vieh weiter auf das besetzte Gebiet.

Bundestagskommission inspiziert Portugal

z.alb. Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat Ende November dem Bundestag als Ergebnis seiner jüngsten Reise durch Portugal unterbreitet: ,,Weitgehende Unterentwicklung" – alles noch rauszuholen. Das Agrarland Portugal muß bereits jetzt mehr Nahrungsmittel einführen, als es ausführt. ,,Ventil" für die ,,EG-Agrarüberproduktion" sei daher der erste Schritt. Der so erzeugte Druck
erste Schritt. Der so erzeugte Druck
auf die Preise landwirtschaftlicher Produkte reiche, um die hartnäckig kämpfenden landwirtschaftlichen Kooperativen zu bezwingen – ,,... müssen auch in den Kooperativen ... ökonomische Gesichtspunkte Platz greifen." Zur Lenkung dieses Prozesses soll ein enges Kontrollsystem örtlicher ,,landwirtschaftlicher Beratungsstellen" der EG aufgebaut werden. Um das Bauernlegen durchschlagend zu organisieren, müsse eine Subventionierung der EG-Südländer-Produkte strikt unterbleiben, mahnte die Kommission. Entscheidend seien dann die ,,Maßnahmen im industriellen Bereich" – zwecks produktiver billigster Vernutzung der dann von Besitz und Lebensmitteln freigesetzten Arbeitskraft in der kapitalistischen Profitproduktion. Hier dürfe das westdeutsche Finanzkapital keine ,,Solidarität und finanziellen Opfer" scheuen. Als Grundbedingung für den EG-Beitritt hat die portugiesische Regierung zuallererst die Rücknahme der Verstaatlichung den Banken bis 1980 zusichern müssen.

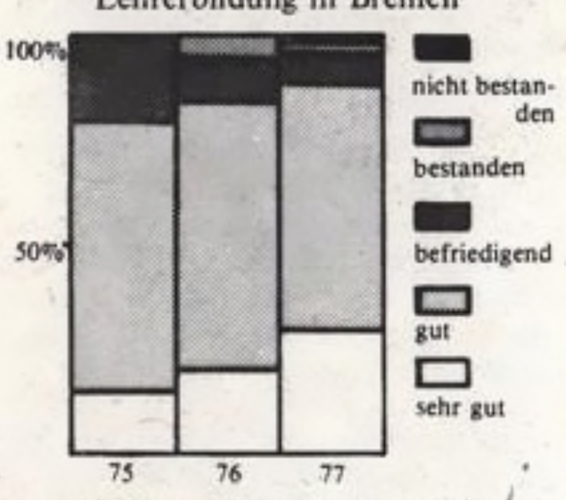
Fischraub der Sowjetunion in Guinea-Bissaus Gewässern

z.nop. Guinea-Bissaus Fischereiministerium hat jetzt das Ergebnis vierjähriger guineisch-sowjetischer ,,Zusammenarbeit" beim Aufbau einer nationalen Fischindustrie bekanntgegeben: Almosen für Guinea-Bissau und fette Beute für die Sozialimperialisten. Die ehemalige portugiesische Kolonie, die 1974 ihre Unabhängigkeit erkämpfte, besitzt eines der reichsten Fischgewässer an der westafrikanischen Küste. Gleich nach der Befreiung ging das Land, dessen einzige nennenswerten Exportgüter Erdnüsse und Palmkerne waren, an den Aufbau einer eigenen Fischindustrie. Die Sozialimperialisten boten ihre ,,Hilfe" in Form der Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft, der ,,Estrela do Mar" an, der zehn Trawler mit einer Gesamttonnage von 8000 t zur Verfügung stehen. Gleichzeitig ließ die UdSSR sich das Recht einräumen, 40 eigene Trawler in Guinea-Bissaus 750-Meilenzone einzusetzen, von deren Fangerlösen Guinea-Bissau einen Anteil von 15% erhalten soll. Eine überschlägige Hochrechnung der guineischen Behörden hat ergeben, daß die Sozialimperialisten jährlich mindestens das Fünffache des Jahresfischexports Guinea-Bissaus – inzwischen immerhin 79% seines Gesamtexports – abfischen. Guinea-Bissau hat deshalb vor kurzem die Zahl der zugelassenen sowjetischen Trawler auf 20 herabgesetzt und gemeinsame Gesellschaften mit einer Reihe anderer Länder gegründet.

Kampagne gegen die „guten Bremer Noten" – Angriff zur Studien- und Prüfungsverschärfung

z.kap. Mit dem Hinweis auf die „besseren Einstellungsbedingungen in anderen Bundesländern" hat der Bremer Wissenschaftssenator Franke auf der Kultusministerkonferenz zugestimmt, daß in Zukunft die studentischen Beisitzer nicht mehr an der Notenberatung in den mündlichen Prüfungen zum Lehrerstaatsexamen teilnehmen

Entwicklung der Notenvergabe in der Lehrerbildung in Bremen



dürfen. Zum anderen hat er die Universität aufgefordert, „die Notenskala weiter als bislang auszuschöpfen" (Handelsblatt, 26.1.79).

Damit sind die Kernpunkte für die zu erwartende neue Lehrerprüfungsordnung (LPO) gesetzt. Das Recht auf Öffentlichkeit in den Prüfungen, die Möglichkeit, die Professoren bei der Zensurenvergabe zu kontrollieren, soll entfallen.

„Eine Uni wehrt sich gegen ihren schlechten Ruf" – das „Handelsblatt" ist mit den durch den Bremer Senat betriebenen Verschärfungen zufrieden. Schließlich bleibt die „Reform in ihrem Kern erhalten" (Franke). Diesen „Kern" hat Rektor Wittkowsky so formuliert: Die Prüfung solle zeigen, „was der Student zu leisten vermag". Die Studienbegleitenden Leistungsnachweise (SBLN) à la Bremer Modell hätten gerade den Vorteil im Gegensatz zu den sonst üblichen punktuellen Prüfungen, daß sie „die Leistung des *ganzen* Studiums" wiedergeben (Franke). Zudem gibt es ja noch „die Möglichkeit zu Nachbesserungen" (Handelsblatt), wo über den Druck der Zensurenvergabe die bürgerliche Wissenschaft abgesichert werden soll. Mit der neuen LPO wird zusätzlich die Bespitzelung verfeinert, indem die schriftlichen Arbeiten für die studienbegleitenden Leistungskontrollen den Prüfungsakten beigelegt werden sollen.

An der Bremer Uni hat es heftige Auseinandersetzungen um die revolutionäre Kritik an der „Monopoltheorie" des DKP-Professors Huffschmid gegeben. Die erste Arbeit wurde mit Huffschmids Unterstützung gar nicht erst zugelassen. Die zweite wurde jetzt mit „zwei" bewertet. Dies ist ein wichtiger Erfolg, um gegenüber jeglicher opportunistischer Anbiederei an die Professoren das Recht auf revolutionäre Kritik durchzusetzen. So haben einige Bereichsgruppen zu den Fachschaftswahlen die Forderung nach „Einspruchsrecht der studentischen Vertretungsorgane in allen Fragen von Studium und Prüfung" aufgestellt.

Fachschaften kämpfen um die Einheit gegen BAFöG und Hochschulgesetz

z.tob. „Die anwesenden Fachschaften und Fachbereichsgruppen streben den Aufbau einer Fachschaftsvertreterkonferenz an, die dem Aufbau eines ASTA dienen soll… „Wir ergreifen alle Maßnahmen, um zu Beginn des Sommersemesters Fachschaftswahlen an den Instituten der Universität zu organisieren, um so uniweit zu gewählten Vertretungen zu gelangen." Das haben 3 von 7 existierenden Fachschaften an der Universität Heidelberg auf einem Treffen zum Aufbau der Verfaßten

manistenprozesse in Heidelberg, den die Fachschaft Chemie verabschiedet hat, wird in den Fachschaften beraten. Gefordert wird die Einstellung der Germanistenprozesse und das uneingeschränkte Koalitions- und Streikrecht.

Die Kämpfe, die unter solchen Forderungen an den Fachbereichen geführt werden, schaffen gute Bedingungen, gegen das Verbot der Hochschulgesetze die Verfaßte Studentenschaft aufzubauen. Dieser Bestrebung der Studentenmassen können sich inzwi-

Fachschaften kämpfen um die Einheit gegen BAFöG und Hochschulgesetz

z.tob. „Die anwesenden Fachschaften und Fachbereichsgruppen streben den Aufbau einer Fachschaftsvertreterkonferenz an, die dem Aufbau eines ASTA dienen soll… „Wir ergreifen alle Maßnahmen, um zu Beginn des Sommersemesters Fachschaftswahlen an den Instituten der Universität zu organisieren, um so uniweit zu gewählten Vertretungen zu gelangen." Das haben 3 von 7 existierenden Fachschaften an der Universität Heidelberg auf einem Treffen zum Aufbau der Verfaßten Studentenschaft unterstützt. An der Pädagogischen Hochschule Heidelberg sind über 80 % der Studenten an 10 von 13 Fachbereichen durch Fachschaften vertreten. Auf einer Vollversammlung wurde letzte Woche ein Fachschaftsrat gebildet. Die Fachschaften werden von den Studenten im Kampf gegen die neuen Prüfungsordnungen, das BAFöG und die Welle politischer Prozesse in Heidelberg genutzt. So hat die Fachschaft Sonderpädagogik an der PH, unter deren Führung seit zwei Jahren gegen die Einführung einer neuen Praktikumsordnung gekämpft wird, einen Streik gegen den Entwurf der Professoren organisiert, und erste Erfolge wurden erzielt. Die Fachschaften Chemie und Anglistik an der Universität haben die VDS aufgefordert, Ende Januar eine zentrale Demonstration gegen das BAFöG zu organisieren. Ein Aufruf gegen die Germanistenprozesse in Heidelberg, den die Fachschaft Chemie verabschiedet hat, wird in den Fachschaften beraten. Gefordert wird die Einstellung der Germanistenprozesse und das uneingeschränkte Koalitions- und Streikrecht.

Die Kämpfe, die unter solchen Forderungen an den Fachbereichen geführt werden, schaffen gute Bedingungen, gegen das Verbot der Hochschulgesetze die Verfaßte Studentenschaft aufzubauen. Dieser Bestrebung der Studentenmassen können sich inzwischen der MSB, die Jusos und die Opportunisten nicht mehr entziehen. Nachdem sie im Dezember noch alle gegen den Beschluß des Kongresses der Fachbereichsgruppen und Fachschaften in Baden-Württemberg gehetzt hatten, landeseinheitliche Fachschaftswahlen durchzuführen, müssen sie heute allesamt dafür eintreten, diese Fachschaften zu wählen. Neuer Spaltungsversuch ist die Aufgabe der Forderung nach Anerkennung der Verfaßten Studentenschaft, und stattdessen der Vorschlag, einen „unabhängigen" ASTA zu gründen, worin sie sich inzwischen selbst mit dem SLH einig sind. Um auf der VDS-MV Anfang April richtige Beschlüsse durchzusetzen, hat der Koordinationsausschuß der Fachschaften für Mitte März erneut einen Kongreß einberufen, der Bildungsveranstaltungen über gewerkschaftliche Fragen beinhaltet.

Die Grundschule muß wieder geöffnet werden

z.rav. Über sieben Wochen, mit Unterbrechung während der Weihnachtsferien, haben die Eltern der Grundschüler in Borgentreich-Bühne (Kreis Höxter) gestreikt, um einen Teilerfolg zu erringen. Das Oberverwaltungsgericht in Münster mußte auf Grund des hartnäckigen Kampfes jetzt zugestehen, daß der Beschluß des Rats der Stadt Borgentreich, die Grundschule in Bühne zu schließen und die Kinder der drei Orte Bühne, Manrode und Muddenhagen nur noch in der neu errichteten Manroder Schule zu unterrichten, als „rechtsmittelfähiger Verwaltungsakt" anzusehen ist. Was heißt, daß die Eltern Klage gegen den Ratsbeschluß erheben können. Die Stadtverwaltung hatte die Zustellung des Ratsbeschlusses an die Eltern nur als Organisationsfrage betrachtet. Nach diesem Ratsbeschluß sollten insgesamt 123 Kinder in einem Linienbus zusammengepfercht nach Manrode verschickt werden. Die Möbel der Grundschule sind auch gleich nach Manrode weggeschleppt worden. Nach Bekanntwerden des Urteils (der Wortlaut liegt noch nicht vor) haben die Eltern den Streik zunächst beendet, in der Hoffnung, daß der Unterricht ab Montag in der Grundschule Bühne wieder stattfindet. Dem war jedoch nicht so. Der Stadtrat hält an seinem Beschluß fest. Stadtdirektor Wutzler: „Wir haben den Ratsbeschluß, ohne eine richterliche Anordnung wird die Bühner Schule nicht eröffnet." Daß der bürgerliche Staatsapparat gewillt ist die Eltern in die Knie zu zwingen, zeigen die Androhung des Schulamtes beim Regierungspräsidenten in Detmold auf polizeiliche Zwangszuweisung der Kinder, wie auch die Bußgeldbescheide von 1050 Mark, die gleichzeitig verschickt worden sind. Nachdem zuerst die Bußgeldbescheide, die eine Gesamthöhe von über 60000 Mark aufweisen, nur an „die Eheleute" gegangen sind, wurden sie nun dem jeweiligen Elternteil extra zugestellt. Genutzt haben diese Drohungen allerdings nichts. Im Gegenteil:

Die Einheit ist dadurch gestärkt worden. Per Kurier werden die Einsprüche dem Schulamt überbracht. Die Eltern achten weiter darauf, daß ihre Kinder eine gute Ausbildung erhalten. „Es ist jetzt wieder alles beim alten", sagte uns der Vorsitzende der Aktionsgruppe Grundschule Bühne. „Seit Montag streiken wir weiter. Den Unterricht führen wir wie vorher selbst durch. Jetzt unterrichtet sogar ein Lehrer die Kinder im Gasthof des Ortes. Wir haben uns an den Zustand schon richtig gewöhnt." Man sieht die Staatsmacht wird Granit beißen, solange die Forderung nach Wiedereröffnung der Grundschule nicht erfüllt ist.

Kampf für die Selbständigkeit der Schülerzeitungen

Remmers: Ohne Zugriff auf die Mitgliederlisten kein Geld

z.düb. Die niedersächsische Landesregierung hat ab Januar die Zuschüsse für die Junge Presse Niedersachsens gestrichen. Das sind 8000 DM im Jahr. Der Landesvorstand der Jungen Presse Niedersachsen, JPN, hatte sich geweigert, die Adressenlisten der Mitglieder vorzulegen. Da dies nicht geschehen sei, könne die Landesregierung nicht prüfen, ob die JPN „förderungswürdig" sei. Nachdem Remmers bekannt ist, daß die nächste Landeshauptversammlung der JPN erst Ende März stattfindet, hat er als Ultimatum für die Vorlage der Mitgliederlisten Ende Februar festgesetzt, in der sicheren Erwartung, daß die Mehrheit der Schülerredakteure die Kontrolle des Zusammenschlusses durch die Landesregierung nicht mitmacht. Im Vorstand der JPN – Regionalgruppe Braunschweig /Wolfsburg wurde dieser Versuch zur Spaltung und Bespitzelung der Jugendpresse verurteilt und verlangt, daß die Gelder bedingungslos gezahlt werden sollen. Aktionen dazu sollen auf der Mitgliederversammlung der JPN – Regionalgruppe beraten werden.

Auf einer Pressekonferenz mit Schülerzeitungsredakteuren am letzten Mittwoch im Landtag hatte Remmers erklärt, er sei „in der Frage der Zensur (von Schülerzeitungen d. Verf.) verhandlungsbereit…, falls es Probleme mit übervorsichtigen Schulleitern gebe, bot der Minister an, solle man sich ruhig an ihn wenden" (Göttinger Tageblatt, 1.2.1979). Den Entwurf eines eigenen Jugendpressegesetzes, den der Niedersächsische Jugendpresseverband der Landesregierung vorgeschlagen hat, lehnte Remmers ab. Im Verein Niedersächsischer Jugendpresse sind vor allem Mitglieder der CDU-Jugend organisiert.

Nicht, daß Remmers abgeneigt wäre, ein weiteres Unterdrückungsinstrument gegen die Kämpfe der Schuljugend in die Hand zu kriegen. Es stört ihn, daß dort noch Forderungen enthalten sind, die Auszubildende und Schüler erheben, um ihre Zeitungen als wirksame Instrumente zu nutzen, mit denen sie sich über ihre Interessen gegen die Schulunterdrückung verständigen können, mit denen sie die Unterstützung organisieren wollen für den Volkskrieg in Zimbabwe und die Kämpfe im Iran und Kämpfe gegen den niedrigen Lohn und die gewaltige Vernutzung der jugendlichen Arbeitskraft in den Fabriken. So die Forderung, daß die Schülerzeitungen nicht dem Schulgesetz unterliegen sollen, daß die Unterdrücker an den Schulen nicht das Recht auf Zensur haben dürfen und die Redaktionen Anspruch auf Zuschüsse haben sollen.

Der Vorschlag für ein Jugendpressegesetz zielt auf Spaltung der Schüler und verfolgt das Interesse der Bourgeoisie, wie es bisher erfolglos im Erlaß des Kultusministeriums vom Mai 73 festgelegt ist: „Die Schülerzeitung soll durch Gedankenaustausch, Bericht und Kritik das Schulleben bereichern und damit zu den den Schülern gestellten Aufgaben beitragen… Die Schule muß im Rahmen ihres Bildungsauftrages die freie Meinungsäußerung fördern". Dieser Bildungsauftrag lautet: „Der junge Mensch muß schrittweise Selbstbeherrschung und das Einhalten der Grenzen lernen, die sich aus der Sachgesetzlichkeit des Unterrichts und der Rechte anderer ergeben."

Diesen Hoffnungen haben zahlreiche Auszubildende und Schülerredaktionen eine klare Absage erteilt. Die Hamburger Schülerzeitung „Zange" der Gewerbeschule 10/16 wurde vom Schulleiter verboten, da in der Nr.2 „zu einer Spendenaktion für eine Waffenausrüstung einer Kompanie der ZANLA aufgerufen wird. Aufrufe dieser Art sind in der BRD unzulässig." An der Realschule Quickborn wurde ein Flugblatt der SV verboten, weil darin mehr Geldmittel für Klassenfahrten gefordert wurden, es wurde trotzdem verteilt. Die Zeitung „Gabelschlunke" der Ricarda-Huch-Schule, Braunschweig, durfte auf Anordnung des Verwaltungspräsidenten nicht auf dem Schulgelände verteilt werden, weil die „soziale Marktwirtschaft als Ausbeuterordnung und Unterdrückung und die Schule als Unterdrückeranstalt der Herrschenden dargestellt wird." Girgensohn, Kultusminister in NRW, verschickte Mitte Januar einen Eilbrief an alle Schulen, indem es heißt, daß der Aufruf an alle Schülervertretungen zum Unterrichtsboykott gegen die Allgemeine Schulordnung rechtswidrig ist.

Eine Grundlage für solche Schülerzeitungsverbote ist in Niedersachsen das Schulgesetz. § 67 schreibt vor, daß der Schulleitung 3 Tage vor der Verbreitung 3 Exemplare zu überreichen sind und die Zeitung verboten werden kann, wenn sie gegen den „Bildungsauftrag" verstößt.

Schülerredakteure von 6 Braunschweiger Schulen haben auf einer Veranstaltung gegen die Unterdrückung der Schulbürokratie mit diesen Verboten eine Presseerklärung unterzeichnet, in der die uneingeschränkte Pressefreiheit für die Zeitungen der Schuljugend gefordert wird. Gleichzeitig organisieren Mitglieder der Schülerredaktionen und SVen gegenseitige Unterstützung beim Austausch von Nachrichten, der Produktion der Schüler- und Jugendzeitungen und Konferenzen, auf denen die Auseinandersetzung um die politische Linie und geeignete Forderungen geführt wird. In der „Jungen Presse Niedersachsens", JPN, dem größten Zusammenschluß von Schülerredaktionen in Niedersachsen, versuchen die Reformisten und Revisionisten gegenwärtig durch Machtpolitik ihre Linie der Unterwerfung durchzusetzen. Sie sind mit einem Antrag aufgetreten, wo durch eine „breite Bewegung die im Grundgesetz garantierten Freiheiten gesichert und verteidigt" werden sollen, die Schülerbewegung auf die Durchführung der imperialistischen Bildungsreform verpflichtet werden soll.

Dagegen schreibt die Redaktion der Berufsschule Inselwall Braunschweig in ihrer Zeitung „Der Maulwurf": „Wir sind der Meinung, daß die JPN die Aufgabe hat, alle gerechten Kämpfe besonders der Jugend zu unterstützen. Das ist auf verschiedene Weise möglich: Finanzielle Unterstützung, Unterstützung darüber, daß man die Kämpfe bekannt macht oder direkt Aktionen unterstützt."

genen Jugendpressegesetzes, den der Niedersächsische Jugendpresseverband der Landesregierung vorgeschlagen hat, lehnte Remmers ab. Im Verein Niedersächsischer Jugendpresse sind vor allem Mitglieder der CDU-Jugend organisiert.

Nicht, daß Remmers abgeneigt wäre, ein weiteres Unterdrückungsinstrument gegen die Kämpfe der Schuljugend in die Hand zu kriegen. Es stört ihn, daß dort noch Forderungen enthalten sind, die Auszubildende und Schüler erheben, um ihre Zeitungen als wirksame Instrumente zu nutzen, mit denen sie sich über ihre Interessen gegen die Schulunterdrückung verständi-

fenausrüstung einer Kompanie der ZANLA aufgerufen wird. Aufrufe dieser Art sind in der BRD unzulässig." An der Realschule Quickborn wurde ein Flugblatt der SV verboten, weil darin mehr Geldmittel für Klassenfahrten gefordert wurden, es wurde trotzdem verteilt. Die Zeitung „Gabelschlunke" der Ricarda-Huch-Schule, Braunschweig, durfte auf Anordnung des Verwaltungspräsidenten nicht auf dem Schulgelände verteilt werden, weil die „soziale Marktwirtschaft als Ausbeuterordnung und Unterdrückung und die Schule als Unterdrückeranstalt der Herrschenden dargestellt wird." Girgensohn, Kultusminister in NRW,

„breite Bewegung die im Grundgesetz garantierten Freiheiten gesichert und verteidigt" werden sollen, die Schülerbewegung auf die Durchführung der imperialistischen Bildungsreform verpflichtet werden soll.

Dagegen schreibt die Redaktion der Berufsschule Inselwall Braunschweig in ihrer Zeitung „Der Maulwurf": „Wir sind der Meinung, daß die JPN die Aufgabe hat, alle gerechten Kämpfe besonders der Jugend zu unterstützen. Das ist auf verschiedene Weise möglich: Finanzielle Unterstützung, Unterstützung darüber, daß man die Kämpfe bekannt macht oder direkt Aktionen unterstützt."

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Kommunistischen Bund Westdeutschland Bezirk Rhein-Neckar-Pfalz für die Gewerbeschulen G1/G2 Heidelberg

5. Februar 1979

Berufsvorbereitende Maßnahmen: Aufweichung der Berufsschulpflicht

Das Arbeitsförderungsgesetz gibt in seinem § 1 „die Richtung an, in der alle Einzelmaßnahmen des Gesetzes liegen müssen, nämlich einen hohen Beschäftigungsstand zu erzielen und aufrechtzuerhalten, die Beschäftigungsstruktur ständig zu verbessern und das Wachstum der Wirtschaft zu fördern", führt ein Verwaltungsdirektor des Bundesarbeitsamtes in einem Grundsatzreferat 1974 aus. Um das Wachstum der Wirtschaft, d.h. um das Wachstum der Profite der Kapitalisten ist dieser Herr sehr besorgt. Die Regierung hat zur Steigerung dieser Profite auch schon die entsprechenden Gesetze und Maßnahmen parat. Im Zuge der Bildungsreform und unter dem Deckmantel der „Erzielung eines hohen Beschäftigungsstandes" hat sie Gesetze erlassen, die die Berufsschulpflicht der Arbeiterjugend immer mehr aufweichen und die jugendliche Arbeitskraft möglichst früh den Kapitalisten zur Ausbeutung zur Verfügung stellen.

Die Einführung von sogenannten berufsvorbereitenden Schuljahren ist eine dieser Maßnahmen. Das Berufsgrundschuljahr (BGJ), das den Arbeiterjugendlichen, die keine Lehrstelle bekommen haben, offensteht, hebt die Berufsschulpflicht bis zum 18. Lebensjahr auf. Nach dem BGJ stehen die Teilnehmer den Kapitalisten als Akkordarbeiter uneingeschränkt der Ausbeutung zur Verfügung. Erhält man nach dem BGJ eine Lehrstelle, ist die Lehrzeit um ein Jahr verkürzt. Das bedeutet, daß die Ausbildung wesentlich unqualifizierter ist und das erste allgemeine Ausbildungsjahr vom Staat, d.h. von den Steuergeldern des Volkes bezahlt wird. Die einjährige Berufsfachschule, die auf einen oder mehrere Berufe vorbereiten soll, zielt auf dasselbe ab.

Über diese „Bildungsmöglichkeiten" hinaus gibt es noch Förderlehrgänge für „noch nicht berufsreife Jugendliche". Jugendliche, die im Sieb der Auslese durch die Notengebung und Hauptschulabschlußprüfung hängengeblieben sind, sowie Sonderschulabgänger sollen in diesen Lehrgängen dahingehend geformt werden, daß sie „in ihrem Verhalten stabilisiert werden, daß sie leistungsfähig und leistungsbereit sind, daß sie belastbar sind, Beständigkeit und Ausdauer zeigen" (aus dem Rahmenlehrplan zur Durchführung von Förderlehrgängen, „Soziale Zielsetzung").

Das genau ist es, was die Kapitalisten brauchen: willige und billige Arbeitskräfte. Bei normalen Berufsausbildungen wird durch die Stufenausbildung und die Verschärfung der Gesellenprüfungen gesiebt. Wenn der Auszubildende die erste Ausbildungsstufe nicht schafft, bleibt es dem Kapitalisten überlassen, ob er ihn weiter ausbildet, oder ob er als Hilfsarbeiter gebraucht wird und für einen Hungerlohn für ihn arbeitet. Nachdem der 100-Punkte-Schlüssel bei der Beurteilung von Gesellenprüfungen vom Kultusministerium nicht durchgesetzt werden konnte, bedient man sich teilweise nicht mehr des früheren 60-Punkte-Schlüssels, sondern eines 75-Punkte-Systems. Die Prüfungsaufgaben werden entsprechend hinterlistiger. An der Bruchsaler Gewerbeschule fielen drei von acht Augenoptiker-Lehrlingen durch die schriftliche Gesellenprüfung im Januar dieses Jahres. Eine Aufgabe im Fachzeichnen forderte von den Schülern, nach einer bestimmten DIN-Zahl zu zeichnen, ohne daß angegeben wurde, was diese DIN-Bestimmung beinhaltet. Klar ist doch, daß niemand sämtliche DIN-Bestimmungen auswendig weiß.

Eine Schülerin, die schon in der Hauptschule gegen die Unterdrückungsmaßnahmen rebellierte, hat in Mannheim das Berufsfindungsjahr in Haushalt und Körperpflege absolviert. In diesem Jahr lernte sie, wie sie sich am geschicktesten zurechtmacht, um am schnellsten an einen Mann ranzukommen, der dann für sie sorgt. Daß nur ein verschwindender Prozentsatz der Schülerinnen einen Ausbildungsplatz bekommen sollte, war von vornherein ein klarer Fall. Die meisten arbeiten heute als Akkordlöhnerinnen in Fabriken. Die Schülerin arbeitet heute als Praktikantin für 140 DM im Schriesheimer Kreisaltersheim. Abends besucht sie einen Kurs der Volkshochschule, um den Hauptschulabschluß nachzuholen. Als billigste Arbeitskraft und Lohndrücker wird sie eingesetzt, und noch dazu wird ihr gesagt, daß sie an den alten Leuten ein Werk der Nächstenliebe tut.

Die Kapitalistenklasse bildet sich nur wenige Facharbeiter heran, die sie für die Produktion braucht, der Rest wird als Akkordarbeiter, Maschinenanhängsel zurechtgebogen, die, die gar nicht spuren, wegrationalisiert, Kranke und Alte auf die Straße befördert und als Lohndrücker eingesetzt. Das ist dem Expansionsstreben der westdeutschen Imperialisten dienlich, damit ließen sich Raubzüge auf dem Weltmarkt führen.

Doch für die Arbeiterjugend steht der Kampf um die Forderung nach Einheitsschule unter Volkskontrolle an. Das demokratische Recht auf Ausbildung, das die Jugend befähigt, als Herrin der Zukunft zu wirken, kann nur verwirklicht werden in einer Schule, in der alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr eine einheitliche Ausbildung erhalten, in der sie die Grundlagen aller Dinge lernen, die sie zur Beherrschung der Produktion und öffentlichen Angelegenheiten später brauchen. Das ist die polytechnische Einheitsschule. Und nicht der Staat der Kapitalisten, sondern lediglich die Arbeiterklasse und das Volk selbst, die mit der Erziehung ihrer Jugend in dieser Schule ihre Zukunft gestalten, haben das Recht, darüber zu entscheiden, was in dieser Einheitsschule gelehrt wird und wer es lehrt.

„Sichere Schildwache“ – steckengeblieben

z.rer. Das erste Mal seit Jahren zog Schmidt ins Manöver: zum Reforger 79 – Certain Sentinel. Unter betonter Vermeidung „aller martialischen, bedrohlichen oder auftrumpfenden Züge und Töne“. REturn of FORces to GERmany 79 sollte das größte Wintermanöver seit sechs Jahren werden. Zwar blieb es bei der bisherigen Anzahl der aus den USA nach Westdeutschland „zurückgeführten“ 14000 Soldaten; das sei allerdings, wie die Süddeutsche Zeitung bemerkt, politisch „sehr viel wert, militärisch sicher weit weniger“, so daß die US-Imperialisten eine Ausweitung auf 100000 Mann planen. Einstweilen wurden bei der „sicheren Schildwache“, deren Name an die „Wacht am Rhein“ der reichsdeutschen Bourgeoisie angelehnt ist, neue Waffensysteme, zum Beispiel der Panzerjäger A 10-Thunderbolt zum ersten Mal auf einem winterlichen Kriegsschauplatz eingesetzt. Bei seiner Inspektion und Prüfung der Truppen auf ihre Kriegsfähigkeit bekräftigte Schmidt den „Verzicht“ der BRD-Imperialisten auf die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westdeutschland. Im Laufe der genau zum Zeitpunkt des Manövers geführten Auseinandersetzung zwischen den Parteien über die Frage der Stationierung der Mittelstreckenraketen, wofür die CDU/CSU entschieden eintritt, nannte Schmidt einen der Gründe für die derzeitige Ablehnung der Stationierung: Sie sei im Augenblick innenpolitisch „nicht durchsetzbar“. Diese Erkenntnis mußte er aus der breiten Protest- und Ablehnungswelle gewinnen, als die Stationierung der Neutronenbombe im Herbst letzten Jahres angekündigt wurde.

Andererseits richtet sich dieser „Verzicht“ dagegen, daß die US-Imperialisten durch die Stationierung ihrer Raketen zunächst und vor allem in Westdeutschland, durch den Ausbau ihrer Stellungen, vermehrte Lagerung ihres Kriegsgerätes hier, das die Voraussetzung für den wirkungsvollen Einsatz der zusätzlichen Soldaten mit Reforger bedeutet, ihre Vorherrschaft in Europa entscheidend stärken. Schmidt will gegen diese Pläne „immer nur im Rahmen und gemeinsam mit anderen europäischen Verbündeten handeln“, die eigenständige Position der BRD-Imperialisten auf der Grundlage der „europäischen Einigung“, der westdeutschen Vorherrschaft in Europa, ausbauen, weshalb er im Manöver auch „das kleine luxemburgische Kontingent besonders hervorhob“. Apel unterstützte ihn mit der Feststellung, die geringen Fortschritte bei der „Verzahnung“ (Interoperabilität) der amerikanischen und deutschen Truppen gingen von deutscher Seite aus. Wehner tritt für Zeitgewinn ein und fordert „substantionelle Fortschritte“ bei den Wiener Gesprächen über Truppenreduzierungen (MBFR).

Die US-Imperialisten haben mit Reforger 79 – Certain Sentinel – an ihrem Vorhaben, Westdeutschland verstärkt als Aufmarschgebiet für den Krieg gegen den sozialimperialistischen Konkurrenten zu nutzen, keinen Zweifel gelassen. 66000 Soldaten, davon 53000 US-Truppen, versetzten das westliche Mittelfranken und den angrenzenden Teil von Baden-Württemberg in den Kriegszustand. Ganze Dörfer und Städte wie Bamberg wurden vollständig besetzt und die Äcker der Bauern verwüstet. „Das ist nicht nur wie im Krieg, das ist heuer schon fast einer“, urteilte ein Bauer. Allein im bayerischen Gebiet verursachten sie 382 Unfälle mit sechs Toten, 73 Verletzten und schätzungsweise etwa 1,4 Millionen DM Sachschaden; über die Schäden der Bauern werden gar keine Zahlen veröffentlicht. Mit jedem Tag wuchs die Wut der Volksmassen. „Ich pfeif' auf die Entschädigung, am liebsten würde ich die Schrotflinte 'rausholen und in den ganzen Haufen hineinschießen“, wird ein Bauer in der Nürnberger Zeitung zitiert. Schon vor Beginn des Manövers hatte der Präsident des Bayerischen Bauernverbandes, Senator G. Sühler, in Erwartung des Widerstands empfehlen müssen, Briefe an Apel zu schreiben und erklärt, zu „nicht legitimen Aktionen“ bis hin zu „Landkriegen“ könne er natürlich nicht aufrufen.

Gleichzeitig wurde im südlichen Mittelfranken erneut gegen die Tiefflüge im Tieffluggebiet sieben protestiert und in einer Resolution an Apel gefordert, daß in den Mittagsstunden, nach Einbruch der Dunkelheit sowie an den Wochenenden ein Flugverbot erlassen wird. Im Kreis Nürnberger Land gab es an den selben Tagen Aktionen gegen die zunehmenden Hubschrauberflüge der US-Truppen und gegen die Lagerung von Munition und Treibstoff in diesem Gebiet. Und am Manöverwochenende mußte das Hauptquartier der 7. US-Armee in Heidelberg eine Delegation empfangen, die mit 350 Demonstranten gegen den geplanten Ausbau des Munitionsdepots und Truppenübungsplatzes im Raum Nürnberg-Erlangen gekommen waren. Was für Herrn Schmidt „innenpolitische Schwierigkeiten“ sind, ist der zunehmende Widerstand der Volksmassen gegen die imperialistische Kriegsvorbereitung. Für die US-Generäle der Grund, Reforger 79 abzubrechen, wie lange sie auch behaupten mögen, der Abruch sei „wegen schlechten Wetters“ nötig geworden.

„Mal sehen, ob wir in Indien einen haben...“

Generalstabsausbildung der Bundeswehr

z. höm. „Inmitten der Spannungsfelder einer Welt im Umbruch findet sich die Position des Offiziers“; um bei diesem „Umbruch“ nicht hintan zu stehen, tut die Bourgeoisie einiges für die „Ausbildung“ ihrer höheren Offiziers- und Generalschergen. Nach Umgliederung der Ausbildung an der Führungsakademie 1975 sind die sog. „Verwendungslehrgänge“ fester Bestandteil des Programms; sie „...sollen den angehenden Stabsoffizieren den letzten „Schliff“ für künftige Aufgaben geben“, und beim "Verwendungslehrgang Generalstabsdienst“ gehts gleich zum Kern: "...das Ansehen, das die Bundeswehr weltweit genießt, hat dazu geführt, daß die Führungsakademie seit vielen Jahren eine Vielzahl internationaler Kontakte unterhält“ und so "... entsendet die Bundeswehr jedes Jahr Lehrgangsteilnehmer z.B. in die USA, nach Frankreich, Großbritannien, Italien und Kanada.“ Oberstleutnant Löhr, Hardthöhe, ergänzt am Telefon: "Es sind immer nur einzelne – besonders qualifizierte Kräfte – und die sind in einer ganzen Reihe von Staaten, auf jeden Fall in allen NATO-Staaten haben wir ohnehin jemanden und darüber hinaus sind wir auch noch mit neutralen Staaten in Verbindung.“

Auf die letzteren Staaten legt der BRD-Imperialismus besonderes Gewicht: Infiltration und Auskundschaftung von Ländern der Dritten Welt, darauf sind sie scharf; zum Beispiel Indien. Löhr: "...in Indien? Das ist möglich, wir schicken ja immer mal einzelne Offiziere...“ Tatsächlich hat der BRD-Imperialismus sich über die Jahre 1975 bis 78 ständig einen westdeutschen Majoren an dem Indian Defence Service Staff College gehalten; Lernziel: "...militärpolitische Vorstellungen vertiefen und wehrgeographische Eindrücke ergänzen.“ Die 1975 von der BW-Führung herausgegebene Kap-Studie konkretisiert die Aufgabe für den asiatischen Raum dahingehend, "...daß die im- und exportabhängige Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland ohne weitreichende Ein-

Jahr	Import in Mio DM	Export in Mio DM
1976	750	922
1977	786	1141
1. Hj. '78	395	549

bußen auf eine ungehinderte Nutzung des Südatlantik und des Indik (Indischer Ozean) zur Zeit nicht verzichten kann.“ In der Tat, allein die Statistik Warenim- und export zwischen der BRD und Indien verdeutlicht dieses Interesse.

Die Sicherung der Ausbeutung der indischen Pfründe ist jedoch nicht der einzige Beweggrund des BRD-Imperialismus, sich dort einen Majoren zu halten. Waren im Wert von rd. 59 Mrd DM 1976 und von rd. 62,5 Mrd. DM 1977, die den gesamten Im- plus Export zwischen den westdeutschen Kapitalisten und den asiatischen Ländern ausmachen sind größtenteils über den Indischen Ozean verschifft worden; dieser Weg muß gesichert bleiben. Der russische Sozialimperialismus ist derzeit der einzige Räuber, der indische Häfen als Stützpunkte besatzt hält. Sich in Indien auszukennen, zumal dann, wenn die indischen Massen den Sozialimperialismus ganz vertreiben, scheint dem BRD-Imperialismus allemal günstig.

Die "Ausbildung“ des Majors am IDSSC ist jetzt abgeschlossen, die BW-Führung hofft, einen neuen Majoren in Indien festsetzen zu können; außerdem würde sie gerne indische Majore an der westdeutschen Akademie sehen, denn Oberstleutnant Löhr bedauert: "Wir hatten noch keine Inder hier.“

Zivildienstleistende an der Kostendämpfungsfront

Ehrenberg leitet „Mobile Hilfsdienste“ im Kreis Friesland ein.

r.bia. Zur Verschärfung der Kostendämpfungsaktion setzt das Ehrenbergministerium Zivildienstpflichtige ein. Dabei versucht Ehrenberg aus seinem Wahlkreis, Friesland, ein Musterprojekt für diese Art der Kostendämpfung im Gesundheitswesen, zu machen. Ab 1. März wird im Landkreis für die Alten und Behindertenbetreuung der „Mobile Hilfdienst“ eingesetzt. Je vier Zivildienstpflichtige werden mit einem Koordinator, der über ein ABM-Programm gestellt wird, vom Paritätischen Wohlfahrtverband Friesland und dem Verein für Sozialstationen im Altkreis Friesland eingesetzt. Sie sind zuständig „für Alte und Behinderte, Handreichungen, Einkäufe, Reinigungsdienste und gesellschaftliche Aufgaben,“ schrieb die „Wilhelmshavener Zeitung“ am 12.11. 1979. Ehrenberg dazu: „Zum einen gibt es großen Bedarf an Kräften auf dem sozialen Sektor, wenn auch durch finanzielle Schwierigkeiten nur schlecht zu decken ist und zum anderen besteht ein Bedarf an Plätzen für Zivildienstpflichtige. Mit diesem Versuch können wir zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen.“ Was mit dem Versuch erreicht werden soll ist, daß die Krankenhauseinweisungen für Alte und Behinderte unterbunden, sie der ärztlichen Kontrolle entzogen, an die Wohnung gefesselt werden sollen. Die Krankenkassen haben so die Möglichkeit die Pflegekosten auf ein Minimum zu senken und die Verbände, die diese Aktion tragen, haben die Beschäftigten umsonst: den Zivildienstleistenden, den Koordinator und die ehrenamtlichen Kräfte der Sozialstationen. Einhergehen soll dieses Modell mit der Schließung von einigen Krankenhäusern im Kreis Friesland.

Bei dieser Kostendämpfungsaktion werden die Zivildienstplichtigen auch auf Planstellen eingesetzt. Im städtischen Krankenhaus Wilhelmshaven arbeiten von zehn ZDL'ern drei in der Verwaltung auf Planstellen.

Daß der Einsatz von Zivildienstpflichtigen sich für die Bourgeoisie bezahlt macht, zeigt der „Rettungsdienst Friesland“. An die 20 Zivildienstpflichtige sind dort in drei Schichten rund um die Uhr eingesetzt. Je ein Hauptamtlicher als Leiter und drei ZDL'er fahren Krankentransporte und Rettungseinsätze. Der Rettungsdienst hat der Bourgeoisie soviel eingebracht, daß jetzt auch in drei weiteren Orten des Landkreises Rettungsstationen mit ZDL'ern eingesetzt werden. Darüber ist der erste Privatunternehmer in Sande niederkonkurriert worden, so daß jetzt noch mehr Transporte auf die ZDL'er zukommen. Maßlose Überarbeit ist die Folge. Ein ZDL'er ist vier Monate früher entlassen worden, weil er aufgesparten Urlaub und Überstunden zusammengerechnet schon nach 12 Monaten fertig war. Durch die Überbelastung können oft die Transporte nicht eingehalten werden, die durch den ganzen Bezirk bis Hamburg und Frankfurt gehen. So soll sich jetzt das Krankenhauspersonal angeblich beschwert haben über die Unpünktlichkeit. Der Träger dieser Organisation, der Landkreis Friesland, hat jetzt eine Sitzung mit den ZDL'er aus Sande einberufen, in der mit Strafversetzung und Disziplinarstrafe gedroht werden soll, falls die Überarbeit nicht gemacht wird. Die ZDL'er haben ebenfalls eine Versammlung einberufen um sich zusammenzuschließen und die Forderungen zum Dienstablauf zu stellen.

Die Zivildienstpflichtigen organisieren sich. Auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Selbstorganistion der ZDL'er am 3./4.2.1979 in Frankfurt wurde unter anderem über den Einsatz an der Kostendämpfungsfront im Gesundheitswesen beraten. Für den Aktionstag am 3.3.1979 ist ein Aufruf verabschiedet worden, der zu dezentralen Aktionen aufruft. Für den 21./22.4.1979 ist eine weitere Konferenz angesetzt, um über die Forderungen zum 1.Mai zu beschließen.

Der nationalrevolutionäre Kampf des iranischen Volkes zersetzt die Schaharmee

Soldaten und Offiziere unterstützen unabhängige Republik Iran / Beide Supermächte lauern auf Intervention

z.scc. Millionenmassen demonstrierten am 8. Februar in Teheran und anderen Städten erneut für die unabhängige Republik Iran. Unter ihnen, von den Arbeitern, Bauern, Bazarhändlern, Intellektuellen stürmisch begrüßt: einige tausend uniformierte Soldaten.

Das US-Magazin „Newsweek“ berichtet in seiner letzten Ausgabe über US-Interventionspläne, die u.a. die „Landung amerikanischer GIs in Iran“ vorsehen. Daß jedoch jede Intervention von vorneherein zum Scheitern verurteilt ist, wenn sie sich nicht auf eine „intakte“ Armee im Iran stützen kann, wissen die Imperialisten nur zu gut. Kein Kommentar über „die Lage im Iran“, der deshalb nicht bang die Frage aufwirft: „Kann die Armee halten?“

„Kaum ein Zusammenprall zwischen dem Mob und der Armee geht in diesen Tagen ohne Zusammenbruch der militärischen Disziplin ab“, schreibt der „Newsweek“-Korrespondent, der Zeuge wird, wie ein Soldat seinen Offizier, der einen Demonstranten verwundet, erschießt, sein Gewehr den Demonstranten zuwirft und sich ihnen anschließt. Tagtäglich verweigern Soldaten den Schießbefehl. „Ich würde lieber auf meinen Kommandeur schießen als auf die Massen“, sagt einer dem britischen BBC. Die Demonstrationen häufen sich: Seit Ende Dezember dauert der Streik von Soldaten und Offizieren der Luftwaffenbasis Hamadan an; aus anderen Luftwaffen- und Marineeinheiten werden „Unruhen“ gemeldet. Welchen Teilen der Armee können die Imperialisten überhaupt noch trauen? Als kürzlich ein Soldat auf dem Gelände der US-Botschaft einen US-Beamten mit dem Gewehr bedrohte, brachen die übrigen Wachsoldaten, bevor sie diesem „zu Hilfe“ kamen, in einen Ruf aus: „Yankee go home!“ Nur mit dem „Ausnahmezustand“, schreibt „Time“, könne gegenwärtig der vollständige Disziplinverfall der Armee verhindert werden. Im Januar wurden 165 Oberfeldwebel 15 verschiedener Einheiten, die an Demonstrationen zum Sturz des Schahregimes teilgenommen hatten, standrechtlich erschossen. Hunderte von Soldaten und Offizieren sind „entsprechend des Kriegsrechts verurteilt“ (Neue Zürcher Zeitung).

Als Instrument zur Unterdrückung der iranischen Nation aufgebaut, steht die 413000 Mann-Armee des Schah de facto unter US-Kommando. Rund 40000 amerikanische „Berater“, Ausbilder, Waffentechniker seien zu ihrem „Funktionieren“ vonnöten, schätzt die NZZ, einer auf 10 Iraner. Vier dieser zehn sind Wehrpflichtige, überwiegend Söhne kleiner Bauern, die auf zwei Jahre zu äußerst niedrigem Sold in die Armee gepreßt werden, während ihre Eltern den Verlust der Arbeitskraft häufig mit beschleunigtem Ruin bezahlen. Die Wehrpflichtigen sind es, hat einer aus der imperialistischen Korrespondentenmeute mitbekommen, die die Blumen und Khomeiny-Bilder der Demonstranten annehmen und sich in aller Regel zu schießen weigern. Oder eben, wenn auch noch vereinzelt, auf ihre und des Volkes Feinde schießen. Gleichfalls zeigt ein großer Teil der unteren und mittleren Offiziere offene Sympathien für die nationaldemokratische Bewegung. Die meisten Offiziere entstammen der nationalen Bourgeoisie und verspüren ebenfalls einen tiefen Haß auf die imperialistischen Unterdrücker. Diese Erfahrungen müssen die US-Imperialisten u.a. bei der Luftwaffe machen, die sie am unmittelbarsten unter ihr Kommando genommen hatten – hier reicht die Zersetzung bis weit in die Reihen der Offiziere. Nicht einmal der sogenannten Elitetruppe können sich die Imperialisten sicher sein. Obwohl sie deren Angehörige zahlreich in den USA ausgebildet haben, obwohl sie sie weitgehend aus nationalen Minderheiten – Belutschen, Kurden, Turkmenen – rekrutieren und so durch jahrhundertelange Unterdrückung entstandene Widersprüche für sich auszunutzen versuchen, obwohl sie sie mit umgerechnet 700 DM im Monat hoch bezahlen, haben die einfachen Berufssoldaten kein eigenes Interesse an der imperialistischen Herrschaft über den Iran. Dem Interesse der Imperialisten verschworen hat sich lediglich die kleine Schar hoher Offiziere – für rund 12000 DM im Monat, dem 40 – 50fachen eines Arbeiterlohnes.

Während die US-Supermacht angesichts der machtvollen Kämpfe der iranischen Volksmassen und der sich rasch zersetzenden Armee die Erfolgsaussichten der vorbereiteten Intervention abwägen, verstärkt die andere Supermacht ihre Drohungen. 12 Divisionen stehen im Transkaukasischen Militärdistrikt für die mögliche Intervention in Iran bereit. Bereits 1976 probten die Sozialimperialisten in dem Manöver Kavkaz an der Grenze zu Iran mit 130000 Truppen den Einmarsch. Drohend verweisen sie auf den Friedensvertrag, der formell noch in Kraft ist. Darin hatte der Iran 1921 der sozialistischen Sowjetunion das Recht auf Einmarsch zugestanden für den Fall, daß fremde Truppen im Iran gegen die Sowjetmacht aufmarschieren. Die Rivalität der beiden Supermächte um den Iran und die ganze Region und ihre Absicht, sich gegenseitig bei der blutigen Unterdrückung der Revolution in die Hände zu spielen, erfordert die Wachsamkeit und Geschlossenheit des iranischen Volkes in seinem Kampf um nationale Befreiung.



Soldaten verbrüdern sich offen mit den Volksmassen

Wachsender Widerstand der Palästinenser gegen das Zionistenregime in den besetzten Gebieten

z.elb. Die palästinensischen Massen dehnen ihren Kampf gegen das Zionistenregime immer weiter auch auf die seit 1948 besetzt gehaltenen Gebiete aus. So treten immer mehr der 1800 palästinensischen Studenten an den Hochschulen der Zionisten öffentlich für die Unterstützung der PLO ein. Sechs Studenten der Universität Jerusalem, Mitglieder der „Progressiven nationalen Bewegung", einer palästinensischen Studentenorganisation, haben sich in einer Schrift öffentlich für die Ziele der PLO ausgesprochen: Zerschlagung des Zionistenstaates und



„Wir bekämpfen Israel, weil es unser Land besetzt hält!"

Aufbau eines demokratischen Palästina, in dem Juden und Palästinenser friedlich zusammenleben. Aufgrund von Notstandsgesetzen aus der Zeit des britischen Mandats wurden diese Studenten vom Militärkommandanten Ben Gal für drei Monate in verschiedene Dörfer im Norden verbannt. Wer sich als Student zur PLO bekennt, muß mit der Relegation von der Universität rechnen. Für eine Reihe von Studenten der Universitäten Tel Aviv, Haifa und Beersheba haben die Zionisten das schon angekündigt. In den Westbanks rissen sie Ende Januar vier Häuser ab, weil sie die Bewohner der Mitgliedschaft in den palästinensischen Befreiungstruppen innerhalb der besetzten Gebiete verdächtigten.

Doch die Zionisten erreichen damit bloß, daß sich der Widerstand gegen ihre Gewaltherrschaft vervielfacht. Letzte Woche haben vier Führer der „Progressiven nationalen Bewegung" auf einer Pressekonferenz in Jerusalem nochmals zum Kampf gegen das Siedlerregime unter Leitung der PLO aufgerufen. In großen Massendemonstrationen in allen palästinensischen Städten der Westbanks protestierten Anfang Februar Arbeiter, Bauern, Studenten und Schüler gegen die Errichtung weiterer zionistischer Siedlungen und die Zerstörung von Häusern der Palästinenser. Sie bringen damit die Zionisten nach deren eigenen Angaben in dem für sie strategisch wichtigen Gebiet in äußerste Bedrängnis.

Bergbaumonopole fordern neue Gesetze gegen die Völker Australiens

z.hef. Die australische Regierung will die Gesetzgebung in Bezug auf die Landrechte der australischen Völker „überprüfen." „Die Regierung ordnete die Prüfung auf Antrag des stellvertretenden Premierministers und Ministers für Handel und Ressourcen, Mr. Douglas Anthony, an. Mehrere Bergbaugesellschaften hatten sich bei Mr. Anthony beschwert, daß die Gesetzgebung in Bezug auf die Landrechte der Eingeborenen die Erschließung behindere. Dies war der Hauptfaktor bei der verspäteten Erschließung der großen Uranfunde im Nordterritorium." (Financial Times, 25.1.) Im Nordterritorium haben die Imperialisten bislang die Förderlizenzen für nur ein Uran-Pro-

Uranfunde im Nordterritorium." (Financial Times, 25.1.) Im Nordterritorium haben die Imperialisten bislang die Förderlizenzen für nur ein Uran-Pro-

jekt, die Ranger Mine. Der Land-Council (Rat für das Land) des Nordterritoriums hatte zusammen mit den Land-Councils der anderen australischen Staaten die Förderpläne für Uran in den Reservaten und anderen Stammesgebieten heftig bekämpft. Bergbau der Imperialisten, das heißt hier: Übertageabbau, Abtransport ganzer Gegenden, Versteppung und totale Zerstörung des Waldes, der Lebensgrundlage der Völker Australiens. Mit Erpressung und Bestechung erreichten die Imperialisten, die die Queensland Mines Co. gebildet hatten, im letzten Dezember die Zustimmung des Land-Council im Nordterritorium zum Uranabbau. Aber die Regierung hat bislang nicht gewagt, die Lizenz auszugeben, weil in ganz Australien die Land-Councils Protestaktionen gegen diesen Landraub im Nordterritorium durchführen. Neue Gesetze fordern diese Kapitalisten, um der Bewegung endlich ein Ende zu bereiten.

Die Völker Australiens begnügen sich nicht mit der Verteidigung der Reservate, in die sie von den Imperialisten getrieben wurden. Sie erheben ihren rechtmäßigen Anspruch auf das ganze Land, das ihnen geraubt wurde. Der High Court in Sidney wird demnächst in zweiter Instanz das Urteil über eine Klage der „National Aboriginal Con-

Land, das ihnen geraubt wurde. Der High Court in Sidney wird demnächst in zweiter Instanz das Urteil über eine Klage der „National Aboriginal Con-

ference" sprechen. Die Klage richtet sich gegen die britische Regierung, wegen Raub des Landes seit Kapitän Cook im Jahr 1770; und gegen die australische Regierung, wegen der Ausplünderung der Bodenschätze ohne Zustimmung der Völker Australiens. Die Klagesteller verlangen einen Siedlungsvertrag mit der britischen und australischen Regierung, der ihre Rechte festhält, und über 40 Milliarden DM Schadenersatz. In der ersten Instanz hat das Gericht die Klage abgewiesen. Wird sie erneut abgewiesen, werden die Völker Australiens sie vor internationalen Gerichtshöfen erheben.

Irland: Neues Lohnabkommen abgelehnt, Postarbeiter bereiten Streik vor

z.rül. London. Die irischen Postarbeiter haben einen landesweiten Streik beschlossen, falls die Regierung nicht von ihrem bisherigen Angebot von 6 bis 8% Lohnerhöhung abrückt. Ihre Gewerkschaft fordert für ihre 13000 Mitglieder eine Lohnerhöhung von 30 bis 37%. Vorletzte Woche beschlossen alle Gewerkschaften im irischen Gewerkschaftsbund ICTU, das von Kapitalisten und Regierung verlangte neue Lohnabkommen nicht abzuschließen.



Das alte Abkommen, das im März ausläuft, hatte die Lohnerhöhungen auf 8% – bei 8% offizieller Inflationsrate – begrenzt. Unter diesem Abkommen erzielten die Imperialisten Höchstprofite in Irland, die US-Imperialisten meldeten 25% Gewinn nach Steuern.

Die Regierung legte in der letzten Woche ein neues Budget vor, das die Erhöhung der indirekten Steuern um 57 Mio. Punt und die Steigerung der Einnahmen aus direkten Steuern um 30% auf 790 Mio. Punt vorsieht. Irlands jährliche Zinszahlung und Tilgung der Staatsschulden erreicht inzwischen die gleiche Höhe wie die Neuverschuldung: 1977 waren es über 500 Mio. Punt (9% des Bruttosozialprodukts). Ein Viertel der Staatsschuld von 5,02 Mrd. Punt ist in Form von Auslandsanleihen unter *direkter* Kontrolle des US-, britischen und westdeutschen Finanzkapitals; ein weiterer, unbekannter Anteil *indirekt* über die Kontrolle des irischen Bankwesens durch US- und britische Banken.

Das neue Lohnabkommen scheiterte am Kampf der irischen Arbeiter. Die Mitglieder der ITGWU (Irish Transport and General Workers Union), der mit 160000 Mitgliedern größten Gewerkschaft, haben schon das letzte Abkommen abgelehnt, nur durch die Abspaltung der kleineren Gewerkschaften setzten die Kapitalisten sich durch. Im Dezember streikten in Dublin 600 Postarbeiter zwei Wochen lang und setzten die Bezahlung von 12 Überstunden für die Arbeit vor Weihnachten durch. Die 7140 Arbeiter von British Leyland erkämpften letzte Woche eine Lohnerhöhung von 4 Punt pro Woche (1 Punt = 3,85 DM). Die Postarbeiter sind entschlossen zu streiken, um die Lohnsenkungen der letzten Jahre rückgängig zu machen. So verdient ein Postbote nach 5 Jahren 55 Punt, nach 11 Jahren kommt er auf den Höchstlohn von 63 Punt die Woche, brutto. Das zwingt zu dauernden Überstunden und hat die wöchentliche Arbeitszeit auf 47,5 Stunden getrieben.

Konzertierte Aktion gegen Stahlarbeiter

Französische Stahlarbeiter gegen verschärfte Ausbeutung und Massenentlassungen

z.jon.Paris. Die Runde war nicht unzufrieden mit dem Verlauf des Gesprächs. Der „Figaro" notierte „eine gewisse Erleichterung... auf beiden Seiten". „Ein Scheitern der Diskussionen hätte schwerwiegende Konsequenzen für die Entwicklung des sozialen und politischen Klimas haben können".

Fünf Stunden hatte Frankreichs Minister für Arbeit und Mitbestimmung, Boulin, am 6.2. mit den Führungen der fünf in der Stahlindustrie vertretenen Gewerkschaften über die Pläne zur Sanierung der französischen Stahlmonopole verhandelt. Diese sehen die Entlassung von 27000 Stahlarbeitern, die Stillegung zahlreicher Stahlwerke in Lothringen und Nordfrankreich und die Steigerung der Produktion bei verringerter Belegschaft vor. Zwar habe der Minister keinerlei Zusagen über die Rücknahme von Entlassungen gemacht, erklärten die Gewerkschaftsführer. Sie erhalten aber die Möglichkeit, bei der Ausführung des Stahlplans mitzubestimmen. „Das positivste Ergebnis dieses Treffens ist, daß der Arbeitsminister zugelassen hat, daß wir Herrn Giraud (den Industrieminister) ohne Vorbedingungen treffen", sagte Chéveques, CFDT, nach dem Treffen bei Burgunder und belegten Brötchen. Alsbald soll weiterverhandelt werden über die Möglichkeit, einen Teil der Entlassungen in Frühverrentungen ab 55 Jahren umzuwandeln, Umschulungen für entlassene Stahlarbeiter zu organisieren und vor allem „Revierkomitees" aus Beamten und Gewerkschaftsvertretern zu bilden, die „Unternehmen für Unternehmen, Familie für Familie, Fall für Fall" die Weiterverwendung der Entlassenen organisieren. „Denken Sie, daß der heutige Tag geeignet war, wieder Ruhe nach Lothringen zu bringen?", war die erste Frage an Boulin abends im Fernsehen. Der Minister: „Ich möchte heute abend den Leuten in Denain und Longwy sagen, daß sie nicht verlassen sind. Aber sie dürfen sich nicht zu Gewalt hinreißen lassen".

In Denain besetzten am gleichen Tag Stahlarbeiter die Büros der Geschäftsleitung von Usinor, sperrten einen Direktor und zwei leitende Angestellte ein und durchsuchten die Büros nach Material über Entlassungspläne. In Longwy besetzten am Abend als Antwort auf die Gespräche in Paris 200 Stahlarbeiter die Unterpräfektur in Briey, durchsuchten und vernichteten eine größere Menge Akten und räumten das Gebäude erst nach einem heftigen Kampf mit der Bereitschaftspolizei.

Im Dezember hatten die drei großen französischen Stahlmonopole ihre Rationalisierungspläne verkündet. Die Massendemonstrationen, Streiks, Betriebsbesetzungen, Aktionen gegen Konzernverwaltungen, Finanzämter, Präfekturen, mit denen die Arbeitermassen in den betroffenen Gebieten die Ankündigung der Massenentlassungen und Rationalisierungen beantworten, versuchen die bürgerlichen Parteien in einer Flut sozialchauvinistischer Demagogie zu ertränken. Versuche, die Aktionen mit Polizeigewalt zu zerschlagen, rufen umso heftigere neue Aktionen der Arbeiter hervor. Die Bewegung muß zersetzt und gegen die Interessen der Arbeiter selbst gewandt werden. Schrille Empörung von Gaullisten und Revisionisten über den Ausverkauf der französischen Stahlindustrie an die westdeutschen und belgischen Konkurrenten, steinerweichendes Gejammer der Giscardisten und Sozialisten über die tragische Notwendigkeit, soviele Arbeitsplätze dem Fortschritt und der Wettbewerbsfähigkeit der französischen Stahlindustrie opfern zu müssen, der einmütige Schrei nach Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen um jeden Preis hat noch jede Demonstration in den letzten Wochen begleitet. Um dem Unheil, keinen Ausbeuter zu finden, zu entgehen, sollen die Stahlarbeiter die Ausbeutung zu jeder Bedingung hinnehmen.



Stahl- und Metallarbeiter blockieren Straßen, Autobahn und Eisenbahnstrecken

fen", sagte Chéveques, CFDT, nach des Gejammer der Giscardisten und
Stahl- und Metallarbeiter blockieren Straßen, Autobahn und Eisenbahnstrecken

Senkung des Lohns, Rationalisierung und Verschärfung der Ausbeutung sind für die französischen Stahlkapitalisten notwendig, um sich im Konkurrenzkampf um die europäischen Stahlmärkte durchzusetzen. Die reformistischen und revisionistischen Gewerkschaftsführer setzen dem Stahlplan mit der Forderung „Keine Entlassungen!" scheinbar den entschlossensten Widerstand entgegen. Tatsächlich haben sie bisher jede Verbindung des Kampfes gegen die Entlassungen mit dem Kampf gegen die Verschärfung der Ausbeutung verhindert. Ihr Steckenpferd ist die 5. Schicht, die Ausdehnung der Schichtarbeit. Unter der Parole „Frankreich braucht Stahl!" schlägt sowohl die revisionistische CGT- wie die sozialdemokratische CFDT-Führung den Bourgeois Maßnahmen vor, wie die Stahlproduktion gesteigert, vor der ausländischen Konkurrenz geschützt und wie der Absatz in den Ländern der Dritten Welt und in den „sozialistischen Ländern" erweitert werden könne. In allen Demonstrationen fordern sie als erstes: Verhandlungen zwischen Regierung, Unternehmern und Gewerkschaften über den Stahlplan. Um im Namen von Mitbestimmung und „Arbeiterselbstverwaltung" selbst am Kommando über die Ausbeutung der Stahlarbeiter teilzuhaben.

Die Absicht der Finanzkapitalisten und ihrer Regierung ist es keineswegs, sie *daran* zu beteiligen. Beteiligen wollen sie die revisionistischen und reformistischen Gewerkschaftsführer vielmehr, um die Entlassungen und verschärfte Ausbeutung unter den Stahlarbeitern *durchzusetzen*. Glücklich über die Aussicht, mit dem Industrieminister verhandeln zu dürfen, hat die CFDT von sich aus die Maßnahmen zur Frühverrentung vorgeschlagen, denen 1977 nur die gelbe Gewerkschaft Force Ouvrière zugestimmt hatte. Alle Gewerkschaftsführer werden an den Umschulungs- und Zwangsarbeitsprogrammen mitarbeiten, mit denen die entlassenen Stahlarbeiter für die Ausbeutung durch neue Kapitalisten abgerichtet werden. Mit den „Revierkomitees" will die Bourgeoisie eine Sozialpolizei unter Beteiligung der Gewerkschaften schaffen, die den Klassenkampf unter einem dichten Netz der Überwachung und Gängelung ersticken soll.

Durchgesetzt haben die Bourgeois ihre Pläne noch lange nicht. Die französischen Stahlarbeiter haben daraus gelernt, daß sie die Rationalisierungswellen der vergangenen Jahre trotz verbissener einzelner Kämpfe nicht zurückschlagen konnten. Im September 1976 produzierten 104000 Arbeiter in

der Stahlindustrie 2,27 Mio. t Roh-
bissener einzelner Kämpfe nicht zurückschlagen konnten. Im September 1976 produzierten 104000 Arbeiter in

der Stahlindustrie 2,27 Mio. t Rohstahl, im Juni 1978 waren es nur noch 88000, die fast die gleiche Menge, nämlich 2,23 Mio. t produzierten. Selbst aus den beschönigenden Lohnerhebungen der CGT-Führer wird die Lohnsenkung deutlich, die die Stahlarbeiter hinnehmen mußten: während die Löhne der Metallarbeiter '78 um 11,5% gestiegen sein sollen, stiegen die Löhne der Stahlarbeiter nur um rund 7%, 3% weniger als die offizielle Preissteigerungsrate. Die Aktionen der Stahlarbeiter haben deshalb nach dem 6.2. nicht nur nicht abgenommen, sie erfassen jetzt auch immer mehr die Betriebe, deren Belegschaften nicht direkt von Massenentlassungen bedroht sind. Zum ersten Mal müssen die Gewerkschaftsführungen mit dem Generalstreik am 16.2. eine Aktion durchführen, die die gesamte Stahlindustrie erfaßt. Nach einer Serie von Arbeitsunfällen traten am 4.2. erstmals die Arbeiter der Kokerei von Usinor-Dünkirchen gegen die wachsende Arbeitshetze in den Streik.

Europaparlament: Walisisch und Irisch verboten!

z.elb.Brüssel. Mitte Januar beschlossen die Abgeordneten des Europaparlaments, daß nun endlich der EWG-Vertrag auf die Kulturpolitik angewandt werden müsse. Denn Kultur sei ein Mittel, „um in den Bürgern der Gemeinschaft ein tieferes Bewußtsein ihres gemeinsamen Schicksals und ihrer Solidarität zu wecken". Wie das zu verstehen ist, machen die werten Europarlamentarier noch in derselben Debatte deutlich. Tom Ellis, ein Abgeordneter walisischer Nationalität, beginnt seinen Redebeitrag in seiner Muttersprache. Einen halben Satz kommt er weit, bevor ihn der Parlamentsvorsitzende abrupt unterbricht: Walisisch zu sprechen, sei im Europaparlament verboten. Irisch zu sprechen, ist auch verboten. Gesprochen werden darf in den Amtssprachen Deutsch, Französisch, Englisch, Italienisch, Niederländisch und Dänisch. Nur in diese Amtssprachen werd.n z.B. auch die EG-Dokumente übersetzt. Ob demnächst die Sprachen des spanischen, portugiesischen oder griechischen Volkes „amtlich" werden, darauf mochte sich auf Anfrage die Kommission nicht festlegen.

Neuerliche Intervention belgischer Paras in Zaire

z.scc.Brüssel. Nach Absprache mit den US- und den französischen Imperialisten beschloß in der vergangenen Woche die belgische Regierung, am 12. Februar 250 Fallschirmjäger nach Kitona in die Nähe der zairischen Hauptstadt Kinshasa zu entsenden. Die französische Regierung dementiert seither verdächtig laut, einen ähnlichen Schritt zu beabsichtigen. – Die belgischen Finanzbourgeois berufen sich auf den Militärvertrag, den die Regierung Zaires mit ihnen nach der Invasion sozialimperialistischer Söldner in die zairische Provinz Shaba abgeschlossen hat. Tatsache ist, daß Staatspräsident Mobuto die Fallschirmjäger nicht nur nicht angefordert hat, sondern ihre Entsendung offensichtlich *gegen* seinen Willen erfolgt. Seit Oktober '78 hat der Internationale Währungsfonds die viermalige Abwertung des Zaire um insgesamt 50% durchgesetzt. Zu Spottpreisen holen sich inzwischen die Imperialisten das Kupfer und die anderen Bodenschätze Zaires; ins Unermeßliche steigen umgekehrt die Schulden des Landes, ins Unermeßliche die Preise vor allem der Nahrungsmittel, die Zaire aus den imperialistischen Ländern zu importieren gezwungen ist. Ein Hähnchen etwa, für das ein zairischer Arbeiter im Herbst einen Tageslohn aufbringen mußte, kostet ihn heute fast zwei. In Kinshasa haben in der vergangenen Woche mehrere Tausend gegen die Preissteigerungen demonstriert. Das zairische Parlament hat den vom IWF diktierten Haushaltsplan abgelehnt und die Revision aller mit ausländischen Bergwerksgesellschaften geschlossenen Verträge gefordert. Von wegen „Aufbau der zairischen Armee".

Wer nicht mehr Jungfrau ist, wird wieder abgeschoben

z.rül.London. Die britischen Imperialisten beuten derzeit 1,7 Mio. ausländische Arbeiter vor allem aus dem Commonwealth aus. Um diese Arbeiter billig und rund um die Uhr ausbeuten und wieder abschieben zu können, verhindert die britische Regierung durch Jahre andauernde bürokratische Verfahren die Einreise der Frauen und Angehörigen dieser Arbeiter. Nur 32300 von ihnen gelang 1975 noch die Einreise, bei insgesamt 34000 Einwanderern.

Der IWF hält die Lage in Polen für reif

Die Früchte der Ausbeutung der polnischen Arbeiter sollen nicht mehr nur an die neuen Zaren gehen

z.mih. „Es ist eine offensichtliche Tatsache, daß die Bedingungen in der letzten Phase des laufenden Fünfjahrplans nicht nur schwieriger sind als vor einigen Jahren, sondern daß sie auch von den Voraussetzungen abweichen, an die man sich hielt, als der Plan erarbeitet wurde. Die Bedingungen, unter denen die Wirtschaft Polens wirkt, setzen sich aus verschiedenen Faktoren zusammen ...: (1.) Schwierigkeiten auf den Weltmärkten, die weitgehend mit dem anhaltenden Konjunkturrückgang in den kapitalistischen Ländern verbunden sind. Hierzu kommt die protektionistische Politik, die von diesen Ländern geführt wird. (2.) Die Notwendigkeit, Mittel für die Zahlung der Verpflichtungen dem Ausland gegenüber herauszuwirtschaften. Wegen der Nichterfüllung der Exportpläne muß der Import eingeschränkt werden. (3.) Die schlechte Witterung, die seit einigen Jahren die Entwicklungsmöglichkeit der landwirtschaftlichen Produktion ungünstig beeinflußt. (4.) Große Schwierigkeiten, die die Energiewirtschaft sowie der Transport, besonders der Eisenbahntransport, zu bewältigen haben. (5.) Der sich bemerkbar machende Rückgang im Wachstum der Arbeitskräfte. Die genannten Faktoren sind Folgen objektiver, von uns vollkommen unabhängiger Umstände ..." (Bericht über eine Rede Giereks auf einer ZK-Tagung der PVAP, Zycie Warszawy, 30.12.78)

Den Großteil dieser Faktoren verdankt Polen den Sozialimperialisten, unter deren gierigem Diktat über die „Zusammenlegung der Ressourcen" und „Koordinierung der Volkswirtschaftspläne" Polen als „Spezialist" jedes Jahr eine wachsende Zahl von Bau-, Straßenbau- und Bergbaumaschinen, Präzisionslager, Eisenbahnwagen, Werkzeugmaschinen, Schiffe (85% der gesamten Produktion) und Schiffsmotoren, Textilien und Nahrungsmittel an sie abliefert. Polens Export in die UdSSR betrug 1977 3,85 Mrd. $ (1976: 3,3 Mrd. $). Der Import aus der UdSSR betrug 1977 4,28 Mrd. $ (1976: 3,69 Mrd. $). Die Erdgas- und Erdöllieferungen sind der Hauptteil des sowjetischen Exports, und zugleich der entscheidende Hebel der neuen Zaren, Polen in die Schuldknechtschaft zu zwingen. Zur Sicherung der „günstigen" Preise und zur Deckung des wachsenden Energiebedarfs muß Polen zusätzlich bis 1990 1,7 Mrd. $ zur „gemeinsamen" Erschließung und Förderung sowjetischer Erdöl- und Erdgasfelder „investieren".

Zur notwendigen Ausweitung des Exports in Länder außerhalb des RGW, um nicht an den Tributzahlungen für die Sozialimperialisten zu verbluten, setzt Polen seit 1970 alles daran, die Qualität der Waren zu heben und die Wirtschaft mit westlicher Technologie zu modernisieren. Das ist nur mit Krediten aus dem Westen möglich gewesen. Heute steht Polen mit 16 Mrd. $ bei westlichen Banken in der Kreide. Bis 1975 war die Höhe der Westkredite auf 7 Mrd. $ angewachsen. Davon fielen 55% auf die Einfuhr von Investitionsgütern, 30% auf Rohstoffe und Produktionsmaterialien, 14,5% auf Konsumgüter und 10,7% auf Lebensmittel und Agrarprodukte.

Danach folgte eine lange Kette von Großkrediten, u.a.: *März '76* – 700 Mio. $ von der Lloyds Bank International (England)
April '76 – 200 Mio. Schilling von Österreich und 1 Mrd. bfr. aus Brüssel
Mai '76 – 140 Mio. $ vom Euromarkt
Januar '77 – Aufstockung einer 30 Mio.-$-Anleihe auf 35 Mio. $, ebenfalls vom Euromarkt
August '77 – 2 Mrd. DM von westdeutschen Banken für die Lieferung westdeutscher Ausrüstung für die Vergasung von Kohle und die chemische Verarbeitung von Gas, Bürgschaft der Bundesregierung dafür beträgt 2,5 Mrd. DM
Dezember '77 – 150 Mio. $ vom US-Landwirtschaftsministerium für Getreide und Sojabohnen
Anfang '78 – 250 Mio. $ vom Eurodollarmarkt
Mai '78 – 300 Mio. $ aus Italien und ein Vertrag über die Lieferung 20 italienischer Schiffe im Wert von 400 Mio. $, Polen liefert dafür 40000 t Kupfer und 6 Mio. t Kohle.

Ein 300 Mio.- und ein 1,5 Mrd. Eurodollar-Kredit an Polen ist abgelehnt bzw. noch nicht bewilligt. In den Verhandlungen mit „City Corp." um einen 500 Mio.-$-Kredit hat sich Polen verpflichtet, die geforderten Daten über die Wirtschaftslage zu liefern. Der IWF hat seinen Besuch angekündigt, um nach seinen Bedingungen über die Vergabe neuer Kredite zu verhandeln.

Während die Sowjetunion und die beiden COMECON-Banken ihre alten Kredite zurückzahlen und neue zu günstigeren Bedingungen aufnehmen, verteuert sich für Polen die Rückzahlung ständig. Die übliche Verzinsung von 6% wurde für Polen auf 7 3/4% hochgeschraubt. Neben den Großkrediten müssen zunehmend „Kleinkredite" zur laufenden Schuldentilgung aufgenommen werden. Zusätzlich sind die europäischen Imperialisten und federführend die westdeutschen dazu übergegangen, die Importe Polens über die Festlegung der Lieferkontingente zu beschränken. Als weitere Maßnahme zur Schuldentilgung über die gemeinsame Produktion soll die „grundlegende Direktive" der polnischen Organisation für Außenhandel in den Jahren 1976 – 1980, die „Schaffung großer starker Außenhandelsunternehmen", verwirklicht werden. Sie sollen die Form von Gesellschaften mit gemischtem Kapital zusammen mit westlichen Imperialisten haben. Über diese Kooperation in Drittländern wird seit längerem über direkten Kapitalexport mit weitgehender Gewinnbeteiligung verhandelt. Geklärt werden soll dazu noch die Höhe der Gewinnbeteiligung und deren Um- bzw. Berechnung.

Die Einschränkung der Einfuhren Polens zum Ausgleich der Handelsbilanz reichen nicht aus, um der riesigen Schuldenlast sowohl bei den Sozialimperialisten als auch bei den westlichen Imperialisten Herr zu werden. Die polnischen Arbeiter und Bauern sollen den Karren aus dem Dreck ziehen. Edward Gierek, Erster Sekretär des ZK der PVAP, hat die Wirtschaftskader in Industrie und Landwirtschaft zur eisernen Disziplin aufgerufen, auch unter diesen schwierigen Bedingungen das Letzte zu geben, auf die Hebung der Arbeitsdiziplin zu achten, die Fehlzeiten zu beseitigen und den Arbeitern und Bauern immer wieder klarzumachen, daß die Hebung der Arbeits- und Lebensqualität nur über mehr Arbeit zu erreichen ist. Offen wird in der polnischen Presse diskutiert, ob das Tabu der Arbeitslosigkeit nicht beseitigt werden solle. Der Erfolg der westdeutschen Wirtschaft und der Fleiß der Arbeiter sei trotz bzw. wegen Arbeitslosigkeit unübersehbar. Rohstoffe, vor allem Erdöl, sollen sparsam genutzt werden. Die kleinen Bauern sollen großen landwirtschaftlichen Gütern weichen.

Gleichzeitig kündigt sich über die Erhöhung der Treibstoffpreise, ein Zloty je Liter mehr, und die Erhöhung der Taxipreise, 2 Zloty am Tag und 3 des Nachts mehr, ein neuer Anlauf an, über Preiserhöhungen den Lohn zu senken. Es wird zu harten Kämpfen kommen müssen. Die neue Bourgeoisie Polens wird alles tun, sie dieses Mal durchzusetzen. 1970 haben blutige Streiks der polnischen Arbeiterklasse die 20%ige Preiserhöhung samt dem verantwortlichen ehemaligen Regierungschef Gomulka zu Fall gebracht. 1976 mußten die Erhöhungen der Lebensmittelpreise um durchschnittlich 70% nach harten Kämpfen zurückgenommen werden.

Voller Hoffnung schicken die westlichen Imperialisten ihren Papst nach Polen, damit er sein Schärflein beiträgt, den Volksmassen das Fell über die Ohren zu ziehen. Auf diesen Beitrag eingeschränkt ist der Papst auch für die polnischen Revisionisten willkommen. Das Fell allerdings wollen sie schon selber behalten. Doch kein kirchliches Gewäsch kann die Erfahrungen aus den Köpfen waschen, daß die Devise: Alles für den Export! Verelendung für die Volksmassen bedeutet.

$ (1976: 3,69 Mrd. $). Die Erdgas- und ein Vertrag über die Lieferung 20 ita- Imperialisten Herr zu werden. Die pol-



Streikberatung auf der Warski-Werft in Szczecin 1970. Gegen eine 20%ige generelle Preiserhöhung fanden im Dezember 1970 in ganz Polen große Kämpfe statt. Die Preiserhöhung mußte zurückgenommen werden und Parteiführer Gomulka gehen.

Mongolische Volksrepublik: Wirtschaftlich abhängig von der SU – Militärlager gegen die VR China

z.the. Immer schärfer wird die Ausbeutung und Ausplünderung der Mongolischen Volksrepublik durch die Sozialimperialisten: Das mongolische Handelsvolumen mit der Sowjetunion betrug 1977 676 Mio. Rubel, im 1. Halbjahr 1978 344,5 Mio. Rubel. Die mongolische Handelsbilanz mit der Sowjetunion weist ein riesiges Defizit auf: Importen aus der Sowjetunion von 381,1 Mio. Rubel stehen Exporte in die Sowjetunion von lediglich 26,4 Mio. Rubel gegenüber.

Durch Handelsverträge gebunden, muß die Mongolei die Hälfte des jährlichen Viehankaufs der mongolischen Regierung zu einem Spottpreis an die Sozialimperialisten liefern und zudem die sowjetischen „Experten", die z.B.
Sozialimperialisten liefern und zudem die sowjetischen „Experten", die z.B.
die Kraftwerke und die Kohleindustrie leiten, mit Fleisch versorgen; die Menge macht etwa ein Viertel des auf dem inländischen Markt der Mongolei gelieferten Fleisches aus. Der gesamte in der Mongolei abgebaute Flußspat wird in die Sowjetunion geliefert, ebenso der größte Teil des mongolischen Wolframerzes. In einem langfristigen Abkommen mußte sich die Mongolei verpflichten, den dort geförderten Flußspat zehn Jahre lang ausschließlich in die SU zu liefern. Über die direkte Kontrolle der Ministerien der Mongolei, – 1978 mußten 55 mongolische Ministerien und Abteilungen ihre Pläne mit sowjetischen „Beratern" abstimmen – hat die SU erzwungen, daß der mongolische Jahresplan für 1978 direkt ihren räuberischen Bedürfnissen entsprach: Flußspat, Kupfer, Molybdän, Wolfram wurden verstärkt gefördert. Diese Rohstoffe kauft die Sowjetunion unter Weltmarktpreis und verbietet der Mongolei, sie an den zu verkaufen, der höhere Preise dafür zahlen wollte.

Neben den Rohstoffen läßt sich die SU vor allem landwirtschaftliche Produkte liefern wie Wolle, Fleisch u.a. Sie läßt sie weiterverarbeiten und exportiert sie wieder in die Mongolei als Wollstoffe, Lederwaren, Fleischkonserven. Um die Ausplünderung der Rohstoffe und der landwirtschaftlichen Produkte zu beschleunigen, haben die Sozialimperialisten Industrieanlagen in der Mongolei errichtet und „multinationale Gesellschaften" unter ihrem Vorsitz gegründet. Über 90% der Maschinen und Anlagen, 100% der Traktoren, Landmaschinen, Maschinen für die Viehwirtschaft und Brennstoffe, 70% der Gebrauchsartikel muß die Mongolei aus der SU importieren.
Die VR Mongolei versucht sich aus die- ser Umklammerung zu lösen, mit In-
Die VR Mongolei versucht sich aus dieser Umklammerung zu lösen, mit Indien und Japan wurde der Handel im vergangenen Jahr gesteigert.

Gleichzeitig baut die Sowjetunion die Mongolei immer mehr als ihr Militärlager gegen die VR China aus. Als sich im August der 1. Sekretär der Mongolischen Volksrevolutionären Partei Tsedenbal mit Breshnew traf, ging es sowohl um die wirtschaftliche Entwicklung der Mongolei bis 1990 als auch um die „Unterstützung Vietnams gegen den chinesischen Hegemonismus". Bereits im Juli hatte der mongolische Verteidigungsminister Batyn Dorj in einer Ansprache an die Garnison von Ulan-Bator (Hauptstadt) erklärt: „Wir müssen beständig die Verteidigungskraft unseres Landes stärken und die dazu notwendigen Maßnahmen ergreifen". Und: „Die mongolischen Streitkräfte müssen ihre Kampfkooperation mit der sowjetischen Armee und den Armeen der sozialistischen Bruderländer verstärken."

Um die ausländischen Arbeiter weiter zu demütigen und zu bespitzeln, die Einwandererzahl zu senken und um zu verhindern, daß z.B. die Frauen der Arbeiter als „Verlobte" britischer Staatsangehöriger einwandern, führen die Einwanderungsbehörden seit Jahren Tests durch: Seuchentests, Schwangerschaftstests, Röntgenaufnahmen zur Kontrolle der Altersangabe sowie gynäkologische Untersuchungen auf Jungfräulichkeit. Das ganze findet statt teils in London, vor allem aber in den Botschaften in Indien, Pakistan, Bangladesh. Wer angibt, verlobt zu sein, dann aber in der Untersuchung sich nicht als Jungfrau herausstellt, wird sofort wieder abgeschoben. Das ist jetzt aufgeflogen. Callaghan hat sich daraufhin „bestürzt" gegeben und eine Untersuchung der Einwanderungsbehörden angekündigt, um deren Arbeit zu „beschleunigen" und zu „effektivieren". Die indische Regierung hat die sofortige Einstellung dieser unverschämten Schikanen gefordert.

„Gerechte Miete": 200000 Zwangsräumungen geplant

z.ulg.Rom. Um durchschnittlich 35% sind die Mieten in Italien durch das im letzten Juli verabschiedete Gesetz über die „gerechte Miete" erhöht worden. Doch neue Wohnungen sind selbst zu diesen Mieten für die Familien des Volkes nicht zu kriegen. Um höhere Mieten abzupressen, lassen die hausbesitzenden Kapitalisten z.B. gleich bei Abschluß des Mietvertrags im voraus eine Kündigungserklärung unterschreiben. Klagt der Mieter dann, wird ihm seine eigene Kündigung vorgehalten. Mit einem direkt vor ihrem Rücktritt von der Andreotti-Regierung noch verabschiedeten Dekret soll jetzt noch zusätzliche „Bewegung" in den Wohnungsmarkt gebracht werden, um die Vertreibung der Volksmassen aus den Stadtzentren zu beschleunigen. Seit 1973 hatte die Regierung unter dem Druck zahlreicher Streiks und Hausbesetzungen alle richterlichen Räumungsbefehle außer Vollzug setzen müssen. Jetzt sollen die Räumkommandos anrücken. Nach dem neuen Dekret sollen bis Ende April 80% der etwa 200000 rechtskräftigen Räumungsbefehle, bis Mitte nächsten Jahres der Rest durchgeführt werden. Allein in Rom und Mailand stehen je etwa 10000 Zwangsräumungen an. Der den Gewerkschaften angeschlossene Mieterverband Sunia hat begonnen, den Widerstand dagegen zu organisieren. Wo die Polizei zur Zwangsräumung anrückt, versammeln sich die Massen aus dem Stadtteil vor dem Haus. Der römische Vorsitzende des Mieterverbandes hat weitere Hausbesetzungen angekündigt, wenn die Räumungen wirklich durchgeführt werden. Eine Liste seit langem unvermieteter Wohnungen liegt schon bereit.

Umsetzung von Siedlerstoßtrupps nach Bolivien gescheitert

z.hku. Der bolivianische Außenminister hat alle Absichten zur Ansiedlung weißer Kolonisten aus dem südlichen Afrika zurückgewiesen. Die britischen und westdeutschen Imperialisten haben den Plan verfolgt und finanziert, einen Teil der vom Befreiungskampf gebeutelten Siedlertruppe in Bolivien wieder einzusetzen. Die Ansiedlung auf geraubtem Boden sollte der Verewigung der Ausplünderung und der Zerschlagung der revolutionären Bewegung unter den Bauern und der Landarmut dienen. Im Bericht eines südafrikanischen Vorauskommandos heißt es, „die eingeborene Bevölkerung sei recht anspruchslos und zum Arbeiten durchaus zu gebrauchen. Leider seien die Indianer körperlich schwächer als die Neger". – Die Kämpfe der bolivianischen Volksmassen haben die Bildung der neuen Regierung erzwungen, die einen Kurs größerer Unabhängigkeit gegenüber den Imperialisten und dem IWF verfolgt. So ist der Kauf eines Zinn-Hüttenwerkes bei Klöckner zurückgestellt worden wegen unverschämter Preiserhöhungsklauseln und unerprobter Technik; auf der Januartagung des Internationalen Zinnrates ist Bolivien bei harter Kritik an den USA für eine Zinnpreiserhöhung eingetreten. Am 18.1. haben 40000 in La Paz für die Rechte der Arbeiter, den Abzug des Militärs aus den Bergwerken und die Auflösung des Zwangspaktes der Bauern mit dem Militär demonstriert.

Jugoslawien dehnt seine Hoheitsgewässer aus

z.lik. Die jugoslawische Regierung hat im Januar die Ausdehnung der Küstengewässer von 10 auf 12 Seemeilen verfügt. Diese Maßnahme hat Jugoslawien ergriffen, um seine Meeresschätze zu sichern und vor allem die Landesverteidigung zu stärken gegen fortgesetzte Aggressionsakte der Imperialisten, besonders der Supermächte. Gemeinsam mit den blockfreien Ländern setzt sich Jugoslawien konsequent dafür ein, den Mittelmeerraum zur Zone des Friedens zu erklären. Wegen der verschärften Lage im Nahen Osten und in Afrika und der ständig anwachsenden Kriegsflotte der Supermächte im Mittelmeer betont Jugoslawien die Notwenidgkeit der kontinuierlichen Seeabwehr. Mit seiner modernen Kriegsflotte schützt Jugoslawien seine „Heimat vor indirekt auftretenden Hegemoniestrategien". In Zusammenarbeit mit den Anrainerstaaten des Mittelmeeres geht Jugoslawien daran, praktische Schritte für eine Friedensregion zu ergreifen. Im Januar fanden Gespräche zwischen der jugoslawischen und der italienischen Regierung statt über die Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen. In einem gemeinsamen Kommunique drückten die beiden Regierungen ihre Besorgnis aus über die Kriegsvorbereitungen und Drohungen der Imperialisten gegen die Unabhängigkeit und Souveränität der Mittelmeerländer und vereinbarten die Verstärkung ihrer Kooperation.

Von wegen „Europa der Arbeitnehmer“!

Ein grandioses Zuchthaus für die Arbeiterklasse im Bau – Europawahlprogramme

Geschichtsklitterung

z.hev. Keine der bürgerlichen Parteien läßt es sich nehmen, die Geschichte als Kronzeugen ihrer friedlichen Bemühungen für die Einigung Europas anzuführen. Für die FDP ist es „ein Neu-Überdenken der Rolle des Nationalstaates im Lichte der heutigen Erfordernisse und Zwänge“, die CDU sieht „die Gemeinsamkeit unserer Werte“, die CSU „Europa auf dem Boden einer großen und reichen christlich-abendländischen Überlieferung“, und die SPD war schon immer „gegen jede Form des nationalen Imperialismus oder des imperialistischen Zusammenwirkens von Staaten“. Honigsüß trieft der Geifer in Erwartung der europäischen Beute, die die westdeutschen Imperialisten nach fast hundertjährigem Bemühen nun endlich hoffen einkassieren zu können.

In Friedrich Naumanns Schrift „Ideal der Freiheit“ von 1908, des Mitbegründers der (liberalen) Fortschrittlichen Volkspartei, finden sich bezeichnende Gedankengänge über „die Rolle des Nationalstaats“, die wir so offen heute von Liberalen nicht mehr zu hören bekommen: „Die Geschichte lehrt, daß der Gesamtfortschritt der Kultur gar nicht anders möglich ist als durch Zerbrechung der nationalen Freiheit kleiner Völker“. Naumann war ein „Kämpfer für Europa“, ein Liberaler, der seinen Geist von den gleichen imperialistischen Träumen beflügeln ließ wie heute Genscher und Konsorten. 1915, mitten im Ersten Weltkrieg, sah er dieses Europa vor sich: „Die Souveränität, das heißt die Freiheit der weltgeschichtlichen Erschließung, hat sich an ganz wenigen Stellen auf der Erdkugel gesammelt. Noch ist der Tag fern, wo ‚eine Herde und ein Hirt‘ sein wird, aber die Tage sind vorbei, wo zahllose kleine und mittelgroße Hirten ihre Herden ungeregelt über die Triften Europas trieben.“ Man denke „in Erdteilen“ und „im Geist des Großbetriebes“. Na bitte. „Der Zwang zum Großbetrieb“ heißt heute: „der Rahmen ist zu eng geworden“ und statt Unterdrückung kleiner Nationen heißt das jetzt: „Europa der Bürger“.

Über den Zweck der Europastrategien läßt Hermann Josef Abs 1940, damals Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, keinen Zweifel aufkommen: „Die Auswahl der richtigen Zielländer seiner aktiven Kapitalpolitik bietet heute für Deutschland keinerlei Schwierigkeiten. Vor 1914 hat die deutsche Kapitalausfuhr die ganze Welt zu ihrem Operationsgebiet gemacht, der Bogen wurde bis in das fernste Asien und Südamerika gespannt. Heute bietet der europäische Raum unserer politischen Einflußsphäre reiche und lohnende Möglichkeiten, um den Rahmen unserer Leistungsfähigkeit zu füllen“. Heute hat das westdeutsche Kapital wieder die ganze Welt zu seinem Operationsgebiet gemacht und schickt sich an, die Vorherrschaft in Europa zu erringen. Je nach strategischer Weltlage hat sich die Richtung der Expansionsbestrebungen gewandelt, und es gibt kein europäisches Land, das nicht im Verlauf der letzten hundert Jahre von den deutschen Imperialisten in ihre Annexionsstrategien einbezogen worden ist. Diese haben sich in „wissenschaftlichen Abhandlungen“, etwa eines Professors Ferdinand Friedensburg 1938, oder in den verschiedenen Denkschriften über die Kriegsziele im Ersten oder Zweiten Weltkrieg, meist verfaßt von den Führern der größten deutschen Konzerne, niedergeschlagen. Nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg blieb den westdeutschen Imperialisten zunächst einmal nichts anderes übrig als in Frieden zu machen, und heute sagt die Bundesregierung in einer Werbebroschüre zur Europawahl, daß „der Wunsch nach Frieden“ bei der Gründung der EG „Pate gestanden“ habe.

Beim Gedenken an die „christlich-abendländischen Traditionen“ darf der Reichsaußenminister von 1922 und vormaliges Vorstandsmitglied der AEG Walther Rathenau nicht fehlen. Schon vor dem Ersten Weltkrieg wollte er eine europäische Wirtschaftsunion, danach forderte er eine „Versittlichung der Wirtschaft“. „Die industrielle Zukunft gehört der schöpferischen Technik, und schöpferisch kann sie sich nur da betätigen, wo sie unter frischen Zuströmen menschlicher und wirtschaftlicher Kräfte sich dauernd im Wachstum erneuert. So wie die einst vorbildliche Maschinenindustrie der Schweiz die Führung an die Länder des größeren Konsums abtreten mußte, so folgen heute zahlreiche Industrien der deutschen Vormacht; aber wir werden dieser Erbschaften nicht froh; auch uns wäre es besser, wenn wir manche Naturkraft, manche begünstigte Produktionsstätte und manchen unerschlossenen Verbraucherkreis unserer Nachbarschaft in das Netz einer allgemeinen Wirtschaft einbeziehen dürften“ (1913).

Diese Vision hatten auch die Führer der Sozialdemokratie, die am 4. August 1914 den Kriegskrediten der deutschen Imperialisten zugestimmt haben,

deutsche Kapitalausfuhr die ganze
schen Imperialisten zugestimmt haben,

allen voran Dr. Südekum, Heilmann, Kautsky, Haase, Scheidemann, David und Bernstein. Ernst Heilmann am 1. August 1914: „Aber die Arbeit für den Völkerfrieden ruht jetzt. Andere Sorgen drängen. Uns alle beherrscht jetzt nur die eine Frage: Wollen wir siegen? Und unsere Antwort lautet: Ja! ... Man hat uns geächtet und verfolgt und als vaterlandslose Gesellen hingestellt, während wir im heißesten und ehrlichsten Bemühen das Wohl Deutschlands anstrebten“. Heute behauptet die SPD, immer entschieden „gegen jede Form des nationalen Imperialismus“ gewesen zu sein. Keine Lüge ist zu plump, um aus einem imperialistischen Bündnis ein „Europa der Arbeitnehmer“ zu machen.

Helmut Schmidts „Modell Deutschland“ für Europa

z.haj. „Diese Wahl wird entscheiden, wie die politischen Kräfte in diesem Parlament und in der europäischen Politik in den nächsten Jahren verteilt sein werden ...“: so die Rolle, die eine der zig Propaganda-Broschüren von Regierung und EG-Behörden dem für den 7.-10. Juni angesetzten Wahlen zum „Europa-Parlament“ zuschreibt.

Tatsache dagegen ist: Noch nicht einmal die gewöhnliche Aufgabe des Parlaments im Rahmen der bürgerlichen Demokratie ist diesem „Europa-Parlament“ zugedacht. Die zu wählenden Abgeordneten haben keinerlei Kompetenz, Gesetze zu beschließen. So stehen sie frei von der Verantwortung, die die Bourgeoisie dem Abgeordneten ansonsten aufzuladen pflegt, und haben bloß eine einzige Aufgabe: den „europäischen Gedanken“ zu repräsentieren.

So zeichnet sich bereits jetzt ab, daß der Hauptzweck der in 4 Monaten stattfindenden „einzigartigen Wahl“ für die verschiedenen staatlich organisierten Imperialistengruppen in der EG darin besteht, die von ihnen ausgebeuteten und unterdrückten Klassen jeweils für die Durchsetzung ihrer imperialistischen Interessen ins Feld zu führen. Weil die Grundlagen für die „Verteilung der politischen Kräfte in der europäischen Politik“, der Umfang und die Ausdehnung der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital, den BRD-Imperialismus innerhalb der „Neun“ das größere Gewicht geben, gibt es in der Vorbereitung dieser Wahlen nicht bloß krachende Widersprüche in endlosen Ministerratsverhandlungen über das „Europäische Währungssystem“, die Agrarpreise oder Fischereiabkommen.

Helmut Schmidt als Geschäftsführer der westdeutschen Imperialisten mahnt die Politiker der westdeutschen Bourgeoisie zu Vorsicht: „Wir Deutschen, ... ohnehin eine ‚verspätete Nation‘, haben dank Hitler heute keine unbeschädigte nationale Identität... Insofern braucht Deutschland die Gemeinschaft, braucht Deutschland Europa mehr... Gerade deshalb wollen und dürfen wir Deutschen keineswegs zum Schrittmacher oder gar zum Einpeitscher Europas werden..., verbietet sich deutsche Naivität im europäischen Fortschritt“. Denn die Interessenlage der westdeutschen Imperialisten erfordert die Ausdehnung der strategischen Basis und des direkten Einflußbereichs, um nicht zwischen den beiden imperialistischen Supermächten im Kampf um die Weltherrschaft zerrieben zu werden. Die sozialdemokratische Vorstellung dieser imperialistischen Interessen propagiert Helmut Schmidt als „Großmacht des Friedens“: „In der schwierigen Lage ... gibt uns die Europäische Gemeinschaft politische Sicherheit vor Druck, auch vor Bedrohung ..., gibt Europa zugleich eine mittlere Rolle, eine vermittelnde Rolle zwischen den beiden Supermächten ..., ermöglicht uns Verständigung mit Osteuropa, ... schafft auch ein politisch und wirtschaftlich besseres Gleichgewicht innerhalb der Nordatlantischen Gemeinschaft.“

Die „verspätete Nation“, die sich gegenüber dem „Druck von außen“, also der imperialistischen Konkurrenz, zu behaupten habe, ist dazu bereits zweimal in diesem Jahrhundert von den deutschen Imperialisten aufgerufen worden: für „einen Platz an der Sonne“ unter dem Kaiser Wilhelm, als



Vom „Europa der Grenzen“ zum „Europa der Bürger“: Aus einer Werbebroschüre der EG-Kommission.

Auszüge aus den Europawahlprogrammen von SPD, CDU, FDP

Der Rahmen ist zu eng geworden

Programm für Europa – Europäische liberale Demokraten

Brüsseler Kongreß, November 1977

Eine der tiefgreifendsten Veränderungen betrifft die Stellung des Nationalstaats in Europa. Im Laufe der zwei Weltkriege, die auch europäische Bürgerkriege waren, wurde Europa, das bis dahin das Hauptzentrum der politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Macht der Welt gewesen war, zu einer befestigten und geteilten Region, die einen großen Teil des früheren Einflusses verloren hatte. Für die einzelnen Staaten Westeuropas lag die Zukunft eindeutig in einem gemeinsamen Vorgehen in gemeinsamem Interesse. Der erste Schritt in dieser Richtung wurde mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft getan, an der die Liberalen maßgeblichen Anteil hatten ... Für uns, die europäischen Liberalen und Demokraten, bedeutet die europäische Einigung mehr als nur Abmachungen zwischen nationalen Regierungen in Bereichen, in denen gemeinsame Interessen vorhanden sind. Für uns impliziert sie ein Neu-Überdenken der Rolle des Nationalstaates im Lichte der heutigen Erfordernisse und Zwänge. Sie bedeutet einen Zusammenschluß der Völker wie auch der Staaten.

Die „europäische Idee“ – ein Kind des Imperialismus

Europäisches Manifest der Christlich Demokratischen Union Deutschlands 24. Parteitag der CDU – Europaparteitag

Europa ist ein Kontinent größter Vielfalt, aber auch tragfähiger Gemeinsamkeiten. Wir Europäer haben eine gemeinsame Geschichte. Eine gemeinsame Kultur und eine gemeinsame Zivilisation. Unsere wichtigste Gemeinsamkeit ist jedoch die Gemeinsamkeit unserer Werte, die wir in jahrhundertelangen Auseinandersetzungen durchgesetzt und immer wieder gegen alle Angriffe verteidigt haben. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität stehen heute für europäisches Denken und den europäischen Geist schlechthin. Wo diese Werte bedroht werden, wird Europa bedroht; wo sie unterdrückt werden, wird Europa unterdrückt.

Grundsatzprogramm der CDU-Europa 26. Bundesparteitag, Ludwigshafen 23.-25. Oktober 1978

Europa ist mehr als ein geographischer Begriff. Die Grundwerte der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind auf dem geistigen und politischen Boden Europas gewachsen. Die Gemeinsamkeiten der Überlieferung und der Zukunftsaufgaben sind größer als das, was die europäischen Völker heute noch voneinander trennt.

„Erlanger Manifest“

Zukunft in Freiheit – Nein zum Sozialismus

Thesen der CSU: Bayern – Deutschland – Europa

Die CSU sieht, in Übereinstimmung mit ihrem Grundsatzprogramm, Europa auf dem Boden einer großen und reichen christlich-abendländischen Überlieferung. Wir bekennen uns zur europäischen Geschichte mit ihren Höhen und Tiefen, wir treten dafür ein, daß unserer Jugend in Erziehung und Bildung europäisches Geschichtsbewußtsein vermittelt und geschichtsbewußtes europäisches Denken in den Mittelpunkt der politischen Bildungsarbeit gestellt wird ...

Für die CSU ist Europa mehr als die Europäische Gemeinschaft. Die freien Völker im Westen unseres Kontinents gehören ebenso dazu wie die ihrer Freiheit beraubten Völker und Volksgruppen im Osten und Südosten. *Die CSU wertet Europa als das in Jahrtausenden gewachsene Stammland der Menschenrechte!*

Für die Arbeiterklasse ein bürgerliches Potpourri

Soziale Demokratie für Europa Programm der SPD Europaparteitag in Köln, 10.12.1978

Freiheitsrechte für alle Menschen – Es war die Arbeiterbewegung, die in Europa die Ideen der Aufklärung und des Humanismus weiterentwickelt und zu allen Menschen, auch den Schwachen und Armen, gebracht hat. Die rücksichtslose Ausbeutung der Arbeiter im 19. Jahrhundert provozierte die radikale Gesellschaftskritik von Karl Marx, der das Fehlen der Freiheit und der Gerechtigkeit in der Wirtschaft in das Zentrum seines politischen Denkens rückte.

Ferdinand Lassalle hat die Arbeiter aufgefordert, ihr politisches Schicksal selber zu gestalten, als erkennbar wurde, daß der Konservatismus und der Liberalismus die Freiheit zum Privileg der Reichen degradieren.

Zu den Grundwerten des demokratischen Sozialismus in Europa gehören von Anfang an die Prinzipien der Demokratie und der internationalen Solidarität. Die europäische Sozialdemokratie und ihre Organisationen entstanden aus Protest, als eine Widerstands- und Selbsthilfebewegung der Arbeiter gegen die Unmenschlichkeit des Kapitalismus und Nationalismus. Eben weil diese Entwicklung nicht auf ein Land beschränkt war, war die internationale Solidarität und die gemeinsame Aktion die notwendige Antwort der Unterdrückten und Benachteiligten. Der Kampf um eine gerechte, demokratische und solidarische internationale Friedensordnung gehört deshalb zu den Zielen der europäischen Sozialdemokratie, was ihr jahrzehntelang den Vorwurf der „vaterlandslosen Gesellen“ einbrachte ...

Entschieden wandten sich die Sozialdemokraten gegen jede Form des nationalen Imperialismus oder des imperialistischen Zusammenwirkens von Staaten ... Der demokratische Sozialismus hat in seiner Geschichte immer auf dem humanen Wert des Christentums, der persönlichen Freiheit, den human-liberalen Werten der Aufklärung aufgebaut ... Die erste Direktwahl des europäischen Parlaments ist für den demokratischen Sozialismus ein überfälliger historischer Schritt. Im Europa der Neuzeit sind August Bebel und Jean Jaurès die ersten Zeugen einer bewußt völkerversöhnenden Politik. Die Selbstzerfleischung der europäischen Völker im ersten Weltkrieg ließ die SPD 1925 in ihrem Heidelberger Programm die Vereinigten Staaten von Europa fordern. Auch während des Widerstandskampfes gegen Faschismus und Nationalsozialismus haben sich die Sozialdemokraten von diesem Ziel nicht abbringen lassen.

„Europa-Programm“ der SPD:

„Für eine Gemeinschaft der Vollbeschäftigung“:

Globalsteuerung allein reicht zur Lösung der derzeitigen und bevorstehenden wirtschaftlichen Probleme nicht aus. Zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung müssen daher in den Mitgliedsstaaten weitere Strategien sozialdemokratischer Beschäftigungspolitik verfolgt und aufeinander abgestimmt werden: insbesondere eine vorausschauende Strukturpolitik für Vollbeschäftigung und humanes Wachstum; Arbeitsmarktpolitik, vor allem Arbeitszeitpolitik; verteilungspolitische Maßnahmen zugunsten der unteren Einkommensgruppen. Eine beschäftigungsorientierte Strukturpolitik kann nur betrieben werden, wenn Art, Umfang und Zeitabfolge geplanter Investitionen durchsichtig sind ...

Die investierenden Unternehmen haben bei der EG-Kommission Investitionen anzumelden, die einen bestimmten Umfang überschreiten. Damit werden die Erfahrungen des Montanvertrages auf alle Wirtschaftszweige übertragen.

„Volk ohne Raum“ unter der Herrschaft des Faschismus. Die Sozialdemokraten unter Helmut Schmidts Führung entsprechen diesen Interessen der westdeutschen Imperialisten mit der Forderung: „Mehr Rechte für Europa“.

Die „Europa-Wahlen“ in vier Monaten sind von den westdeutschen Imperialisten als Sammelpunkt des imperialistischen Kreuzzuges im dritten Anlauf konzipiert, um ihren imperialistischen Profitansprüchen die erforderliche Basis und Weltgeltung verschaffen zu können. Der „Europa-Gedanke“ ist Banner dieses Kreuzzuges für den Vorherrschaftsanspruch der westdeutschen Imperialisten gegenüber den „EG-Partnern“, die Europa-Wahlen sind politische Demonstration dieses imperialistischen Machtanspruchs in Westeuropa und stärken die Hoffnung der westdeutschen Bourgeoisie, die Arbeiter in der BRD sozialchauvinistisch für diese Vorherrschaftspläne in Bewegung setzen zu können, wenn auch vorerst bloß mittels des Stimmzettels und bis zur Urne.

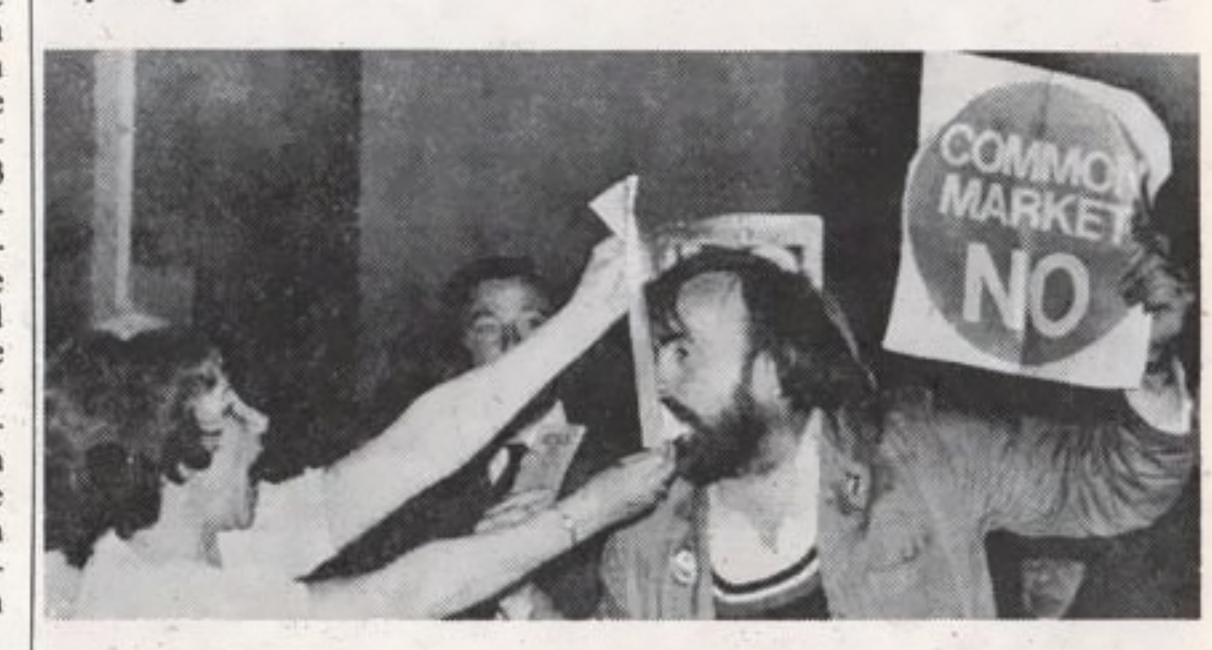
„Wir Sozialdemokraten werden in diesem europäischen Wahlkampf eine Gemeinschaft der Arbeitnehmer verlangen“, erklärt Helmut Schmidt. Unterwerfung der Arbeiter in Westeuropa unter die Zuchthausordnung, wie sie die BRD-Imperialisten für die Arbeiter in der BRD bereits geschaffen haben, ist der Inhalt dieses Verlangens. Eine „Gemeinschaft der Vollbeschäftigung“ erklärt das sozialdemokratische „Europa-Programm“ zum vorrangigsten Ziel: „Die Koordinierung der nationalen Politiken ist eine Voraussetzung für die Globalsteuerung der Wirtschaft ... Wir fordern daher die Ausrichtung der Finanz- und Haushaltspolitik der Mitgliedsstaaten auf das Ziel der Vollbeschäftigung ... Darüberhinaus sollte eine konsequent auf das Beschäftigungsziel ausgerichtete Finanzpolitik schwächerer Mitgliedsstaaten aus Mitteln der Gemeinschaft unterstützt werden. Die Ausgabenprogramme (Fonds) der Gemeinschaft sind auf dieses Ziel auszurichten“. Es geht um den Zugriff und die Kontrolle der Finanzmittel der anderen EG-Staaten für das westdeutsche Finanzkapital, um die Ausbeutung der Arbeiter in Westeuropa nach ihren Maßstäben zu erweitern. Als mit Abstand größter Kapitalexporteur in Westeuropa wissen die BRD-Imperialisten, wie sie vorzugehen haben, um ihre Profite zu vergrößern. Helmut Schmidt „über das Schlagwort vom ‚Zahlmeister‘ “: „... und hinterher sieht man dann, daß man selber sehr große Vorteile davon hatte, und dann war es in Wirklichkeit gar kein Opfer, sondern nur eine Vorauszahlung auf eigenen wirtschaftlichen Fortschritt.“

Damit dies Geschäft der Profitmacherei funktioniert, müssen die Ausbeutungsbedingungen nach den Vorstellungen der BRD-Imperialisten vereinheitlicht werden: Einrichtung einer „europäischen Arbeitsverwaltung“ wird weiter im SPD-Programm gefordert, damit sich die „Gemeinschaft der Arbeitnehmer“ und der Druck auf den Lohn durch „europäisch koordinierte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“ verwirklichen kann. Da „gleichzeitig mit höheren Zuwachsraten der Produktivität und einem verschärften Tempo der Einführung neuer Technologien und der Rationalisierung zu rechnen“ ist, ist für die BRD-Imperialisten weiter unabdingbar, die sozialdemokratische Spaltungslinie im Kampf der Arbeiter gegen die fortwährende Ausdehnung des Arbeitstages, der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit gegen die Arbeiterklasse in ganz Westeuropa zu richten. Damit sich die Arbeiter der gewaltigen, von den Imperialisten mit dem Einsatz der neuen Technologien verbundenen Rationalisierung und Steigerung der Schweißauspressung unterwerfen, propagieren die Sozialdemokraten die „Verkürzung der Lebens-, Jahres- und Wochenarbeitszeit“. Leute wie Loderer werden dafür ins Feld geschickt, von denen die westdeutschen Imperialisten die Anerkennung ihrer „Tabu-Erklärung“ schriftlich haben.

Die Ausdehnung des „Modells Deutschland“ als imperialistisches Zuchthaus – „Gemeinschaft der Arbeitnehmer“ – ist der Zweck dieser sozialdemokratischen Propaganda für die „Europa-Wahlen“. Daß sich für diese Interessen des westdeutschen Finanzkapitals noch nicht einmal die Fraktion der sozialdemokratischen Parteien der westeuropäischen Staaten in der Sozialistischen Internationale von Willy Brandt unter einen Hut bringen ließ, ist nicht verwunderlich. Daß für dieses imperialistische Europa-Kreuzzugsunternehmen der westdeutschen Bourgeoisie die westdeutsche Arbeiterbewegung ihre Interessen und Forderungen gegen die westdeutsche Bourgeoisie sozialchauvinistisch niederlegen soll, ist ein Ansinnen, das unbedingt zerschlagen werden muß. Im Interesse des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie in Westdeutschland wie im Interesse des Klassenkampfes der Arbeiter der anderen westeuropäischen Staaten.



Dänemark: Boykott der Wahlen zum Europaparlament – Straßenagitation in Kopenhagen.



Großbritannien: Besonders in der Arbeiterklasse ist der Widerstand gegen die EG stark – Agitation von EG-Gegnern vor dem Referendum im Juni 1975.




Frankreich: Bauern gegen die EG – Textaufschrift auf der Tragbahre: „Tod für Brüssel“.

„Arbeitsproduktivität, Produk-
„Gerechtere Verteilungschancen
„Sozialdemokraten wollen eine
Frankreich: Bauern gegen die EG – Textaufschrift auf der Tragbahre: „Tod für Brüssel“.

„Arbeitsproduktivität, Produktionszuwachs und Arbeitszeit“:

Angesichts der wachsenden Nachfrage nach Arbeit in Europa und steigender Produktivitätsfortschritte bei gleichzeitig verringertem Wirtschaftswachstum gewinnt die Arbeitszeitverkürzung zentrale Bedeutung. Wir werden dafür einstehen, daß die erzielten Produktivitätsfortschritte allen Arbeitnehmern zugute kommen und daß der Rationalisierungsschub nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen wird.

„Die 35-Stundenwoche als Ziel unserer Politik“:

Ziele einer schrittweise durchzusetzenden tariflichen Arbeitszeitverkürzung sind die 35-Stundenwoche und die Verlängerung des Jahresurlaubs. Wir unterstützen die Forderung der Gewerkschaften, Vereinbarungen über Arbeitszeitverkürzungen abzuschließen, die je nach Situation und Zielvorstellung eine Veränderung der Jahres-, Wochen-, Tages- und Schichtarbeitszeit anstreben. Hinzutreten muß eine koordinierte Politik der Mitgliedsländer der Gemeinschaft zur Herabsetzung der Lebensarbeitszeit.

„Den weltwirtschaftlichen Strukturwandel gestalten“:

Es geht nicht nur darum, zu einer Neuverteilung von Ressourcen und Wohlstand zu gelangen. Wichtiger noch ist eine neue weltweite Arbeitsteilung.

„Gerechtere Verteilungschancen in der Europäischen Gemeinschaft“:

Die währungspolitische Zusammenarbeit muß durch Maßnahmen ergänzt werden, die zu einer stärkeren Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung und zu einem Ausbau des zwischenstaatlichen Transfers öffentlicher Mittel führen.

Den schwachen Mitgliedsstaaten und Regionen der Gemeinschaft muß in überzeugender Weise die Furcht genommen werden, daß die angestrebte Währungsunion ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten noch verschärfen würde.

„Reform der Agrarpolitik“:

Die bisherige Agrarpolitik mit einer pauschalen Preis- und Abnahmegarantie hat in vielen Bereichen zu steigender Überproduktion geführt und zugleich die landwirtschaftlichen Großbetriebe in ohnehin begünstigten Regionen bevorteilt. Bei der politischen Entscheidung über die landwirtschaftliche Produktion ist die Rentabilität der Betriebe ein wichtiger Gesichtspunkt.

„Verbesserte soziale Sicherheit“:

Das dichte Netz der sozialen Sicherheit, das in einigen Mitgliedsstaaten, wie z.B. in der Bundesrepublik, erreicht worden ist, darf nicht gefährdet werden. Eine schrittweise Angleichung der sozialen Sicherung in allen Mitgliedsstaaten muß sich am jeweils höchsten Niveau orientieren.

„Sozialdemokraten wollen eine EG-Charta der Bürgerrechte“:

Die „EG-Charta der Bürgerrechte“ muß jedem Gemeinschaftsbürger einheitlich in der gesamten Gemeinschaft mindestens den Grundrechtsschutz gewähren, der ihm auch im eigenen Land garantiert ist. Ziel der Gemeinschaft muß es sein, den Grundrechtsschutz ihrer Bürger einheitlich auf dem höchsten erreichten Stand zu verwirklichen.

„Europas Beziehungen zu den Großmächten“:

Die Europäische Gemeinschaft muß sich demgegenüber als eigenständige souveräne Größe darstellen und behaupten. Europa wird in Zukunft in der Welt größere Verantwortung zu tragen haben.

„Europa als Solidaritätspartner für die Dritte Welt“:

Sozialdemokratische Entwicklungspolitik hat die weltweite Verwirklichung der Menschenrechte zum Ziel. Das erfordert die Solidarität mit den Entwicklungsländern und die Errichtung einer gerechten internationalen Wirtschafts- und Sozialordnung ... Die tiefe Kluft, die zwischen den reichen Ländern und den Entwicklungsländern in bezug auf Wohlstand, Wissen und Macht besteht, sowie die krasse Ungleichheit von reich und arm in der Mehrzahl dieser Länder fordern eine Politik, die dazu beiträgt, diese Kluft zu verringern.


Kiel: Fischer gegen die EG.

Bundeskanzler Helmut Schmidt auf dem Außerordentlichen SPD-Parteitag 9.-10. Dezember 1978 in Köln: „Ich sagte, wir hätten in der strukturellen Anpassung an die neuen Notwendigkeiten ganz gute Fortschritte gemacht. Wir sind in unserem Land noch lange nicht über den Berg, aber Regionen wie Süditalien oder große Teile Englands – es gibt noch mehr Beispiele – sind noch nicht so weit wie wir. – Wir alle haben die Umstellung auf intelligentere Produktionen nötig, bei denen sich die spezifischen Vorsprünge der europäischen Arbeitnehmerschaft auswirken können gegenüber den Produktionen anderer Erdteile, die zu billigen Löhnen, billigen Kosten und infolgedessen billigen Preisen auf den Markt kommen. – Wir brauchen eine Umstrukturierung zugunsten von Produktionen für den eigenen Markt.“

Niedersächsiche Alternativen

r.her. Nach dem Protest gegen die Wasserpläne der Landesregierung mit der Siebertalsperre gab die Regierung angeblich nach und suchte nach einer „anderen" Lösung. Jetzt soll statt im Siebertal der Damm der Granetalsperre um 12 m erhöht werden. Die Talsperre liegt im Stadtgebiet der Stadt Langelsheim, betroffen ist hier insbesondere der Kurort Wolfshagen, der schon beim Bau der Sperre erhebliche Einbußen durch den Rückgang der Kurgäste hinnehmen mußte. Jetzt noch laufen Entschädigungsverfahren gegen die Regierung. Es gibt also ausreichend einschlägige Erfahrungen.

Die Bevölkerung ist gegen den Bau und fordert die Rücknahme der Alternativplanung. In Langelsheim sahen sich die versammelten Ratsfraktionen allemiteinander gezwungen ebenfalls abzulehnen. Anders dagegen der Rat in Wolfenbüttel, dort verlangt der Finanzausschuß, ganz im Sinne der zu erwartenden Baukosten, schon jetzt eine Wasserpreiserhöhung zum April. Begründung genug ist diesen Betreibern der staatlichen Plünderpolitik dabei schon, daß angeblich die Wasserpreise seit mehreren Jahren nicht mehr gestiegen seien. 1,5 Mio. DM mehr wollen sie damit pro Jahr aus den Massen herausschlagen.

Klose versucht erneut zu spalten

r.jüd. In der letzten Woche hat Klose ein weiteres Mal versucht, ein Spaltungsmanöver zu landen gegen die Bewegung für demokratische Freiheiten im öffentlichen Dienst: Durch die Staatliche Pressestelle läßt er die Einstellung der Disziplinarverfahren gegen die DKP-Lehrer Gohl und Dreckmann sowie die sofortige Suspendierung des Lehrers J. Dege verkünden, der den Schulfrieden stört und „dem KBW nahesteht". In seinem „Liberalisierungs"manöver aalt sich Klose regelrecht darin, von rechts angegriffen zu werden, damit Reformisten und Revisionisten ihr Geschäft der Spaltung betreiben können. Während Gohl und Dreckmann jetzt Kloses ausgestreckte Hände schütteln, gelingt die Spaltung aber doch nicht: mehrere GEW-Gremien wenden sich gegen die Suspendierung, und die Schüler und Eltern, die seit langem einen Kampf gegen die Entlassung führen, streiken an zwei Tagen und fordern, „daß uns viele unterstützen". Der *gemeinsame* Kampf von Eltern, Schülern und Lehrern gegen die staatliche Unterdrückung entwickelt sich gut und vereitelt Kloses Absichten. Während dem Lehrer Dege vorgeworfen wird, daß er „immer die Schüler und ... die Eltern unterstützt hat", ergießt sich der Senat über die Tadellosigkeit der Dienstterfüllung von Gohl und Dreckmann. Er will, daß die Lehrer noch danken, daß sie überhaupt arbeiten dürfen.

Boykott der Studentenwerksbeiträge

r.gör. Das Fachschaftentreffen der Technischen Universität Braunschweig hat am 6. Februar, zusammen mit Studenten der Pädagogischen Hochschule, zur Durchführung des vom Studentischen Rat beschlossenen Boykotts der Studentenwerksbeiträge folgendes beraten: daß noch in den Semesterferien Unterschriften gegen die Zahlung dieser Beiträge gesammelt werden und daß dies mit dem selbständigen Einsammeln von Geldern für den Allgemeinen Studentenausschuß verbunden wird. – Der Kampf gegen die Zahlung von Studentenwerksbeiträgen dauert schon mehrere Jahre, die Forderung ist breit verankert. Die materielle Lage zwingt, sich diese Form zusätzlicher Ausplünderung nicht gefallen zu lassen. Die ersten Ergebnisse einer diesbezüglichen Fragebogenaktion, die der Studentische Rat durchführt, zeigen bereits: Im Durchschnitt hat ein Student an der TU Braunschweig monatlich 641,50 DM zur Verfügung. Davon werden 29,8 % durch das BAFöG aufgebracht, 43,9 % von den Eltern, 17,3 % aus Lohnarbeit neben dem Studium. Das sind Durchschnittszahlen; viele Studenten haben *weniger* Geld zur Verfügung. Schon diese einfachen Tatsachen machen die Erkämpfung selbstverwalteter, vom Staat finanzierter Studentenwerke zur zwingenden Notwendigkeit.

Farthmann will 46 von 81 Krankenhäusern im Münsterland schließen

Landesregierung NRW: 750 Mio. DM aus der Gesundheitsversorgung in die Konkurrenzschlachten der Kapitalisten

r.wöa. Nach einem Zwischenbericht des nordrheinwestfälischen Gesundheitsministeriums bei der Erstellung des endgültigen Krankenhausbedarfsplans sollen bis 1985 allein im Münsterland 46 von 81 Krankenhäusern geschlossen werden. Insgesamt soll in NRW ein „Bettenüberhang" von 17500 Betten bestehen, der jährlich 750 Mill. DM Kosten verursacht. Das westdeutsche Finanzkapital bereitet mit den Europawahlen eine Großoffensive vor, um eine absolute Vormachtstellung in Europa zu erreichen. Für diese Konkurrenzschlachten braucht es jeden Pfennig, den es aus der Arbeiterklasse und den Volksmassen herauspressen kann. Klar, daß es sich 750 Mill. jährlich auf keinen Fall entgehen lassen will. Der NRW-Gesundheitsminister Fahrtmann, bürgerlicher Vollstrecker der ehrenbergschen Gesetze, will dieses Geld sichern. Die zu schließenden Krankenhäuser werden 1. von der Förderung mit öffentlichen Mitteln aus dem Krankenhausetat ausgeschlossen und 2. übernehmen auch die gesetzlichen Krankenkassen nicht mehr die Kosten für die dortige Behandlung. Einhergehen mit der Schließung der Krankenhäuser soll die Entlassung von 17500 (1 pro Bett) Beschäftigten.

Die bürgerliche Presse ergießt sich seit Monaten in Spekulationen darüber, ob Fahrtmann wirklich ernst machen wird und die 100-Betten-Grenze zum Maßstab seiner Entscheidung machen wird. Noch im August letzten Jahres „bestritt er entschieden, ... den Bettenüberhang zu Lasten der kleinen Krankenhäuser abzubauen. Ausschlaggebend seien lediglich die Leistungsfähigkeit jedes einzelnen und die zumutbare Entfernung für den Bürger" ("WN" vom 25.8.78). Dies muß jedoch nicht heißen, daß kleine Krankenhäuser nicht geschlossen werden, sondern daß ebenso größere Häuser, „die veraltet oder wegen der bereits gesicherten medizinischen Versorgung der Bevölkerung schlicht überflüssig sind, geschlossen werden können. So hat beispielsweise das Knappschaftskrankenhaus in Gelsenkirchen-Ückendorf mit 367 Betten inzwischen seinen Betrieb eingestelllt, wie Fahrtmann mitteilte" ("Münstersche Zeitung" vom 25.8.78).

Kriterien für den Erhalt sollen also „Leistungsfähigkeit" und „Bürgernähe" sein. Was unter „Leistungsfähigkeit" verstanden wird, wird deutlich, wenn man hört, daß die Universitätskliniken in Münster ihre Bettenzahl um 381 anheben. Z.B. in der Chirurgischen Klinik wurde die Verweildauer von 1972 bis 1977 von 22 auf 11 Tage gesenkt, die Zahl der Operationen von 2099 auf 6363 erhöht. In den Augen der Landesregierung sicher eine „leistungsfähige" weil kapitalistisch durchrationalisierte Klinik. Die Patienten und Beschäftigten sehen die Sache anders. Jüngstes Beispiel ist der Bericht von Frau I. Pauls in der WN vom 7.9.79. Bei ihrem Mann wurden Gehirnquetschungen als Gehirnerschütterung diagnostiziert. Er wurde entlassen mit der Begründung, in einem anderen Krankenhaus hätte er sicherlich zwei bis drei Wochen liegen müssen, aber in der Chirurgie sei kein Bett frei. Der Leiter der Abt. für Neurochirurgie begründet die *Frechheit* dieser Aussage damit, „daß seine Mitarbeiter 70 bis 80 Stunden pro Woche arbeiteten und völlig überlastet seien." In Kürze zieht die Universitätsklinik um in die Bettentürme des neuen Großklinikums. Hier wird die Rationalisierung noch erheblich erhöht werden. Jede Apparatur soll 100%ig ausgelastet sein, d.h. es werden zentrale Labore, Röntgeneinrichtungen etc. geschaffen. Damit wird die Versorgung der Patienten zur Fließbandarbeit. Die Verbindung von Patienten zu Pflegepersonal besteht hauptsächlich im Blickkontakt durch die Glasscheibe, die Krankenzimmer und „Pflegezentrum" trennt, indem die Schwestern wie auf dem Präsentierteller unter der Aufsicht einer „Abteilungsschwester" arbeiten. Die Verbindung unter den Beschäftigten soll durch das Verbot des Zugangs von stationsfremdem Personal zunichte gemacht werden. Beschäftigte wie Patienten fürchten sich schon lange vor diesem Gefängnis.

Diesen Ansprüchen kann sicherlich ein kleines Krankenhaus nicht genügen. Wie steht es jedoch mit der Bürgernähe, die vor allem von der CDU so lautstark als Grund für die Erhaltung der kleinen Krankenhäuser ins Feld geführt wird. Auch hierfür hat die Landesregierung eine weitaus 'bessere' Lösung. Im Landesetat 1978 sind zur „spürbaren Entlastung stationärer Einrichtungen" 113 „Sozialstationen" in NRW vorgesehen. Damit werden die Kosten für ein Klinikbett von pro Tag 95 DM auf 8 DM bei Pflege zu Hause durch eine Diakonissin o.ä. gesenkt. Dazu muß der Patient noch einen Eigenanteil an den Kosten aufbringen. Aufgabe dieser Sozialstationen sollen z.B. die Präventivmedizin, d.h. die „Verhaltensbeeinflussung" bei Fehl- oder Überernährung und Krankheiten, die ihre Wurzel im Arbeitsleben haben, sein.

Damit soll ein umfassendes Bespitzelungsnetz der Volksmassen aufgebaut werden, während die medizinische Versorgung der Bevölkerung durch bis zu 20 km lange Anfahrtszeiten massiv eingeschränkt wird.



r.jöd. Mit 145 Schleppern demonstrierten in der letzten Woche Bauern in Lüchow-Dannenberg gegen den Besuch von Bundestagsabgeordneten. Tags später sicherten sie der Landesregierung Albrechts 200 Millionen DM Unterstützung zu. Die Bauern protestierten: „Uns Landwirten gehen durch den Bau der WAA (Wiederaufbereitungsanlage) und ihre Versorgungseinrichtungen über 1000 ha land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche verloren. Das ist die Existenzgrundlage von mindestens 20 mittleren Betrieben. Weiter drohen uns unzumutbare Belastungen durch: Flächenzerschneidung, autobahnartiges Verkehrsaufkommen, Grundwasserabsenkung und der sichere Rufmord unserer landwirtschaftlichen Produkte."

Einstimmige Beschlüsse gegen Rationalisierung und Lohndrückerei

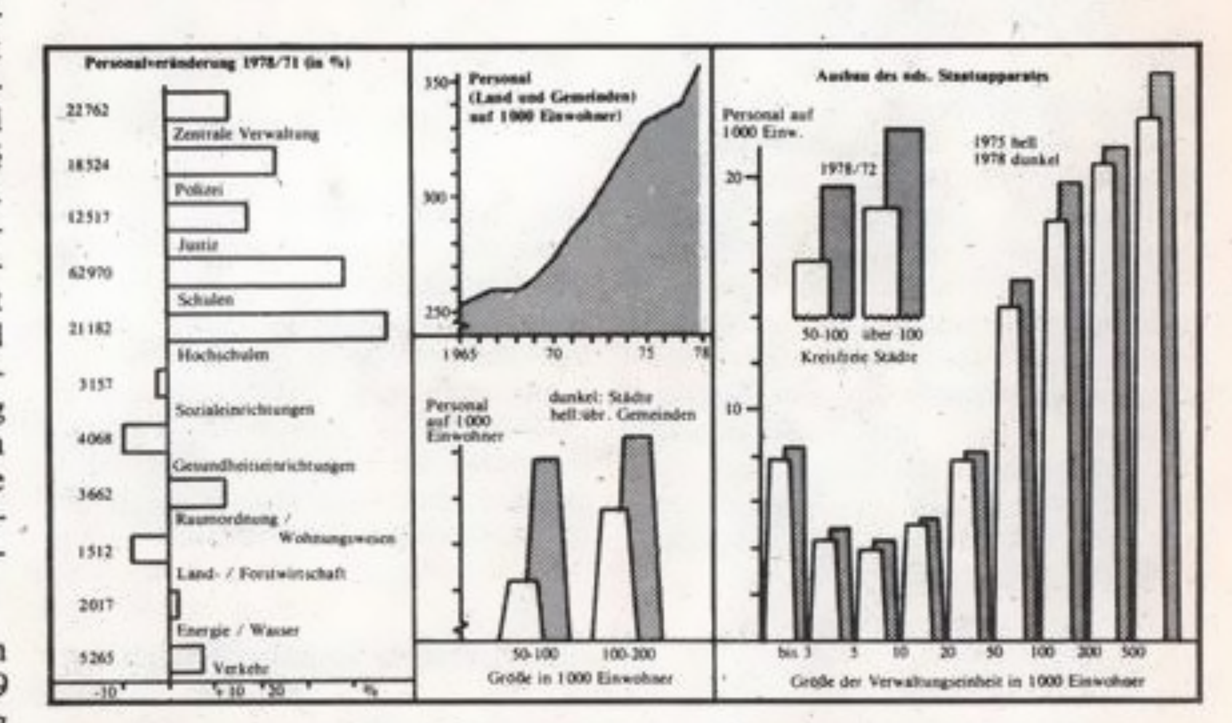
Personalversammlung Uni Kliniken / Über 40 Arbeiterinnen treten in die ÖTV ein

r.ilp.Göttingen. „Der verhältnismäßige Kostenanteil der Gebäudereinigung an den Bewirtschaftungskosten der landeseigenen sowie der vom Land Niedersachsen angemieteten Gebäude und Räume erfordert eine stärkere Rationalisierung", beschloß bereits Anfang 1976 das Niedersächsische Finanzministerium in den „Richtlinien für die Gebäudereinigung". Einen Extraerlaß für Kliniken und Krankenhäuser gibt es zwar bis heute noch nicht, die Dienstaufsichten in diesen Betrieben sind aber angehalten, nach den 76er Richtlinien zu wirtschaften. Verwaltungsdirektor Lengler der Universitätskliniken in Göttingen setzte seine untergeordnete Dienstaufsicht schleunigst in Trab: 1977 wurde das neue Klinikum ausgemessen – 92074 m² sind täglich in „eigener Reinigung" zu putzen; 47400 m² von Fremdfirmen; neueingestellte Arbeiterinnen erhalten und erhielten nur noch 29 Stundenarbeitsverträge und Eingruppierung in die unterste Lohngruppe MTL II. Da im letzten Quartal 78 weitere Stationen im Neuen Klinikum eröffnet wurden, erließ die Dienstaufsicht, pro Ebene in den Bettenhäusern mit je 4 Stationen von den 8 Arbeiterinnen 2 ersatzlos abzuziehen. Im gleichen Zuge ordnete Verwaltungsdirektor Lengler an, *alle* Reinigungskräfte sollen ab Januar 1979 6 Tage die Woche arbeiten, also z.B. auch die aus den Laboren, die dann samstags und alle 4-7 Wochen sonntags auf den Stationen als Springer eingesetzt werden. Einheitlich soll jetzt zu folgenden Zeiten gearbeitet werden: Mo.-Fr. 6.00 -13.30 Uhr; sonnabends von 6.00 – 11.20 Uhr für die 40-Stunden-Kräfte. Für alle soll gelten Sonntagsdienst von 6.00 – 11.10 Uhr. „Je nach Belegungszahl der Stationen" soll dieser Sonntagsdienst alle 4-7 Wochen gemacht werden. Außerdem seien die Pausen „individuell je nach Arbeitsablauf bzw. Arbeitsanfall mit der Reinigungsleitung bzw. mit den Vorarbeiterinnen" abzusprechen.

Hinter dem Rücken der Personalräte und unter Drohungen solcher Leute wie des kommissarischen Leiters im Reinigungsdienst, dem nebenberuflichen Damenfriseur Linderer, „wenn sie nicht sonnabends arbeiten, können sie ja gehen", sollten die Frauen zu dieser weiteren Mehrarbeit gezwungen werden. Das war zuviel der Frechheit! Einige von ihnen wandten sich sofort an ihre Personalräte und arbeiteten nicht am Samstag. Der Personalrat der Verwaltung der Kliniken legte Beschwerde ein bei Lengler und bestand auf das Recht nach Mitbestimmung (§ 75 Nds. Personalvertretungsgesetz). Lengler hat inzwischen einen offiziellen Antrag gestellt zu der Arbeitszeitänderung. Keiner der Personalräte hat bisher zugestimmt. Stattdessen fand auf Druck der Arbeiterinnen am Mittwoch, 7.2., eine Personalversammlung aller Reinigungskräfte der Kliniken statt. 150 – 200 Frauen, weit über die Hälfte, waren erschienen. Die Dienstaufsicht getraute sich nicht zu kommen.

Eine Arbeiterin berichtete, daß sie in der Zahnklinik in der Zeit von 6 – 9 Uhr 41 Räume reinigen muß; ständig wird die Pausenregelung durchbrochen, entweder überhaupt keine gemacht oder der Linderer hängt ihnen im Nacken und schikaniert wegen fünf Minuten. Sehnenscheidenentzündungen, ständige Rückenschmerzen, allgemeine Erschöpfung, das sind die gesundheitlichen Auswirkungen dieser Antreiberei. Und das bei einem Lohn von netto 1131,12 DM in MTL II. Viele von den Frauen sind ungelernt und müssen mitarbeiten, weil der Lohn des Mannes z.B. bei einem, der in einem Aluminiumwerk arbeitet und ca. 1400 DM netto kriegt, zum Leben für die Familie nicht ausreicht.

Einstimmig verabschiedet wurden von der Versammlung zehn Forderungen, so: acht Kräfte pro Ebene, fester Arbeitsplatz für jeden, Abbau der Fremdreinigung und Übernahme durch die Klinik. Kennzeichnend auf dieser Versammlung war, daß die Frauen sich die Frechheiten des Dienstherren nicht mehr gefallen lassen wollen. Über 40 von ihnen sind in den letzten drei Wochen in die ÖTV eingetreten. Jetzt steht an, daß alle Personalräte gegen die Ausdehnung auf 6 Tage auftreten und die Forderungen der ersten Versammlung unterstützen. So wird es dann nützlich sein, in der kommenden Woche eine erneute Personalversammlung durchzuführen, wo beschlossen wird, daß samstags nicht gearbeitet wird und der Antrag vom Lengler vom Tisch ist.



r.gör. Unmäßige Aufblähung des Staatsapparates ist untrügliches Kennzeichen einer noch herrschenden, aber zum Untergang verurteilten Klasse. Ausgebaut werden vor allem die direkter Unterdrückung dienenden Staatseinrichtungen, Polizei, Justiz, sowie das Schul- und Hochschulwesen als vermeintlich umfassendes Steuerungsinstrumentarium in den Händen der Bourgeoisie. Der Konzentration der Massen in den Städten entspricht Konzentration der staatlichen Unterdrückungseinrichtungen. – Das Schaubild illustriert einige Seiten dieser Entwicklung am Beispiel Niedersachsens.

Unerträgliche Arbeitsbedingungen bei HWW – die Beschäftigten kämpfen für Mindestforderung

b.kol. Die HWW haben in Hamburg das Monopol der Wassergewinnung, des Rohrnetzbaus und der Anschlüsse, der Belieferung gewerblicher und privater Verbraucher mit Wasser, der öffentlichen Bäder. Ferner gehören zu den HWW sechs Saunen, fünf Heilbadabteilungen und die Eissporthalle Farmsen. In den ca. 90 Dienststellen und Abteilungen arbeiten etwa 1900 Mitarbeiter. Die große Masse von ihnen befindet sich in den Lohngruppen 1 (1599 DM) bis 9 (2087 DM); der Ecklohn eines gelernten Facharbeiters ist Gruppe 7 (1982 DM). Hinzu kommt ein umfangreiches System von Zulagen, das den Lohn im Durchschnitt pro Monat um 20 bis 25% heraufsetzt.

Die wichtigsten tariflichen Zulagen sind das 13. Monatsgehalt und das Urlaubsgeld (550 DM). Beides macht im Ecklohn auf den Monat umgerechnet 211 DM aus. Weiter die Überstunden-, Sonn- und Feiertagszuschläge, Wechselschichtdienstzulage (40 DM und Nachtschichtzulage (30 DM), beides pro Monat. Die Rufbereitschaft bringt pro Woche 97 DM, das sind 0,80 DM je Stunde zuhause, wo man ständig abrufbereit sein muß.

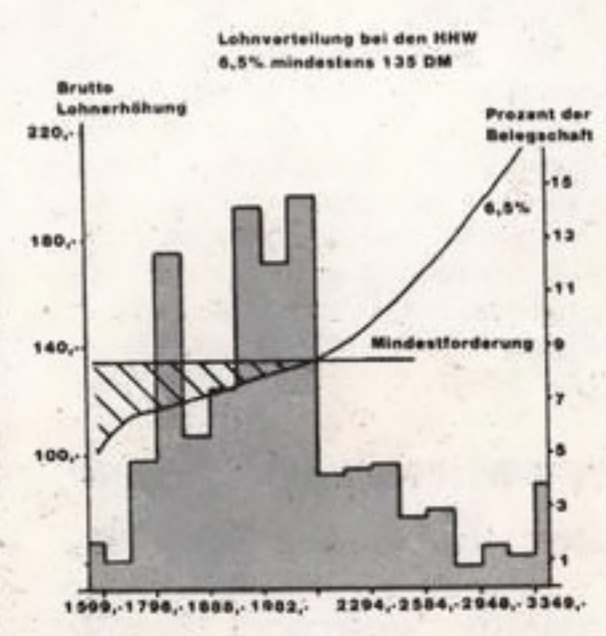
Auf Betriebsvereinbarungsebene gibt es eine Wege-, Zehr- und Fahrgeld-Zulage für Routinearbeiten in der Rufbereitschaft bei Wasserwerken (79 DM bis 108 DM). Ein Gruppenpensum im Wasserzählerbereich (151 DM) und eine Akkordzulage für Masseure (1,10 DM pro Vollmassage, wenn man die Grundleistung von 14 Vollmassagen pro Tag über einen ganzen Monat schafft).

In den Wasserwerken wird Schichtdienst geleistet. Dazu noch Rufbereitschaft. Das macht die Kollegen auf die Dauer gesundheitlich kaputt. Die hohe Zulagenquote kann das nicht ausgleichen. Das Unternehmen wehrt sich kategorisch dagegen, die Rufbereitschaft durch Freizeit abzugelten. Eine ganze Reihe von Wasser- und Pumpenwerken, die früher im Schichtdienst gefahren wurden, sind inzwischen automatisiert worden und werden nur noch über die Rufbereitschaft gefahren. Das ist billiger. Im Wasserzählerbereich wird Gruppenpensum gearbeitet: ca. 35 Mitarbeiter müssen im Schnitt 24 Zähler pro Tag wechseln. D.h. 12 Mann sind in 6 Wagen unterwegs und wechseln die Zähler. Schaffen sie das Pensum nicht, kommen sie in den Innendienst. Drei Mann reinigen die Zähler mit Säure, die stark geruchsbelästigend ist. Dann werden sie gespritzt (Zulage 1,16 DM pro Std.) in geschlossenen Räumen, die keine Absaugvorrichtung haben.

In der Werkstatt arbeiten 4 bis 5 Mann, die die Zähler zusammenbauen. Hier werden Regulierungsschrauben aus Kunststoff ausgebohrt und Gewinde geschnitten. Dabei entstehen stark riechende Gase, die die Geschmacksnerven beeinträchtigen. Den Kollegen schmeckt nach der Arbeit weder das Essen noch die Zigarette. Eine Absauganlage wird von ihnen gefordert. Danach werden die Zähler mit Preßluft ausgepustet. Säure- und Farbreste und Messingteile gehen in die Luft, auch ohne abgesaugt zu werden. In der Eichabteilung werden die Zähler über Wasserdruck geprüft. Hohe Quecksilbersäulen geben den Eichdruck an. Ein Computer berechnet die Werte. Bei diesen Kollegen hat der Betriebsarzt Quecksilber im Blut festgestellt. Der Rest der Pensumsgruppe arbeitet im Lager. In dieser Abteilung gibt es ständige Auseinandersetzungen um die Arbeitsbedingungen.

In den Badebetrieben ist das Hauptproblem die Besetzung der Schichten. Gearbeitet wird Früh- und Spätschicht. Wird jemand krank, müssen die anderen die Arbeit mitmachen. Ersatz gibt es in der Regel nicht. Dann wird innerhalb der Schichten ausgetauscht. Eine starke Belastung ist die ständige Hitze von 30 Grad und die hohe Luftfeuchtigkeit in den Hallen. Hinzu kommt der Lärm in den Hallen oder in den Freibädern, wenn Tausende auf engstem Raum zusammengedrängt werden. Die Chlorierung des Wassers verursacht bei vielen Kollegen Nasenneben- und Stirnhöhlenerkrankungen. In den Heilbädern lassen viele Masseure ihre Pausen wegfallen, um den Akkord zu kriegen.

Bei den HWW gibt es wie bei den anderen halböffentlichen Betrieben Haustarif. Die ÖTV hat 6,5% vorgeschlagen. Auf 7 von 34 Bereichsbetriebsversammlungen war die mehr-



heitliche Meinung, die Prozentforderung müsse durch einen Mindestbetrag von 150 DM ergänzt werden. Gemessen an den Abschlüssen bei Stahl, Metall, Gesamthafen u.a. ist ein Abschluß etwas unter 5% und 100 DM mindestens drin. Darauf jedenfalls zielt der Beschluß des Tarifausschusses des BR: als Forderung der ÖTV zu empfehlen 6,5% mindestens 135 DM. Eine Mindestforderung von 100 DM ist dringend notwendig, um eine weitere Abspaltung der unteren Lohngruppen von der übrigen Belegschaft zu verhindern.

Die politische Front gegen die Verkürzung der Ausbildung wird gefestigt

b.uwz. Mit der Verkürzung der Ausbildung und der verschärften Auslese wollte Schulsenator Grolle für die Kapitalisten einen Schritt voran tun und am 1.2. das Kurssystem an den Berufsschulen ausweiten bzw. neu einführen.

Er steht gegen die 5000 Lehrlinge, die für ihre Forderungen: „Sofortige Rücknahme des Beschlusses zur Einführung des Wahlpflichtbereiches und der Stundentafeländerung! Weg mit dem Kurssystem! Keiner darf durchfallen! Keine Stufenausbildung und Kurzausbildungsgänge!..." gestreikt hatten.

Die II.Gesamtschülerrätekonferenz der Berufsschulen rief zum Boykott der Kurse auf. Diese Kampfschritte sollten in einer Aktion der Berufsschüler, einer Demonstration „Gegen die Verschlechterung und Verkürzung unserer Ausbildung und verschärfte Auslese – Weg mit Kurssystem und Zeugnisserlaß!" vereinigt werden. An der G9 (KFZ Technik) wanderten die Kursanmeldungszettel in den Papierkörben. Der Schülerrat rief zum Boykott auf, es wurde nichts mit Kursen zum 1.2.79. Die Kurse an der G5 (Drucktechnik) wurden wieder abgeschafft. Die Lehrlinge setzten dafür nützliche Sachen für die Verbindung von theoretischem und praktischem Unterricht durch. Ihre klare Aussage gegen die Pläne der Behörde machten die Lehrliche von Lufthansa und MBB, die hauptsächlich die G15 stellten. 99% erklärten sich gegen das Kurssystem nur 3 dafür.

An der G10/G16 läßt die Behörde die Finger von jedem Kurs. Auf der Schülerratssitzung am 8.2., die gegen die Gesamtmetallkapitalisten und ihr Verbot für Lehrlinge, dorthin zu gehen sowie die Schulbehörde durchgesetzt wurde, wurde über den weiteren Kampf beschlossen. Es wurde erzwungen, daß ein Jugendvertreter von AEG N4 an der Sitzung, trotz Verbot teilnehmen konnte.

Das alles heißt: Für Grolle ist die Lage, daß er zwar will, aber nicht kann. Für die Berufsschüler bleibt die Stundentafel, aber es gibt keine Kurse.

Gegen die Verankerung des Wahlpflichtbereiches über den Umweg der Verfügungsstunden wird die Wachsamkeit erhöht. So beschlossen die Blocksprecher der Gewerbeschülerräte im Koordinierungskomitee, die Demonstration nicht als Zusammenfassung der Aktion durchzuführen.

Gewissen Leuten wie Grolle, aber auch die Gesamtschulpropheten von SDAJ und Jusos, muß man jetzt die Tatsachen um die Ohren hauen, um die politische Front gegen die Verkürzung der Ausbildung zu festigen. Auf der einen Seite gezwungen durch die Berufsschüler, auf der anderen um diese an der Kette ihrer reformistischen Plattform zu legen, wollen auch sie am 1.März demonstrieren. Dabei werden jedoch die Absichten der Kapitalisten und des Senats geschont, „auf die materielle Misere" und die „Mitbestimmung bei den Noten" ortientiert. Dies alles wird noch dreister als gemeinsamer Kampf der Schulbewegung umgelogen, um dann den „Marsch der Unzufriedenen" (Birgit von Randow Bundesvorstandsmitglied der DKP) durchzuführen, um die verschärfte Auslese durch Gesamtschulen und Kurssystem ungeschoren zu lassen und zu decken.

Die Berufsschülerräte haben beschlossen, auf der Demonstation den politischen Streit um die richtigen Forderungen zu führen. Ebenso auf der Veranstaltung der DGB Jugend am 19.2.79 um 18 Uhr im Gewerkschaftshaus „Blockunterricht oder 2 arbeitsfreie Berufsschultage". Die programmatische Debatte bekommen die Sessel- und Postenhocker von SPD und DKP dort, wo sie ihn am meisten fürchten: *in* den Gewerkschaften und *auf* der Demonstration. Das Ergebnis wird den 1.Mai gut vorbereiten, was die Berufsschüler durch die Durchführung ihrer III.Konferenz machen.

So wird die politische Front gegen die Verkürzung der Ausbildung und verschärfte Auslese aufgebaut: Weg mit dem Kurssystem! Weg mit dem Zeugniserlaß! Keiner darf durchfallen!

Weg mit den 5en und 6en und dem Notensystem! Für zwei arbeitsfreie Berufsschultage! Einheitsschule unter Kontrolle des Volkes!

Kampf den Fahrpreiserhöhungen



An der Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhungen des Hamburger Senats haben am Samstag den 11.2.1979 150 Menschen teilgenommen.

Änderung der Sozialversicherungspflicht: besitzlose Studenten sollen mehr arbeiten

peb. Ab dem 1.1.79 ist eine neue gesetzliche Regelung, die Berechnung der Sozialversicherungspflicht, in Kraft getreten. Die Änderung des §8 des vierten Sozialgesetzbuches, wurde am 27.7.78 als Teil des berüchtigten 21. Rentenanpassungsgesetzes verabschiedet. Anstelle der bisher geltenden Obergrenze von drei Monaten oder 75 Tagen für die Befreiung von der Sozialversicherungsabgaben, wurde diese Grenze jetzt auf 50 Tage bzw. 2 Monate gesenkt.

Durch diese gesetzliche Änderung will die Bourgeoisie einen gewaltigen Raubzug bei den besitzlosen Studenten durchführen, die sich ihre Reproduktion durch Verkauf ihrer Arbeitskraft im Semester oder während der Semesterferien sichern müssen. Die Anzahl der Studenten die dazu gezwungen wurden, ist in den letzten Jahren zunehmend gestiegen, wie auch aus dem Bericht des Deutschen Studentenwerks für das letzte Jahr hervorgeht.

Ehrenberg muß dies gelesen haben und seine Geldsackmentalität kam in Wallung: „Um der Zunahme geringfügiger, versicherungsfreier Beschäftigung entgegenzuwirken, soll neben der Festschreibung der Entgeltgrenze auch der Zeitraum für kurzfristige Beschäftigungen von z.Z. drei Monaten oder 75 Tagen auf zwei Monate oder 50 Tage eingeengt werden." (Aus Sozialbericht 79, Herausgegeben vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales)

Die Versicherungsgelder werden den Studenten schlichtweg geraubt, denn sie tauchen in der späteren Reproduktion nicht wieder auf, weil die Studenten 1. die notwendige Arbeitszeit für den Anspruch auf Arbeitslosengeld nicht erreichen, 2. ihre Studienzeit bei der Rentenversicherung sowieso als Ausfallzeit gilt und 3. zumeist bei den Eltern mit in der Krankenkasse oder selber schon krankenversichert sind.

Eine Umfrage an der Fachhochschule Hamburg hat ergeben, daß 1117 Studenten bis zu 10 Stunden in der Woche arbeiten, um sich den Unterhalt zu sichern. Wir haben für eine Berechnung angenommen, sie würden alle 10 Stunden pro Woche arbeiten bei einem Stundenlohn von 9 DM. Bisher hat der Staat durch die Besteuerung des Lohns 151000 DM von ihnen plündern können, jetzt durch das neue Gesetz kommt er auf 862000 DM, was die Studenten zwingen würde, 14700 zusätzliche Arbeitsstunden zu leisten, um auf den alten Nettolohn zu kommen. So müßte ein Student, der neben seinem Studium 70 Tage im Jahr bei einem Stundenlohn von 10 DM arbeitet, 15 Tage mehr arbeiten, um auf seinen alten Jahresnettolohn zu kommen.

Diese Gesetzesänderung fügt sich nahtlos in die übrige Gesetzgebung Ehrenbergs ein, deren Kern die Bereicherung der Bourgeoisie auf Kosten des Lebens und der Gesundheit der Arbeiterklasse ist.

Die VDS hielt Kampfschritte gegen das unverschämte BAföG-Angebot der Bundesregierung nicht für notwendig, die von uns angestellten Rechnungen zeigen nochmals deutlich, daß sich die Studenten die Bezahlung ihrer Arbeitskraft erkämpfen müssen, denn die Bourgoisie nutzt die elende Lage nicht nur zur Unterdrückung im Studium, sondern auch um die Studenten kräftig zu schröpfen, wenn sie versuchen ihren Unterhalt durch Arbeit zu sichern. Die Studenten könne sich dabei gut mit der Arbeiterklasse im Kampf um die Selbstverwaltung der Sozialversicherungen durch die Versicherten zusammenschließen.

Veranstaltungskalender

Montag, 12.Februar

Verkaufsorte der KVZ
und revolutionärer Literatur
Hamburg, 16.00 Uhr: Langenhorn, U-Bahn Langenhorner Markt. Barmbek, Barmbeker Bahnhof. Billstedt, im Gerhard-Hauptmann-Platz. Eimsbüttel, vor Karstadt, Osterstraße. Altona, im EKZ. Osdorf, Elbe-EKZ. Bergedorf, Im Sachsentor. Harburg, Bahnhof.
Stade, 16.00 Uhr: Pferdemarkt
Stade, 16.30 Uhr: Bützfleth, vor Vietz

Buxtehude, 16.30 Uhr: vor Stackmann

Lüneburg, 16.00 Uhr: in der Bäckerstraße

Buchholz, 16.30 Uhr: vor Woolworth

Dienstag, 13.Februar

Verkaufsorte der KVZ
und revolutionärer Literatur

Hamburg, 16.00 Uhr: Wie montags. Langenhorn, Langenhorner Markt. In Harburg, vor Karstadt. In Billstedt, U-Bahn Merkenstr./Ecke Steinbekerstr.

Stade, 16.30 Uhr: Pferdemarkt

Buxtehude, 16.30 Uhr: vor Stackmann

Lüchow, 16.00 Uhr: am TG-Markt

Dannenberg, 16.00 Uhr: vor Spar

Mittwoch, 14.Februar

Hamburg, 14.2., 15 Uhr: Wegen Auftretens gegen die NPD, die im August 1976 den Kongreß „Der nationalen Kräfte Europas" einberufen hatte, soll D.V. zu 40 Tagen Haft, ersatzweise 1 200 DM verurteilt werden, Amtsgericht, Sievekingplatz 3, R. 279

Donnerstag, 15.Februar

Hamburg, 18.00 Uhr: SRK-Sporttrupp. Alsterschwimmhalle

Sonntag, 18.Februar

Hamburg, 10.00 bis 18.00 Uhr: Seminar des Afrika-Komitee Hamburg: „Die Entwicklungshilfe der Bundesregierung, ein Instrument zur Ausbeutung und Ausplünderung der Länder der Dritten Welt." Gustav-Radbruch-Haus, Borgfelder Str. 16.

KBW Studienprogramm Winterhalbjahr 1978/79

Reihe zur Kritik des Reformismus
12. bis 16. Februar

Altona, 19.30 Uhr: Montag und Donnerstag Fachschule Max-Brauer-Allee 134; Dienstag, Mittwoch und Freitag, Astra-Bierstuben, Thedestr. 51.

Geschichte der Klassenkämpfe in Hamburg
12. bis 16. Februar

Harburg, 20.00 Uhr: Elbschloßklause, Bunatwiete 2.

Die Geschäfte des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales
12. bis 16. Februar

Barmbek, 19.30 Uhr: Schule Fränkelstr. 3

Mao Zedong
Fünf philosophische Monographien
12. bis 16. Februar

St.Pauli, 19.30 Uhr: Schule Ludwigstr. 6

Bergedorf, 20.00: Lichtwarkhaus
Wandsbek, 19.30 Uhr: Schule Hasselbrook, Ritterstr. 44

Die SPD an der Regierung: Bilanz der Tätigkeiten der Ministerien seit Beginn der Großen Koalition. Teil IV.
19. bis 23. Februar

Hamburg, 19.30 Uhr: Emilie Wüstenfeld Schule, Bundesstr. 78

Tischler-Gesellenprüfung: Keiner ist durchgefallen

b.rüg. 54 Tischlerlehrlinge haben jetzt ihre Gesellenprüfung gemacht. Keiner ist durchgefallen, nachdem in den letzten Jahren zwischen 4 und 16% durchfielen. Die Lehrlinge an der G6 kämpfen gegen das Notensystem und gegen Prüfungsinhalte im Fach Politik. Ihre Forderungen: Weg mit den Politikzensuren / Keine Politikarbeiten in Gesellenprüfungen / Änderung der Gesellenprüfungsordnung / Keine 2. Zwischenprüfung. Zusammen mit der G10 / 16 wurde zur Schulbehörde demonstriert. Im Kampf gegen das verschärfte Ausleseverfahren setzten die Prüfungsklassen durch, daß strittige Fragen in mehreren Fächern nicht benotet wurden. Um der Auseinandersetzung aus dem Wege zu gehen, hatte die Innung vorsichtshalber die traditionelle Freisprechungsfeier abgesetzt.

Freispruch im Ehrenbergprozeß

b.ulh. 120 Tagessätze a15 DM hatte der Staatsanwalt gefordert, der Richter mußte freisprechen: dem Angeklagten sei keine konkrete Tathandlung nachweisbar. Vor der Urteilsverkündung hatten elf Rentner aus dem Heim Holstenhofweg dem Richter eine Resolution überbracht: „Wir geben dem Kollegen Rainer Hans unsere Solidarität. Seine Argumentation im Kampf gegen das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung ist richtig. Die Durchführung der Gesetze... bedeutet für Millionen Rentner mit bereits zu niedrigen Renten eine weitere, schnellere Verelendung; erhöhten Kräfteverlust ¼ früher Tod. Dafür ist der Bundesminister Ehrenberg verantwortlich... Wir fordern die Einstellung des Verfahrens gegen Herrn Rainer Hans und unterstützen die Forderung der Massen nach Einstellung aller anderen Verfahren der Ehrenbergprozesse."

Sofortige Stillegung des AKW Brunsbüttel

b.ulh. Auf einer Beratungskonferenz in Brunsbüttel haben 28 Bürgerinitiativen die sofortige und endgültige Stillegung des AKW Brunsbüttel gefordert.
ven die sofortige und endgültige Stillegung des AKW Brunsbüttel gefordert.
Zur Bekräftigung ihrer Forderungen führen die Bürgerinitiativen am Samstag, den 31.3.79 eine Demonstration durch die Stadt Brunsbüttel mit Schlußkundgebung unmittelbar am AKW durch.

Hamburger Fischer greifen die Senatspolitik an

b.ulh. Vor 50 Jahren konnte man in der Elbe noch 23 Fischsorten fangen. Heute nur noch drei: Aal, Stint und Elbbutt. Und auch die sind kaum mehr zu genießen. Viele müssen vor dem Verkauf aussortiert werden wegen krebsartigen Geschwulsten und anderen Krankheiten. Durch die Umweltpolitik des Hamburger Senats u.a. werden immer mehr Fischereibetriebe ruiniert; in den letzten 10 Jahren 16 von 26. Strombaumaßnahmen wie Eindeichungen und Elbvertiefung mit Aufspülungen sind Schuld daran. Als sofortige Maßnahmen fordern die Fischer: – weniger Abwässer, – Öffnen der eingedeichten Flächen für normale Wasserstände (Einbau von Sperrwerken), – Ersatz der Stein- und Asphaltufer durch natürlichen Bewuchs.

Schulleitung des Albrecht-Thaer-Gymnasiums droht mit Abschulung

In jüngster Zeit treten der Schulleiter Stoltenberg und sein Stellvertreter Holsten besonders dadurch hervor, daß sie in der Unterrichtszeit in der Pausenhalle herumschnüffeln. Wenn sie gerade nichts vom Schwarzen Brett abreißen, fragen sie jeden Schüler, ob er nicht gerade Unterricht hat. Haben sie wieder einen erwischt, der noch nicht in der Klasse ist, wird er sogar schon vom Schulleiter persönlich in die Klasse gebracht. Zusätzlich droht die Schulleitung jetzt Ordnungsmaßnahmen an. Dadurch werden die Eltern, bei häufigem Zu-spät-kommen, der noch nicht volljährigen Schüler, ein bis zweimal angeschrieben und wenn das noch nicht ausreicht erfolgt eine Benotung des betroffenen Faches (der betroffenen Fächer) mit der Note 6 bzw. 0 Punkten, das hat zwangsläufig eine Nichtversetzung zur Folge. Bei besonders „hartnäckigen Fällen" greift Stoltenberg zu Verweisen und geplant sind auch Abschulungen, d.h. der betroffene Schüler darf kein Gymnasium in Hamburg mehr besuchen.

Landkreis Lüneburg: 2% mehr Sonderschulen, 14 Schulen sollen geschlossen werden

sof. Am 1.1.1979 hat der Landkreis Lüneburg auf gesetzlicher Grundlage des §18 NScHG die neue Schulentwicklungsplanung mittelfristig bis 1990 für den Landkreis Lüneburg herausgebracht. In §18 des NScHG heißt es: „Die Schulentwicklungsplanung soll die planerischen Grundlagen für die Entwicklung eines regional ausgeglichenen Bildungsangebotes im Lande schaffen und den Planungsrahmen für Schulanlagen bieten, die für pädagogische Reformen offen sind." Für ein „regional ausgeglichenes Bildungsangebot auf den Lande" soll mit der mittelfristig geplanten Schließung von 14 Grund- und Hauptschulen (7 Grund-, 7 Hauptschulen) im Landkreis gesorgt werden. Was es mit der angestrebten „pädagogischen Reform" auf sich hat, erfährt man, wenn man die Gründe genauer untersucht, die für die Schließung der Schulen angegeben werden: „...sinkende Geburtenzahlen, wechselnde Beteilungsquoten (vgl. §18 Abs.1 NSchG)." Daß die sinkenden Geburtenzahlen, der sogenannte „Pillenknick", eine Lüge sind, findet man aus den Statistiken schnell heraus: Als Schülerzahlen sind vom Landkreis für die mittelfristige Zielplanung für den Primar- und Sekundarbereich 1 die „tatsächlichen" Geburten der Jahrgänge 1972 bis 1976 mit 1365 Kindern berechnet worden. Die Geburtenjahrgänge ab 1972 wurden genommen, da sich ab diesem Jahr der Geburtenrückgang stark bemerkbar machen soll. Nach Statistik des niedersächsischen Kultusministers zur Erhebung der Unterrichtsversorgung, Stichtag 15.1.78, ergibt sich als Schülerzahl des Geburtenjahrganges 1969, also zu einer Zeit ohne „Pillenknick", die Zahl von 1337 Kindern.

Wo den Einschulungsterminen der nächsten Jahre die Schüler, die bei sechs geschlossenen Grundschulen für die übrig gebliebenen Grundschulen zu viel sind, hin sollen, erfährt man aus der mittel- und langfristigen Zielplanung an Beteilungsquoten:
Primarbereich Grundschule: 95%
Primarbereich Sonderschule: 5%

Von den 1337 Schülern des Jahrganges 1969 (März 78, 4.Schuljahr) gehen 3,5% auf die Sonderschule. Das bedeutet, daß bei gleichbleibenden Schülerzahlen die Zahl der Sonderschüler um 1,5% auf 5% erhöht werden soll. Aus der Statistik des Kultusministers geht weiter hervor, daß die vom Landkreis für die Planung zugrundegelegte Schülerzahl von 1354 mit Absicht etwas zu hoch angesetzt wurde, denn die Schülerzahl des Geburtenjahrgangs 1970 (1978 in der 2.Klasse) liegt mit 1092 Kindern 1970 schon etwas niedriger als die angenommene Zahl von 1356 Kindern. Dies heißt aber nur, daß damit vom Staat vertuscht werden soll, daß die Zahl der Sonderschüler nicht nur um 1,5%, sondern um 2% und mehr erhöht werden soll. Mit der Schließung von sechs Grundschulen ist geplant, daß ein Teil der Schüler gleich von Anfang an in die Sonderschule gehen soll. Dies ist der Kern der angestrebten „pädagogischen Reform".

Die hierfür nötige Ausdehnung der Sonderschulen soll in privater Hand erfolgen. Nach §18 des NScHG sollen die Privatschulen in den Schulentwicklungsplan mit einbezogen werden, so die Privatschule Matienau in Dahlenburg und das Heil- und Erziehungsinstitut für seelenpflege-bedürftige Kinder Birkenhof e.V. in Neetze. Wenn der Birkenhof als Ersatzschule anerkannt ist, soll die Sonderschule in Bleckede aufgelöst werden und die Schüler dem Birkenhof zugeteilt werden. So spart der Staat die Gelder für die geplante Ausdehnung der Sonderschulen und gleichzeitig sollen in den Privatschulen die Schüler ohne Schüler- und Elternvertretung zu billigen und willigen Hilfsarbeitern für die Kapitalisten abgerichtet werden.

Die Vierländer Bauern wehren sich gegen die Ausplünderung über die Feuerkassen

b.thr. Erneut findet in den Vier- und Marschlanden eine Versammlung der Gärtner mit Vertretern der Feuerkasse statt. Die Gärtner – meist Familienbetriebe – hatten wütend gegen das Zusammenstreichen ihrer Schadenssumme durch die Feuerkasse protestiert. Viele Betriebe stehen vor dem Ruin.

(siehe KVZ Nr.5) Ganz im Gegensatz dazu haben die Kapitalisten über die Handelskammer, den Bundeskanzler und Professoren anläßlich der 300 Jahr Feier 1976 überschwengliche Lobeshymnen über die Feuerkasse verbreiten lassen. Wie kommts? Die Zwangsversicherten (Großkapitalisten ebenso wie
lassen. Wie kommts? Die Zwangsversicherten (Großkapitalisten ebenso wie
kleine Gärnterbetriebe) werden ganz unterschiedlich behandelt. Es gilt das Prinzip der „gleitenden Neuwertversicherung". Ersetzt wird der Neuwert nicht nur zum Zeitpunkt des Schadenseintritts, sondern einschließlich aller Preissteigerungen bis zur Fertigstellung des Neubaus. Die Kapitalisten werden großzügig behandelt. Als 1971 beispielsweise der Schuppen 48 im Hafen abbrannte, wurde für 2,5 Mio. an anderer Stelle, in Waltershof, ein neuer Schuppen in „hafenstrukturkonformer Art und Umfang" aufgebaut. (Dr.sa. 7/2073). Bei den Gärtnern feilschen dagegen die Schätzer um jede Scheibe. Oder: „Besonders bei der Masse der Kleinschäden muß eine Abrechnung nach einem Pauschalverfahren in Kauf genommen werden." (Festschrift =.34). Über 6000 DM betrug in einem mittleren Gartenbetrieb die Differenz zwischen Kostenvoranschlag und anerkannter Schadenssumme. Die Schätzer setzen den Bereicherungsverbotsparagraphen als Mittel zur Ruinierung der Gärtner ein. 12,50 bekam ein Gärtner für die eigene Arbeitsstunde für Verglasungen, weil er wegen des Frostes auf den Glaser (mindestens 50 DM pro Stunde) nicht warten konnte. Bereicherung soll es sein, wenn er den vollen, durch seine Arbeit entstandenen Wert verlangt. Solche Einschränkungen sind bei Kapitalisten völlig undenkbar.

Da die Kapitalisten die Beiträge zur Feuerversicherung selbst zahlen müssen, sind sie für niedrige Beiträge (0,3 von Tausend) und hohe Leistungen für sich, minimale Leistungen für Kleinbe-
von Tausend) und hohe Leistungen für sich, minimale Leistungen für Kleinbe-
triebe. Langt bei großen Schadensfällen das Vermögen nicht, springt über die „Rückversicherung" der Staat mit Steuergeldern der Arbeiterklasse ein; so erstmalig beim großen Brand 1842, oder bei der Sturmflut. Zunehmend ist das Versicherungsvermögen (1977: 117 Mio.) nicht mehr flüssig. Betrugen 1952 die Kassen-, Bank- und Postscheckguthaben noch 41,23% des Vermögens, so 1977 nur noch 9,9%. Stattdessen wird der größte Teil des Vermögens in Form von Beteiligungen und Wertpapieren dem Finanzkapital zwecks Ausbeutung der Arbeiter zur Verfügung gestellt. (1952 = 1,4% / 1977 = 60,65%)

Seit 1892 die ursprüglich genossenschaftliche Feuerversicherung für Vierlande durch die Hamburger Feuerkasse einverleibt wurde, gerieten die Gärtner unter die Fuchtel des Finanzkapitals. Völlig zu Recht fordern die Gärtner die vollständige Regulierung ihrer Sturmschäden.

Bauern-Demonstration in Gorleben: „Im Widerstand sind wir hart wie Erz!"

b.geg. Das wurde am 7.2. von Bauern, die mit fast 200 Treckern durch Gartow demonstriert, dem Bundestagsausschuß für Forschung und Technologie entgegengehalten. Die Abgeordneten



hatten sich an diesem Vormittag vorgenommen, still und unter Ausschluß der Öffentlichkeit ihre örtlichen Parteifreunde auf das imperialistische Energieprogramm einzuschwören. Still blieb es aber nicht! Mit großem Beifall begrüßten viele Menschen den Zug der Bauern. Am Tagungsort veranstalteten sie ein Hubkonzert. Ausschußvorsitzender Probst mußte mit bitterer Mine die über Lautsprecher vorgetragene Resolution draußen entgegennehmen.

Neben schärfster offener Unterdrückung setzt die Bourgeoisie auf den „Bürgerdialog". Am Nachmittag sollte so mit der BI Lüchow-Dannenberg ausgekunkelt werden. Doch gestärkt durch die Aktion der Bauern („Nur Mut! Wenn wir hart bleiben, muß Albrecht nachgeben") wurden am Nachmittag die Politiker frech angegriffen, so daß Probst gleich versicherte, daß der Ausschuß in diesem Jahr bestimmt nicht mehr in den Landkreis komme.

Ständig mit Beifall unterstützt wurde vor allem die Rede eines jungen Bauern: „Offenbar nehmen sie uns nur wahr, wenn sie von uns mehr Druck kriegen, als von der Industrie". – „Sie sind doch in Zugzwang", charakterisierte er die wilde Entschlossenheit der Bourgeoisie, mit dem Bau der WAA ihre imperialistische Expansion voranzutreiben. Die Versammlung hat gezeigt, daß die Bauern der GLU-hörigen Bürgerinitiative die Führung aus der Hand nehmen. Mit Schrecken mußten die Bourgeoispolitiker sich anhören „Wenn Politik und Industrie so weitermachen, sind viele Menschen hier für die Demokratie verloren."

Wenn der Kampf gegen die WAA verbunden wird mit dem Kampf gegen den bürgerlichen Parlamentarismus, geht es der Bourgeoisie an den Kragen.

geht es der Bourgeoisie an den Kragen.

Unter dem Motto „Albrecht, wir kommen", rufen Bauern und Bürgerinitiative zu einem Fußmarsch nach Hannover auf. Damit soll am 28.3. das Spaltungsmanöver mit den 25 internationalen, kritischen Gutachtern durchkreuzt werden.

Die politische Spaltung im Kampf gegen die WAA ist das einzige, worauf die Bourgeoisie noch setzen kann. Zu diesem Zweck bietet die Lüneburger BI gegen Atomenergie jetzt eine Veranstaltungsreihe an. Statt das Problem von Brokdorf zu klären, sollen die „Erfolge der AKW-Bewegung" aufgearbeitet werden, damit es wieder „Viele" werden. Wer sich weigert, den imperialistischen Charakter des Energieprogramms zu begreifen, muß sich nicht wundern, wenn er flugs im Schoße der Bourgeoisie landet. So wurde denn aus dem 1. Seminar der BI ein fröhliches Fest mit den Spaltern von Brokdorf.

Daimler-Kapitalisten: Verschärfung der Ausbeutung unter dem Schlachtruf „Sicherung der Arbeitsplätze"

b.wia. Schon 1969 sind die Hanomag-Henschel Fahrzeugwerke GmbH mit ihren Werken in Hannover, Kassel, Bremen und Hamburg dem Wolfsgesetz der imperialistischen Konkurrenz zum Opfer gefallen und von der Daimler-Benz AG einverleibt worden. Die Daimler-Benz Kapitalisten haben damit einen Konkurrenten auf dem Lastwagen-Markt geschluckt, inzwischen haben sie in Westdeutschland einen Marktanteil von 52 bis 85% bei LKW über 4t. Im Bereich der ehemaligen Hanomag Werke sind von 1971 – 1976 insgesamt fast 1000 Arbeiter entlassen worden.

Auf einer Aktionärsversammlung über das Berichtsjahr 1968 hat der jetzige Betriebsführer Zahn die Absichten der Daimler-Kapitalisten deutlich geäußert: „Der entscheidende Vorteil der Zusammenarbeit für beide Seiten liegt in der Möglichkeit weitgehender gegenseitiger Ergänzung durch Zusammenfassung der Produktion wichtiger Aggregate, wie z.B. Motoren-Achsen, bei denen für eine wirtschaftliche Fertigung der Vorteil der Großserie unentbehrliche Voraussetzung der Konkurrenzfähigkeit auf den vergrößerten Märkten ist..."

Im Werk Kassel soll z.B. die gesamte Achsenfertigung konzentriert werden.

In dem Werk Hamburg werden Pedalanlagen, Schaltungen, Lenkungen, Gelenkwellen und Rahmenteile für fast alle Daimler-Typen gefertigt.

„Der Vorteil der Großserie", wie es der Betriebsführer Zahn ausgeführt hat, besteht für die Kapitalisten darin, den Arbeitsprozeß in Detailfunktionen zu zerlegen, die von jedem Arbeiter ohne weitere Ausbildung schnell ausgeführt werden können. Mit Hilfe der analytischen Arbeitsplatzbewertung, bei der vor allem das Fachwissen und die Berufsausbildung für die Ausübung einer bestimmten Tätigkeit bewertet werden, können die Kapitalisten „wissenschaftlich gerechtfertigt" den Lohn drücken. Mit Einführung der Einzelteilproduktion, also nachdem die Produktion von Kleintransportern von den Daimler-Benz Kapitalisten im Werk Hamburg eingestellt wurde, trat ein „Sozialplan" in Kraft, der für eine bestimmte Zeit die Lohnhöhe z.B. eines Lackierers, der jetzt an einer Bohrmaschine schaffen muß, trotz niedrigerer Arbeitswertzahl für diesen Arbeitsplatz, garantiert. Die Lohnsenkung wurde lediglich einige Monate verschoben. Neueingestellte Arbeiter erhielten den Lohn gleich auf Grundlage es niedrigen Arbeitswertes. So haben die Daimler-Kapitalisten sofort eine Spaltung zwischen neuen und alten Kollegen gehabt, um so das gesamte Lohnniveau im Werk zu drücken. Gleichzeitig wurde die Nachtschichtarbeit eingeführt. All diese Maßnahmen haben nichts mit „Sicherung von Arbeitsplätzen" zu tun, wie es von den Daimler-Kapitalisten schon seit Übernahme herausposaunt wird. Auf der bereits oben genannten Aktionärsversammlung sagte Betriebsführer Zahn: „Unser bisheriges Unternehmenskonzept hat in einer gesunden Mischung von sorgfältiger Kalkulation und unternehmerischer Risikobereitschaft ein Optimum im wirtschaftlichen und ertragsreichen Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel ermöglicht." Die Jagd nach den höchsten Profiten ist das einzige Leitmotiv für die Kapitalisten.

Von 1969 an haben die Daimler-Kapitalisten im Werk Hamburg ca. 82 Mio. DM investiert, jetzt sollen weitere 26 Mio. DM in neue Hallen und Maschinen investiert werden. Und wieder ertönt das Gesäusel der Kapitalisten von den gewaltigen Anstrengungen zur „Sicherung der Arbeitsplätze". Die Kapitalisten stecken den Profit, den sie sich aus der Ausbeutung der Arbeiter angeeignet haben, wieder in die Produktion, um Extraprofite und Marktvorteile gegenüber der imperialistischen Konkurrenz zu ergattern. Auf der letzten Aktionärsversammlung hat Betriebsführer Zahn den japanischen Automobilkapitalisten „den Krieg erklärt", die Arbeiter sollen dafür schneller und besser arbeiten. Die Fahrzeugproduktion soll in diesem Jahr auf insgesamt über 500000 gegenüber 480000 im letzten Jahr gesteigert werden. Da sich die Steigerung der Produktionszahlen auch auf das Werk in Hamburg auswirken wird, sind die Investitionen notwendig geworden.

„Der Neubau (der Hallen, *d.Verf.*) war erforderlich, weil die alten Werksgebäude des ehemaligen Tempo-Werks nicht für die modernen Fertigungsmethoden geeignet waren. Rechnete man früher mit einem Raumbedarf pro Arbeitsplatz von 20 m², so sind heute wegen des höheren Mechanisierungsgrades 30 bis 40 m² erforderlich." (Die WELT 8.8.78). In den neuen Hallen wird die Produktion fließbandartig durchgeführt werden, damit die Daimler-Kapitalisten für ihre Profitschlachten gerüstet sind.

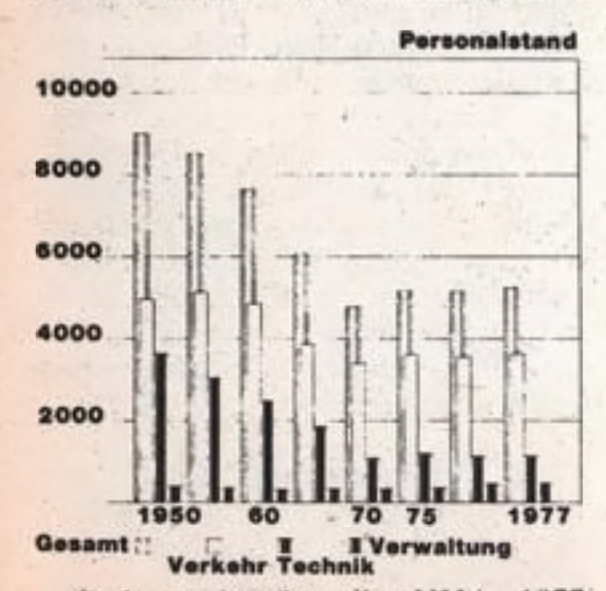
Der Hamburger Verkehrsverbund – ein auf Beute lauernder Halsabschneider

b.ulh. Das Jahr 1973 galt den HVV-Partnern als Sonnenjahr. Wegen des Autofahrverbots für die Massen. Insgesamt kann man ihre Politik kennzeichnen als Drahtseilakt: Sie schaukeln immer zwischen den Extremen ,,Auto zu teuer'' oder ,,HVV zu teuer''. Bis sie kräftig auf die Schnauze fallen.

Das erste, das der Hamburger Senat nach dem Erhöhungsantrag 1978 vornahm, war die Vergleichsrechnung: der Fahrpreis je Personenkm im HVV kostet 10 Pf., bei einem Golf L mit Jahresleistung von 10000 km liegt er bei 30 Pf. Und dann der Wink mit dem Zaunpfahl, ,,Sie erhöhen sich noch merklich, wenn man die Parkgebühr einbezieht.'' (Dr.sa. 9/386)

Der HVV macht sein Geschäft auf der Politik der ständigen Lohnsenkungen durch die Kapitalistenklasse, durch die das Auto mehr und mehr aus der Reproduktion der Arbeiterklasse und der Volksmassen herausgestrichen wird. Aber die Massen müssen ihre Arbeitskraft verkaufen und sich zu ihrem Ausbeuter hinbewegen. Zu Fuß geht das nicht. 1973 lag der Zeitaufwand für den Weg zur Arbeit nur 8% unter 30 min., für 38% zwischen 30 und 60 Min., für 31% zwischen 60 und 90 Min. und für 23% bei mehr als 90 Min.

Sachanlagevermögen
600 Mio DM
500
400
300
200
100
1950 55 60 65 70 75 77
Anfangsbestand Anlagenabgang Neuinvestitionen



Stolz verkündet die HHA 1977: ,,Die HHA ist das größte Nahverkehrsunternehmen im Bundesgebiet. Mit ihren rund 5300 Mitarbeitern gehört sie zu den wichtigsten Unternehmen der Hansestadt Hamburg. Über 500000 Menschen fahren an einem Werktag mit HHA-Fahrzeugen.'' (HHA Daten und Informationen). Was die HHA nicht an die große Glocke hängt, ist, daß sie die von den jährlich fahrenden ca. 500 Mio Fahrgästen geplünderten Beträge von 1967 bis 77 um gut ein Drittel erhöht hat, und daß sie die gesamte Arbeit von einer seit 1967 um ca. ein Sechstel reduzierten Belegschaft verrichten läßt. Der ,,Erfolg'' dieses Unternehmens besteht in immenser Ausbeutung und Ausplünderung. Vorbildlich für die Bourgeoi-

derung. Vorbildlich für die Bourgeoi-

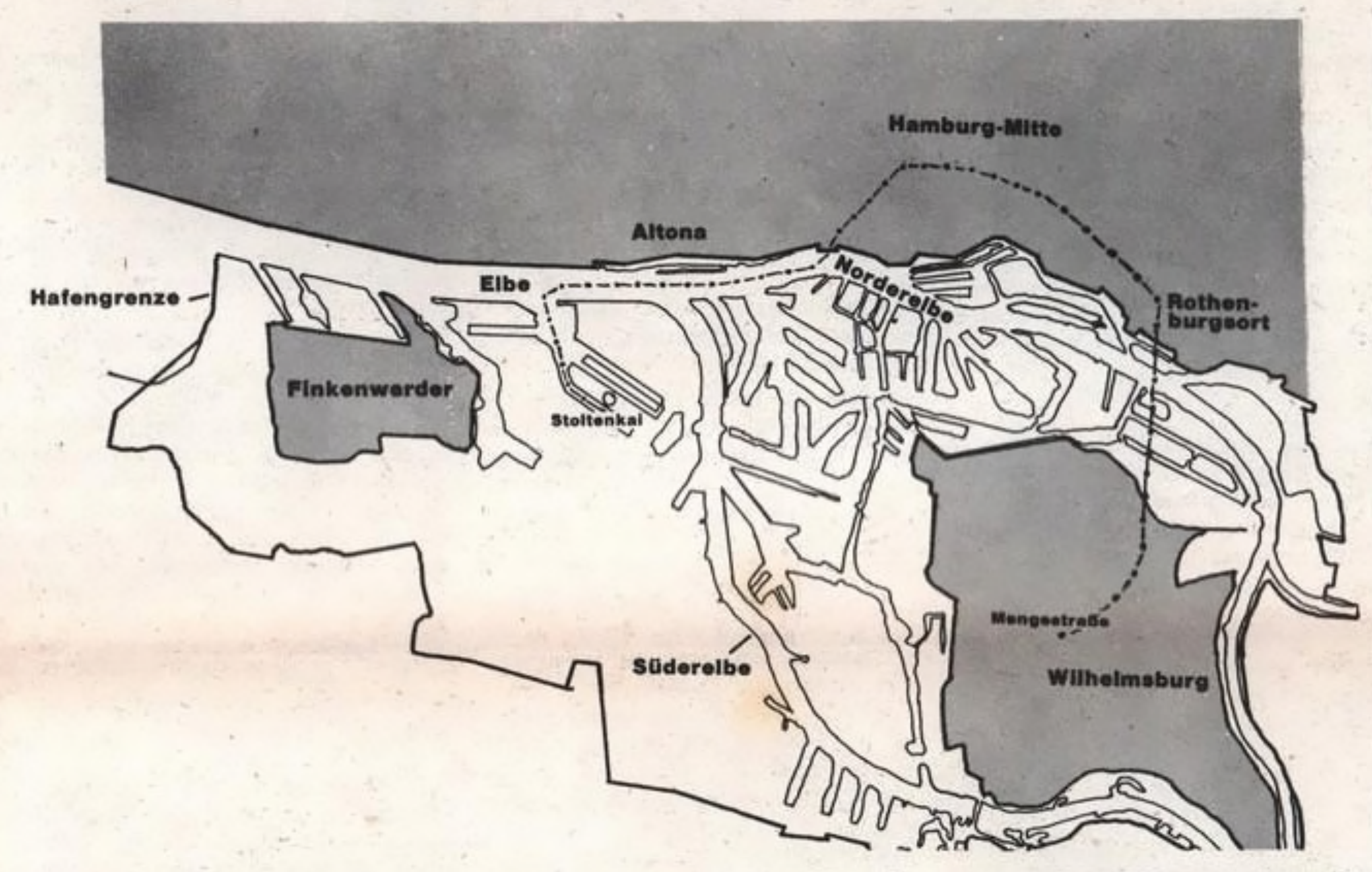
sie ist dieses Unternehmen darüberhinaus, was Rationalisierungen angeht. Die Straßenbahn wurde stillgelegt, weil das Verhältnis Platzkilometer je DM Energieaufwand 1974 bei 400 lag im Gegensatz zu 1100% bei Omnibus und 1250 bei der Schnellbahn. Daß die

	Beförderungsfälle durch HVV in Mio.	PKW-Bestand in HH in Tsd.	Verkehrseinnahmen HVV in Mio	Personenverkehrseinnahmen HHA in Mio	erfolgte Fahrpreiserhöhungen
1967	564,2	353	236,5	156,5	
1968	557,0	373	241,8	157,6	
1969	558,1	389	255,3	164,8	
1970	572,6	412	261,5	170,0	
1971	593,2	443	284,6	185,1	August
1972	595,8	465	311,3	204,1	
1973	597,8	482	330,3	214,1	August
1974	607,4	481	309,6	186,6	
1975	613,0	476	340,4	205,0	Januar
1976	594,3	489	355,9	214,7	Januar
1977	424,8	475	344,9	224,2	August
1978	424,0	484 (1)	357,9		

Massen jetzt in völlig überfüllten Bussen langsamer und umständlicher zur Arbeit kommen, interessiert die Kapitalisten einen Dreck. Über die HHA, einem der zahlreichen Betriebe in Senatshand organisiert der Hamburger Senat den Kapitalisten in beispielhafter Weise die Ausbeutung und Ausplünderung der Massen.

1) geschätzt nach Monatsdurchschnitt PKW-Bestand, Hamburg in Zahlen 1978.

Der Fahrplan des HVV entspricht kein bißchen den Interessen der Massen



b.syb. Auf der einen Seite erhöht der HVV die Fahrpreise, auf der anderen Seite werden die Strecken von Bus, Bahn, Schiff immer weiter ausgedünnt. Wir haben das untersucht in Wilhelmsburg und im Hafen. Bei der Buslinie 105 wurde zwischen 1976 und 1978 die Endhaltestation um vier Haltestellen von Kornweise nach Menge-

testellen von Kornweise nach Menge-

straße verlegt. Die Buslinie 451 wurde ebenfalls um vier Haltestellen gekürzt.

Bei fast allen Bus- und Schiffslinien wurden im Zeitraum von 1976 bis 1978 einzelne Fahrzeiten gestrichen. So wurde z.B. bei der Schiffslinie 62 von St.Pauli bis Finkenwerder das letzte Schiff von Landungsbrücken von 0.15

Schiff von Landungsbrücken von 0.15

Uhr auf 20.15 Uhr vorverlegt. Dadurch sind vier Schiffe ausgefallen.

Aus der anderen Richtung, also von Finkenwerder das Gleiche: statt 23.45 Uhr jetzt 19.45 Uhr. Die auf der Karte eingezeichnete Linie zeigt an, wie ein Wilhelmsburger Hafenarbeiter fahren muß, um abends nach Schichtwechsel um 23.00 Uhr nach Hause zu kommen.

um 23.00 Uhr nach Hause zu kommen.

Generalverkehrsplan Nord: Fahrradfahren soll schmackhaft gemacht werden

b.ulh. Die SPD in der Bezirksversammlung Nord hat den Antrag gestellt, die Fahrradwege im Bezirk Nord zu untersuchen. Wesentlich unter dem Gesichtspunkt, ob die Jugendlichen sicher zur Schule kommen.

Kinderfreundlichkeit ist es nicht, was die SPD dazu veranlaßt hat. Ihre Pläne gehen weiter. In Zukunft sollen die Bebauungspläne Fahrradwege ausweisen. Für die Ferien sollen Radwanderwege angelegt werden. Zum Drangewöhnen soll im Sommer eine Fahrradrallye für Erwachsene und Kinder durchgeführt werden.

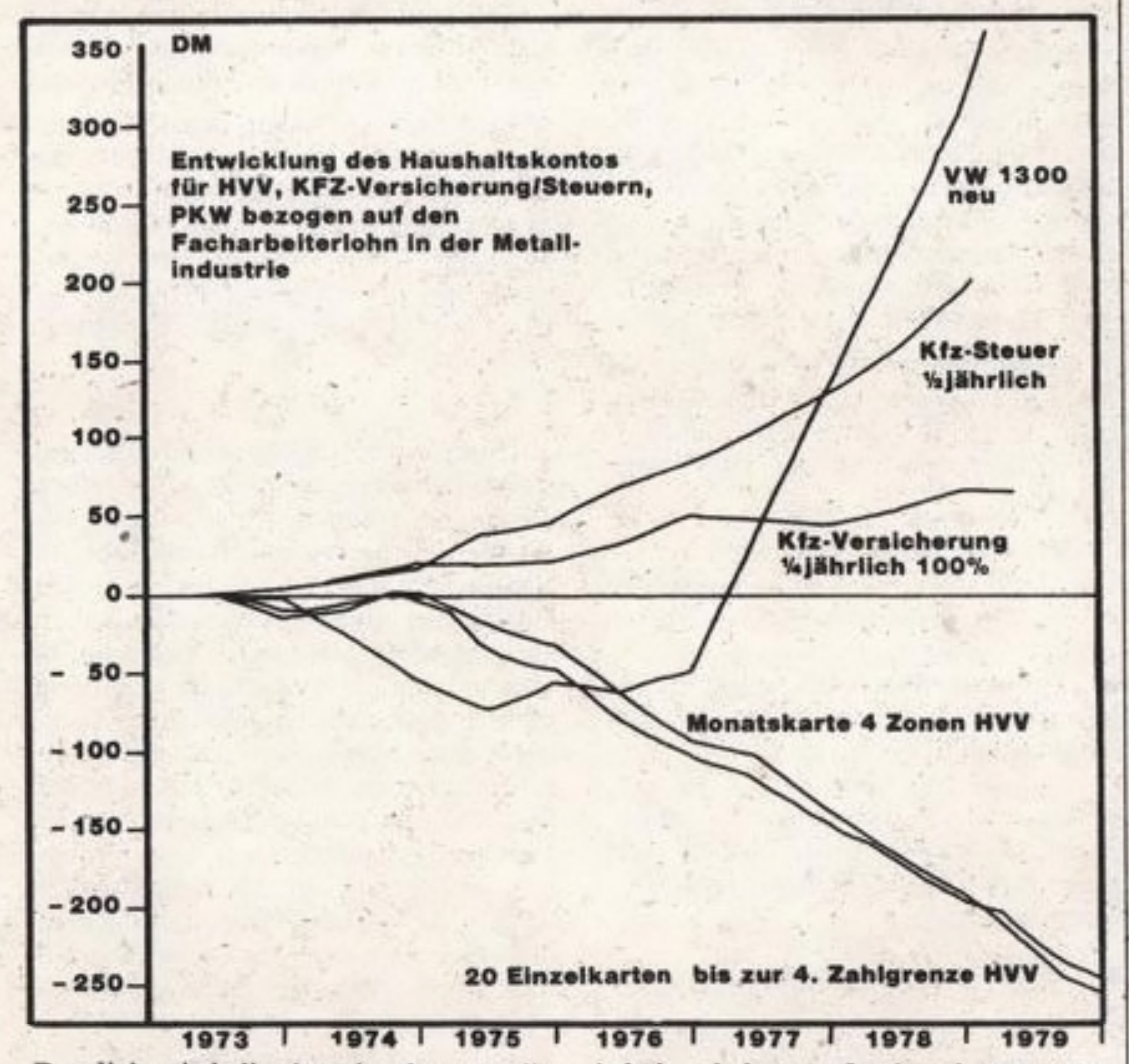
In der Radiosendung ,,Umschau am Abend'' wertete der Redakteur diese Tatsache so aus: ,,Das Fahrrad kommt zunehmend in Mode'', ,,auch Erwachsene haben das Fahrrad wieder entdeckt''. Und zum Schluß seines Berichtes ließ er den Schlager spielen: ,,Wenn die Sonne scheint, wenn die Winde wehen, und die anderen dumm an der Ampel stehen... wenn alle überholen, ich genieße den Tag. Ich fahr' so gerne Rad.''

Index 1970 = 100

1971	72	73	74	75	76	77
Einzelhandelspreise Krafträder / Fahrräder						
106,2	111,7	116,4	125,4	135,5	141,2	146,4
Bruttoproduktion Krafträder / Fahrräder						
116,9	134,6	137,6	130,9	127,3	145,4	164,8
KFZ-Anschaffung und Unterhaltung						
110,1	116,1	123,2	134,4	139,4	145,3	149,4

Man müßte die Brüder mal bei dem eisigen Wetter mit dem Rad zur Arbeit fahren lassen, wie es heute immer mehr Arbeiter zu tun gezwungen sind. Die Politik der ständigen Lohnsenkungen, die den Massen die Anschaffung eines Autos verunmöglicht, soll in einer breiten ,,Radkampagne'' schmackhaft gemacht werden.

Haushaltsrechnung über die Preisentwicklung HVV zu PKW auf den Metallecklohn



Deutlich wird die Ausplünderung, die über die HVV-Fahrpreise betrieben wird. Vergleicht man dazu die Preise für den Neukauf, Versicherung und Steuern eines VW-1300 (1976 und 77 VW-1200) ergibt sich auf dem Konto ein Überschuß von fast 400 DM. Aber welcher Arbeiter hat schon 10000 DM für die Anschaffung eines Neuwagens übrig. Die erzwungene Mobilität der Arbeiter bringt außerdem immer größere Fahrwege mit sich. Werden diese berücksichtigt, gibt es sofort eine Entwicklung ins Negative, die nur noch krasser wird bei Gebrauchtwagen, für die bedingt durch den höheren Verschleiß bei gleicher Qualität wesentlich mehr gezahlt werden muß. (siehe auch KVZ 20/78).

Warenexport von Beförderungsmitteln

b.ogj. Für jährlich ca. 1 Mrd. DM exportieren die westdeutschen Kapitalisten Schienenfahrzeuge und andere Beförderungsmittel (nichteingerechnet LKW und PKW).

Warenart	Stück	Wert in Mio DM
Lokomotiven (alle Typen)	238	132,228
Triebwagen und andere Personenwagen	153	61,026
Arbeits-, Güter- und Kühlwagen	1730	70,616
Teile für Schienenfahrzeuge	1431,84	141,168
Busse (alle Typen, neu und gebraucht)	4440	584,384
Kommunalfahrzeuge	432	46,445
Insgesamt		1035,876

Die verschiedenen Beförderungsmittel werden in unterschiedlichem Ausmaß in andere Industrieländer oder Länder der 3. Welt exportiert. Lokomotiven (Aufträge über 1 Mio):

Land	Wert in Mio DM	Anteil
Europa (ohne RGW)	12,767	10,5%
Kenia	28,8	
Uganda	7,9	
Tansania	10,5	
Ghana	16,7	
Ägypten	24,4	
Indonesien	19,745	16,5%

Das Verhältnis bei Bussen und Triebwagen ist gerade umgekehrt. Triebwagen und andere Personenwagen gehen zu 81,2% nach Europa (ohne RGW) und nur zu 18,8% nach Togo, Uganda, Irak und Bolivien. Genauso sieht es aus bei den Großaufträgen für Busse: Nach Europa (ohne RGW), USA und Israel gehen 83%. Nach Algerien, Tunesien, Ghana, Uganda, Sambia, Ägypten, Iran, Peru und Chile gehen die restlichen 17%.

Müllkapitalist Uhlig nach Kuwait

b.uwh. ,,Der Müll im Scheichtum Kuwait ist bald fest in Hamburger Hand'', überschreibt die Welt vom 1.2. einen Frontbericht. Der Hafenfirma Uhlig & Co, UVG-Müllabfuhr sei ein dicker Coup geglückt: Für 36 Mio DM hätte der Hamburger Kapitalist Müllfahrzeuge und Container nach Kuwait geliefert. Aber noch wichtiger: ,,Bisher wurde der Abfall der Kuwaitis einfach in die Wüste gekippt. Unsere vordringlichste Aufgabe ist es jetzt, ei-

vordringlichste Aufgabe ist es jetzt, ei-

ne geordnete Mülldeponie anzulegen'', klugscheißert Geschäftsführer Guntram Uhlig. Gegenwärtig liefen Verhandlungen über eine schlüsselfertige Müllverbrennungsanlage mit Energieversorgung. Aussortierte Rohstoffe will Uhlig für die Weiterverarbeitung in Europa absahnen.

Kuwait, südlich des fruchtbaren Deltas von Euphrat und Tigris gelegen, strategisch in günstiger Lage zur Beherrschung des Persischen Golfs, verfügt bekanntlich über reiche Ölvorkommen. Im Kampf gegen imperialistische Ausplünderung der Ressourcen ist Kuwait bemüht, wie alle OPEC-Länder, eine selbständige Wirtschaft aufzubauen. Anders als z.B. noch Saudi-Arabien verfügt Kuwait bereits über eigene Raffinerien, in denen Kraftstoffe und Schmieröle produziert werden. Die Einfuhren Kuwaits nach Hamburg sind 1974 bis 76 von 743 Mio DM auf 283 Mio kräftig gesunken. Die Exporte in die Dritte Welt hingegen haben sich fast verdoppelt, was nichts anderes heißt, als das Kuwait sich etwas aus der innigen Umarmung des BRD-Imperialismus gelöst hat. Nun lassen die westdeutschen Kapitalisten ihre erprobten hanseatischen Vortänzer auf die Bühne, um den Kuwaitis die Kontrolle eines wichtigen Bereichs des öffentlichen Dienstes zu entreißen. Ein nicht unüblicher Versuch, Länder für imperialistische Erpressungen gefügiger zu machen. – An dem Vorwand, daß die Kuwaitis nicht fähig seien, mit ihrem Müll fertig zu werden, ist nur soviel dran, daß in Kuwait kompostierter Abfall zur Wiederaufbereitung des Bodens tatsächlich ,,in die Wüste gekippt'' wird – zwecks landwirtschatlicher Produktion, wie das ZDF jüngst berichten mußte.

Blockfreie – Entscheidende Kraft im imperialistischen Befreiungskampf

z.pek. Auf der Sondersitzung des Koordinationsbüros der blockfreien Länder, die vom 30. Januar bis 1. Februar in Maputo abgehalten wurde, haben diese die Lage im Befreiungskampf der Völker des südlichen Afrika beraten und ihre Einheit zur Unterstützung des bewaffneten Kampfes gegen die Spaltungsversuche der Imperialisten gestärkt. In seiner Eröffnungsrede verurteilte der Präsident Mozambiques, *Samora Machel*, die Versuche der Imperialisten, eine „Allparteienkonferenz" herbeizuführen, „in der die wahren Patrioten dem Minderheitsregime und den Marionetten gleichgestellt würden", und erklärte, „daß die Blockfreienbewegung sich als eine *entscheidende Kraft im antiimperialistischen Befreiungskampf* erwiesen hat". Auf Vorschlag Jugoslawiens wurde auf der Konferenz eine einstimmige Erklärung angenommen, wonach die Patriotische Front von Zimbabwe auf der kommenden VI. Gipfelkonferenz als Vollmitglied in die Bewegung der Blockfreien aufgenommen werden soll. Die prinzipienfeste Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes der Völker im südlichen Afrika ist seit langem Bestandteil der Politik der blockfreien Länder.

Auf der IV. Gipfelkonferenz blockfreier Länder 1973 in Algier sagte der Außenminister von Ghana, *Kwane Baat*: „Diese Bastionen des unerbittlichen Rassismus und Kolonialismus bestehen dank der Hilfe und Unterstützung, die Ian Smith, Vorster und Kajetano von ihren Freunden in der NATO bekommen. Nachdem sie durch nichts veranlaßt werden können, sich zu ändern, sehen wir den einzigen Ausweg in der Gewaltanwendung. In diesem Hinblick müssen wir den Befreiungsbewegungen und ihrem gerechten und legitimen Kampf um die Erlangung ihrer unveräußerlichen Rechte alle moralische und materielle Hilfe zukommen lassen. Wir sind glücklich wegen der Hilfe, die einige Länder, sogar europäische, diesen Bewegungen geboten haben. Jetzt ist es aber an der Zeit, daß diese Hilfe in Einklang gebracht und auf adäquate Weise verteilt wird. Die blockfreien Länder müssen sich sofort über die Gründung eines afrikanischen Fonds für die Befreiung entscheiden, an dem wir uns alle beteiligen würden, mit dem Ziel, diesen Befreiungsbewegungen zu helfen." (Internationale Politik, 5.10.1973)

„**Die vom 16. bis 19. August 1976 in Colombo tagende V. Gipfelkonferenz blockfreier Länder** erkannte die dringende Notwendigkeit der Steigerung der finanziellen und materiellen Hilfe für die geknechteten Völker Südafrikas, Namibias und Zimbabwes und ihre Befreiungsbewegungen in der jetzigen Phase ihres heldenhaften Kampfes für die Liquidierung des Kolonialismus und Rassismus und für die Realisierung ihres nationalen Rechts auf Selbstbestimmung und Blockfreiheit,

erinnerte daran, daß die IV. Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Länder, die 1973 in Algier stattgefunden hat, den Entschluß faßte, einen Unterstützungs- und Solidaritätsfonds für die Befreiung Südafrikas zu gründen,

erachtete, daß dieser Fonds dringend zu reaktivieren und als konkrete Manifestation der Solidarität der Blockfreienbewegung mit den versklavten Völkern im Süden Afrikas und ihrem legitimen Befreiungskampf zu fördern ist.

Sie rief alle blockfreien Länder auf, zum Unterstützungs- und Solidaritätsfonds für den Süden Afrikas einen möglichst großen Beitrag zu leisten und darüber durch den Vorsitzenden alle Mitgliedsstaaten zu unterrichten." (Internationale Politik, 5.9.1976).

„**Die Außenminister der blockfreien Länder versammelten sich am 2. Oktober 1978 auf einer außerordentlichen Sitzung der Vereinten Nationen,** um Aktionen im Zusammenhang mit den Fragen zu besprechen, die auf der Tagesordnung der XXXIII. Tagung der Vollversammlung der UN stehen und für die blockfreien Länder von besonderem Interesse sind.

Was Zimbabwe betrifft, stellten die Minister fest, daß das sogenannte „Abkommen von Salisbury" vom März 1978 schon gescheitert ist, und verurteilten alle Versuche der Regierung Smiths, ihre hoffnungslose und rohe Kontrolle über das Volk Zimbabwes beizubehalten. Die Minister äußerten die Ansicht, daß eine dauerhafte Lösung des Problems Zimbabwes einzig und allein auf der Grundlage voller Machtübertragung auf das Volk Zimbabwes unter Führung der Patriotischen Front möglich ist.

Die Minister sprachen den Völkern Zimbabwes, Südafrikas und Namibias und ihrem mutigen Kampf für die Aufhebung des Kolonialismus, Rassismus und der Apartheid im Süden Afrikas trotz der unmenschlichen Repressalien, Verhaftungen, Brutalitäten und Morde ihre Anerkennung aus und sicherten ihnen ihre volle Unterstützung zu." (Internationale Politik, 5.11.1978)

Auf dieser Grundlage haben die blockfreien Länder einen gemeinsamen Resolutionsantrag in die XXXIII. Generalversammlung der UNO eingebracht. Darin heißt es: „Die Generalversammlung (...) verurteilt den fortdauernden Unterdrückungskrieg und die verstärkten Unterdrückungsmaßnahmen gegen das Volk von Zimbabwe durch das illegale rassistische Minderheitsregime,

verurteilt aufs schärfste das illegale rassistische Minderheitsregime für seine Akte der Aggression gegen Botswana, Mozambique und Sambia, (...)

verurteilt aufs schärfste Südafrika und bestimmte westliche und andere Länder wegen der direkten und indirekten Unterstützung, die sie in Mißachtung der Bestimmungen aller relevanten Resolutionen und Entscheidungen der Vereinten Nationen weiterhin dem illegalen rassistischen Minderheitsregime gewähren, (...)

unterstützt das Volk von Zimbabwe nachdrücklich in seinem Kampf um die Ausübung seines unveräußerlichen Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, (...)

verurteilt die sogenannte „interne Lösung", die am 3. März 1978 zustandegekommen ist, und weist nachdrücklich alle anderen Manöver des illegalen rassistischen Minderheitsregimes, die auf die Erhaltung der Macht durch eine rassistische Minderheit abzielen, zurück" (UNO-Dokument A/C.4/33/L.5, 17.11.1978).

Gegen den erbitterten Widerstand der Imperialisten wurde diese Resolution am 13. Dezember 1978 durch die Generalversammlung der UNO angenommen.

Tapfer bekämpft das kampucheanische Volk die Invasoren

z.ges. Das Lügengebäude der sowjetisch-vietnamesischen Invasoren erhält mit jedem Tag neue Risse. Unter den Schlägen des Volkskrieges wird es vollends zusammenbrechen. Einerseits versuchen die Invasoren, ihren Blitzkrieg als Volksaufstand zu verkaufen, andererseits versuchen sie, den Schein eines Blitzsieges aufrechtzuerhalten und jeden Widerstand als böswillige Erfindung abzutun. Den Blitzkrieg verleugnen und einen Blitzsieg behaupten, das ist natürlich selbst für die größten Lügenprofis kein einfaches Geschäft. Es entsteht Durcheinander. Während Ros Samay, Generalsekretär der Marionettenorganisation, zur Zeit auf Besuch in der DDR und Gast der dortigen Tagung des Weltfriedensrates, in einem Interview der „Frankfurter Rundschau" versichert, es gäbe keinerlei Widerstand in Kampuchea, ruft Heng Samrin in Phnom Penh dazu auf, den Widerstand im Dschungel zu brechen, wie die „Süddeutsche Zeitung" mitteilen kann. Während Ros Samay behauptet, es werde überall und auf allen Ebenen die „Volksmacht" aufgebaut, muß Heng Samrin eingestehen, „die Pläne, Dörfer und Städte wieder zu bevölkern, müßten auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben werden". Den Grund dafür hat einer der Pressevertreter aus der SU und Osteuropa, die ins Land geholt wurden, um den Blitzkrieg ideologisch abzusichern, seinem Kollegen von der französischen Zeitung „Le Monde" anvertraut: Das Volk hat sich der Kontrolle der Besatzer entzogen und ist in den Dschungel gegangen. Weil die Pressemenschen sich nicht getrauen konnten, die Städte zu verlassen, haben sie das kampucheanische Volk gar nicht gesehen: „Was uns geschockt hat, war die Leere, das Schweigen und der Fäulnisgeruch, der von den Städten ausgeht. Man fragt sich, wo das kampucheanische Volk hingegangen ist." Eine Frage, die kaum auftauchen könnte, wenn es sich bei dem sowjetisch-vietnamesischen Blitzkrieg um einen Volksaufstand gehandelt hätte.

Während es den Invasoren unter den Schlägen des Volkskrieges langsam unheimlich wird, versuchen die Häuptlinge der Invasoren, die Ernte in Verträgen abzusichern, solange die Marionetten noch nicht vernichtet sind. Nach einem Bericht des vietnamfreundlichen „Guardian", soll Pham Van Dong gegenüber südostasiatischen Diplomaten angekündigt haben, daß er demnächst mit den Marionetten ein Militärabkommen unterzeichnen wolle, das die legale Anwesenheit vietnamesischer Truppen in Kampuchea erlaube. Gleichzeitig kündigte er an, daß die Grenzfragen geregelt und die Ansprüche Vietnams auf kampucheanisches Gebiet befriedigt würden. Wie sagte Ros Samay gegenüber dem Berichterstatter der „Frankfurter Rundschau"? „Vietnam und Kampuchea haben in der Vergangenheit alles, was sie besaßen, miteinander geteilt." Das stimmt. Aber sie haben stets kampucheanisches Gebiet und kampucheanisches Essen geteilt, und das kampucheanische Volk hat das während des Krieges gegen den US-Imperialismus gerne getan. Die vietnamesischen Revisionisten haben nach dem Sieg gegen den US-Imperialismus daraus einen Anspruch ableiten wollen, den sie jetzt durch ihre Invasion Kampucheas zu verwirklichen hoffen. Das kampucheanische Volk ist dazu nicht bereit. Es kämpft lieber im Dschungel, als in den Städten ausgebeutet und unterdrückt zu werden. Es kämpft erfolgreich.

Demokratisches Kampuchea
Informations-Bulletin
herausgegeben von der Botschaft des Demokratischen Kampuchea – Peking
Nr. 002-79 vom 31.1.1979

Übersicht

Zusammenfassung der Nachrichten aus dem Demokratischen Kampuchea bis zum 25. Januar 1979

Seit dem 15. Januar 1979 haben unsere Revolutionäre Armee Kampucheas und unser Volk begonnen, allgemeine Gegenangriffe im ganzen Land durchzuführen. Die Grundlagen für diese raschen Gegenangriffe sind die folgenden:

1. Die Führung unserer Partei und unserer Regierung bleibt überall intakt im ganzen Land, einschließlich der Grenzgebiete zu Vietnam.

2. Die revolutionäre Macht ist im ganzen Land gegenwärtig; das betrifft sowohl die Organisationen der Partei wie des Staates. Obwohl diese Organisationen den Ort ihres Sitzes geändert haben, sind sie funktionsfähig geblieben und haben die Bevölkerung gegen die Angriffe des Feindes verteidigen können.
können.

Insgesamt hat der Feind nur sehr wenige Menschen mit Gewalt unter seine Kontrolle bringen können, weniger als etwa 5000 Personen, von denen viele zu entkommen versuchen.

3. Wir haben im allgemeinen unsere Armee erhalten können trotz einiger Verluste, die den brutalen Angriffen des Feindes geschuldet sind.

Die konkreten militärischen Aktivitäten unserer Revolutionären Armee und unseres Volkes sind die folgenden:

Im Nordosten haben unsere Revolutionäre Armee und unser Volk die Straße Nr. 19 unter ihre Kontrolle gebracht und haben so den Feind gezwungen, Transporte, die der Versorgung seiner Söldner mit Proviant dienen, mit Hubschraubern zu bewerkstelligen.

Unsere Revolutionäre Armee und unser kampucheanisches Volk haben Gegenangriffe gegen die vietnamesischen Aggressoren und Landräuber in Kratie, Chhlong und im östlichen Randgebiet durchgeführt. Sie haben sie in Kompong Thom, in Siemreap, in Battambang, in Pursat, in Kompong Chhnang, Kompong Speu und Kompong Som angegriffen. Die heftigsten Kämpfe finden jedoch in Takeo in der Südost-Zone und in Oudong in der Westzone, besonders in Prek Kdam und in Longvek statt. Unsere Revolutionäre Armee und unser kampucheanisches Volk haben die Straße Nr. 4 in Veal Renh und in der Nähe von Kompong Som unterbrochen.

Zur Zeit sind wir dabei, Kompong Chhnang anzugreifen. In Kompong Som kann der Feind sich nur an den Hafenanlagen halten. Unsere Revolutionäre Armee und unser kampucheanisches Volk haben bei Takeo feindliche Truppen in Divisionsstärke vernichtet. In Kompong Speu haben unsere Revolutionäre Armee und unser kampucheanisches Volk in drei Tagen, vom 20. bis zum 22. Januar, 1200 Feinde vernichtet. Auf der Straße Nr. 4 greifen wir den Feind bei Bek Chan, Kompong Speu und im Hafen von Kompong Som an. Unsere Revolutionäre Armee und unser kampucheanisches Volk haben 30 Kriegsschiffe des vietnamesischen Feindes sowie 28 Panzer zerstört.

Auf der Straße Nr. 3 hält der Feind nu. noch drei Ortschaften besetzt: Kep, Kampot und Chakrey Ting. Alle übrigen werden von unserer Revolutionären Armee und unserem Volk kontrolliert. Wir sind dabei, Phnom Penh mit kleinen Einheiten anzugreifen, die in Pochentong und in das Hauptquartier eindringen. In Phnom Penh sind die Kräfte der vietnamesischen Aggression zu 90% aus vietnamesischen und im übrigen aus sowjetischen und kubanischen Kräften zusammengesetzt. Die Sowjets begeben sich mit Hubschraubern nach Battambang.

Den vietnamesischen Aggressionskräften, die von der großen Macht der sowjetischen Expansionisten unterstützt werden, ist es nicht gelungen, ganz Kampuchea zu besetzen. Allein in der Südwest- und in der Westzone haben unsere Revolutionäre Armee und
ben unsere Revolutionäre Armee und unser Volk vom 7. bis zum 22. Januar 1979 rund 10000 Mann der lebendigen Kräfte des feindlichen vietnamesischen Aggressors und Landräubers vernichtet. Insbesondere haben unsere Revolutionäre Armee und unser kampucheanisches Volk auf der Straße Nr. 5 von Phnom Penh nach Prek Kdam 1000 vietnamesische Aggressoren mit 130 ihrer Panzer ausgeschaltet. Seit Anfang des Jahres hat der feindliche vietnamesische Aggressor bereits 2000 Lastwagen verloren. Dies, ohne seine Verluste seit Beginn der Offensive in Rechnung zu stellen. Mehrere tausend Lastwagen, die vom Feind geraubten Reis transportierten, sind gleichermaßen zerstört worden. Jetzt ist der feindliche vietnamesische Aggressor gezwungen, seine Kräfte quer durch ganz Kampuchea zu verteilen und führt Angriffe mit Flugzeugen, Tanks und gepanzerten Fahrzeugen durch. Aber die vietnamesischen Aggressoren können nur die großen und mittleren Städte und gewisse Straßenstücke, gewisse strategische Punkte, besetzen.

Die Kräfte der vietnamesischen Aggression, die in das Demokratische Kampuchea eindringen, kommen auch aus Südlaos über die Straße Nr. 13. Sie wenden sich nach Preak Vihean und dringen dabei über Kompong Sralau vor. Diese Kräfte der vietnamesischen Aggression haben nur einen winzigen Teil unseres Volkes ihrer Kontrolle unterwerfen können, denn sie sind fast gänzlich aus Vietnamesen und einer kleinen Handvoll Verrätern zusammengesetzt.

Zur Zeit sind die vietnamesischen Aggressionskräfte durch unsere Revolutionäre Armee und unser kampucheanisches Volk in Stücke geschlagen, konkret auf der Straße Nr. 5 von Pursat nach Battambang, auf der Straße Nr. 3 von Phnom Penh nach Chom Chau (10 km von Phnom Penh entfernt) und von Kompong Kantuot nach Kampot. Die Straße Nr. 4 von Phnom Penh nach Kompong Speu und von Veal Renh nach Kang Keng ist abgeschnitten. Die Sowjets und die Kubaner leiten persönlich den systematischen Raub und den Transport von Reis, der unserem Volk von den vietnamesischen Aggressoren gestohlen wird. Die Aggressoren rauben unseren Reis, unsere Güter, angefangen von Maschinen bis zu Fahrradspeichen. Schmuck, Wertgegenstände, die Schätze des königlichen Palastes, der Silberpagode und des Nationalmuseums werden systematisch von den vietnamesischen Aggressoren geraubt.

Die vietnamesischen Aggressoren haben barbarische Verbrechen gegenüber den Frauen und Mädchen Kampucheas begangen, indem sie sie grausam vergewaltigten und anschließend töteten. Ein Beispiel für Tausende andere: In Nimit in der Nähe von Sisophon haben diese vietnamesischen Mörder junge Mädchen der mobilen Produktionsbrigade gefangengenommen. Zunächst haben sie sie sortiert. Diejenigen, die dunkle Haut hatten, wurden sofort getötet. Diejenigen, die heller waren, wurden versammelt, vergewaltigt und dann erschossen. Diese vietnamesischen Aggressoren haben so eine große Anzahl von Menschen in Kampuchea umgebracht mit dem Ziel, das Volk von Kampuchea auszurotten und es durch Vietnamesen, die aus Vietnam kommen, zu ersetzen. Aber die vietnamesischen Aggressoren sind dabei, sich in den Volkskrieg des ganzen Volkes von Kampuchea zu verstricken. Was den Raub unseres Reises betrifft, so haben die vietnamesischen Aggressoren bisher 100000 Tonnen Reis in den östlichen und südwestlichen Randgebieten Kampucheas zusammenraffen können. Aber wenn man ihre Verluste an Menschenleben, an Panzern und anderem Material, Waffen und Munition, in Rechnung stellt, so ist die Bilanz der vietnamesischen Aggressoren in diesem Krieg erdrückend negativ. Die Leiden, die dem Volk von Kampuchea zugefügt werden, sind jedoch unermeßlich. Die vietnamesischen Aggressoren haben unser Volk niederträchtig und grausam umgebracht, besonders in Kompong Cham, Kompong Thom, auf der Straße Nr. 6.

Sicherlich haben die feindlichen vietnamesischen Aggressoren zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen Teil unseres nationalen Territoriums besetzt. Jedoch haben sie sich ausweglos in den Volkskrieg verschlungen, der am 7. Januar 1979, dem Tag der Besetzung Phnom Penhs duch den Feind, begonnen hat. Seit dem 7. und 8. Januar haben die Armee und das Volk von Kampuchea sofort Gegenangriffe in Gang gesetzt, und nach Maßgabe der Umstände werden diese Gegenangriffe besser koordiniert und breiten sich über ganz Kampuchea aus.

Dank diesem Volkskrieg ist es den vietnamesischen Aggressoren bis zu diesem Tag nicht gelungen, auch nur 10000 Personen unter ihre Kontrolle zu bringen, wenn auch ihr Ziel bestehen bleibt, den größten Teil der Bevölkerung Kampucheas auszurotten, um sie durch Vietnamesen, die aus Vietnam eingeführt werden, zu ersetzen.